

die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



Credit: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2020_Belarusian_protests_%E2%80%94_Minsk_6_September_p0010.jpg
Proteste am 6. September 2020, Minsk, Belarus

GEGEN DIE AUTOKRATIE LUKASCHENKOS!

die internationale

Belarus

Volle Unterstützung für die Mobilisierungen gegen die Autokratie Lukaschenkos! Büro der Vierten Internationale..... 3

Corona-Krise

„Konjunkturprogramme“ für ihre Profite oder ein Aktionsplan für unser Leben? Koordination der ISO..... 8

Aktionsplan im Sinne der Übergangsforderungen, Manuel Kellner..... 10

Seuchenbekämpfung und Proteste, Helmut Dahmer..... 11

Der Staat in der Corona-Krise, Jakob Schäfer..... 17

Theorie

Selbstverwaltung: Was ist das? Catherine Samary..... 24

Brauchen wir die Polizei? Julien Salingue..... 27

Ökosozialismus

Muss der Kampf für ein anderes System aufgeschoben werden? John Molyneux..... 30

Leo Trotzki

Vor 80 Jahren: Tatort Coyoacán, H. N...... 35

Leo Trotzki – Prophet der Oktoberrevolution, Michael Löwy..... 38

Theorie

Hegels „Algebra der Revolution“, Helmut Dahmer..... 45

Debatte

Zur Kritik von Manuel Kellers „Das Werk von Ernest Mandel“, Johann-Friedrich Anders..... 48

inprekorr

Geschichte

„Es wie in Russland machen“: Die zwei roten Jahre in Italien, Gaspard Janine..... 50

Griechenland/Türkei

Säbelrasseln in der Ägäis, Antonis Ntavanelos und Panos Petrou..... 54

Für eine internationalistische Antikriegsbewegung gegen nationale Mythen, OKDE-Spartakos..... 58

Mali

Mali nach dem Putsch, Paul Martial..... 60

Brasilien

Bolsonaro macht weiter wie bisher, João Machado..... 64

Register..... 67

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (bfs/MPS, Schweiz). *die internationale* erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor*innen wieder.

Redaktion:

Wilfried Dubois, Jochen Herzog,
Paul B. Kleiser, Björn Mertens, Paul
Michel, Heinrich Neuhaus, Jakob Schäfer,
Michael Weis (V.i.S.d.P.)

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 40,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

www.intersoz.org

Konto:

Neuer Kurs GmbH, Köln
Postbank Frankfurt
IBAN: DE97 5001 0060 0036 5846 04
BIC: PBNKDEFF

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:

die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
Vertrieb:
internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:
ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln,
iso@intersoz.org
- Österreich:
SOAL, Sozialistische Alternative,
office@soal.at
- Schweiz:
BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
<https://sozialismus.ch/>

VOLLE UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE MOBILISIERUNGEN GEGEN DIE AUTOKRATIE LUKASCHENKOS!

Erklärung des Büros der Vierten Internationale

1 Trotz äußerst brutaler Repression (bereits mehr als 12 000 Verhaftungen, Hunderte von Verletzten, mindestens 4 Tote) geht der Massenaufbruch der belarussischen Bevölkerung in die neunte Woche und breitet sich sowohl sozial als auch über die Hauptstadt Minsk hinaus aus, ohne dass es bisher gelungen ist, ihn in einen Generalstreik überzuführen. Seit der Fälschung der Ergebnisse der Präsidentschaftswahl vom 9. August demonstrieren in diesem Land – mit seinen 9,5 Millionen Einwohnern und zwischen der EU und Russland gelegen – jede Woche Hunderttausende friedliche Demonstrant*innen, vor allem Frauen, und fordern:

- Rücktritt Lukaschenkos (er hat am 23. September seine Amtseinführung unter größter Geheimhaltung und unter dem Schutz der Armee und der Polizei, die das Zentrum der Hauptstadt blockierten, organisiert);
- freie und faire Wahlen;
- ein Ende der Polizeigewalt und die Freilassung der politischen Gefangenen.

Diese beeindruckende Mobilisierung des Volkswiderstandes gewann an Dynamik, als die ersten Demonstrationen nach der Bekanntgabe der offiziellen Wahlergebnisse mit Regierungsterror beantwortet worden waren. Aber seine Wurzeln reichen tiefer: Seit mehr als fünf Jahren – und vor dem Hintergrund der Krise in der Ukraine und der Sanktionen gegen Russland – sind dies vor allem der wirtschaftliche und soziale Niedergang des autokratischen Regimes von Lukaschenko, seine neoliberale Politik im Bereich des Arbeitsrechts (einschließlich der Ersetzung von Tarifverträgen durch befristete, individuelle Verträge)

und die Drangsalierung von Arbeitslosen, das Einfrieren der Löhne seit 2015, die Anhebung des Rentenalters, die Missachtung der Würde der Arbeiter*innen angesichts der Pandemie ... Gegen ein Regime, das die Menschen wie einen Wegwerfartikel behandelt, sie unterdrückt, foltert und in Sachen Coronavirus lügt, ist die belarussische Bevölkerung aufgestanden.

2 Lukaschenko kam 1994 mit populistischen Attitüden an die Macht. Als dann die Bevölkerung gegen die Politik der Privatisierung aktiv wurde, installierte er ein autoritäres Regime, das die kapitalistische Restauration fortführte. Es handelt sich um ein besonderes System eines semi-peripheren Kapitalismus, in dem die wirtschaftliche und politische Macht nicht grundsätzlich auf privatem Großkapital beruht, sondern auf einem bürokratisch-paternalistischen Staatsapparat, für den Lukaschenko das Symbol (aber nicht der Eigentümer) ist. Dieses Regime setzt einen beträchtlichen Teil der staatlichen Ressourcen für die Aufrechterhaltung der Industrie, des ländlichen Sektors und der Infrastruktur sowie für die Versorgung der Bevölkerung ein und ordnet die Elemente des Privatkapitals seinen Beamten unter und begrenzt damit (im Gegensatz zu Russland) das Anwachsen der Ungleichheit. So ist es die Nomenklatura, Hand in Hand mit dem privatem Kapital, die die Arbeiter auf wirtschaftliche, administrative, politische und kulturell-ideologische Weise unterjocht und ausbeutet. Es ist dieses System, das ab 2013 in eine Stagnation geraten ist. Und heute ist es in eine mehrdimensionale Krise gestürzt.

3 Die Ende der 1990er Jahre proklamierte Union von Russland und Belarus, die in den vorangegangenen zehn Jahren einen Versuch zur Wiedereingliederung in den postsowjetischen Raum darstellte, hat schließlich zu einer wirtschaftlichen Abhängigkeit des Landes von Russland geführt, wobei allerdings die politische Autonomie des weißrussischen Regimes gewahrt blieb. Es ist klar, dass Putins Russland die Integration der postsowjetischen Länder nur als eine Chance für die Expansion des russischen Großkapitals und für seine Schlüsselrolle bei der Privatisierung ehemaliger sowjetischer Unternehmen begreift. Für Lukaschenko würde eine solche Integration nicht nur den Verlust der Kontrolle über das Eigentum bedeuten, sondern auch den Verlust der politischen Macht an russische Bürokraten und Führungskräfte.

Lukaschenkos wirtschaftliches und politisches Modell in Belarus musste ständig zwischen der Europäischen Union und Russland manövrieren, um zu überleben. So schätzte der Westen – trotz der Ablehnung von Lukaschenkos autoritärem Regime – ihn für sein Bestreben, gegenüber Russland unabhängig zu bleiben, und wegen seines Widerstands gegen den Ausbau russischer Militärstützpunkte in Belarus. Der neutrale Status von Belarus hat es Minsk 2014 ermöglicht, zur wichtigsten Plattform für Verhandlungen zwischen Russland, der Ukraine und der EU zu werden. Auf der anderen Seite ist Lukaschenko in den Augen Putins ein Führer geblieben, der eine Annäherung seines Landes an die NATO niemals zulassen wird und der die Ausrichtung eines großen Teils der belarussischen Wirtschaft auf Russland beibehält. So genoss Lukaschenko weder das Vertrauen Russlands noch das des Westens, befriedigte aber gleichzeitig beide, weil er die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Position von Belarus garantierte.

Die Massenproteste, die in Belarus nach den Präsidentschaftswahlen vom 9. August begannen, haben, wie bereits ausgeführt, hauptsächlich interne Gründe. In den letzten Monaten haben wir gesehen, dass Lukaschenko es nicht geschafft hat, diese Krise allein zu lösen, sondern dass er sich offen an Russland gewandt hat, um Hilfe zu erbitten. Aus Russland sind politische Berater und Vertreter besonderer Sicherheitsorgane in Belarus eingetroffen. Und Putin brachte offen seine Bereitschaft zum Ausdruck, russische Bereitschaftspolizei zu entsenden, um Lukaschenko zu helfen. Wenn es Lukaschenko gelingt, an der Macht zu bleiben, wird seine politische Abhängigkeit von Russland dramatisch zunehmen, und er wird in seinem Land äußerst unbeliebt sein.

Nach den jüngsten Gesprächen zwischen Putin und Lukaschenko ist deutlich geworden, dass Moskau die gegenwärtige Krise in Belarus als eine Chance sieht, eine sanfte Transformation des autoritären Modells von oben voranzutreiben. Dabei handelt es sich um Fassadenänderungen (Verfassungsreform) mit dem Ziel, die Privatisierung großer belarussischer Staatsunternehmen durch russisches Großkapital zu erleichtern. Die EU als Ganzes ist bereit, ein solches Modell zu akzeptieren, da sie Belarus keine Alternative anbieten kann und Angst davor hat, Putin durch die Schaffung eines weiteren (politischen und möglicherweise militärischen) Konfliktpunkts in Osteuropa zu provozieren.

Letztlich haben nur die Menschen in Belarus, die massenhaft protestiert haben, ein wirkliches Interesse an einer tiefgreifenden Transformation und Demokratisierung von Belarus.

4 Während es nach den Präsidentschafts“wahlen“ von 2001, 2006, 2010 und 2015 – deren Ergebnisse stets von der Opposition angefochten wurden (laut einer kürzlich abgegebenen Erklärung des Vorsitzenden des Regionalen Exekutivkomitees von Grodno gibt es kein festgelegtes „Verfahren für die Stimmenaushaltung“) – Proteste gab, die unterdrückt wurden, begann die neue Welle der Mobilisierungen im Jahr 2017, als das Regime versuchte, die Arbeitslosen des „Parasitismus“ zu beschuldigen und ihnen per Dekret eine Steuer auferlegte, wenn sie nach einem halben Jahr keine neue Beschäftigung vorweisen konnten. Nicht nur in Minsk, sondern auch in den Regionalstädten riefen Tausende von Demonstrant*innen „Nein zum Dekret Nr. 3! Lukaschenko, hau ab!“ Das Regime sah sich dadurch gezwungen, diese Steuer durch eine Reduzierung der staatlichen Beihilfen für Arbeitslose zu ersetzen. Dies wurde als ein erster Rückschlag für das Regime angesehen.

Als die Covid-19-Pandemie begann, verfügte Belarus zwar über ein öffentliches Gesundheitssystem, das dem vieler Industrieländer weit überlegen ist (5,2 Ärzte pro 1000 Einwohner, gegenüber 3,9 in der Eurozone und 2,6 in Nordamerika), doch das bürokratische System war nicht in der Lage, angemessen auf die Krise zu reagieren. Das Regime bezeichnete die Pandemie als „Psychose“, stellte weder Schutzausrüstung und medizinische Versorgung für das Personal im Gesundheitswesen zur Verfügung noch kam es mit dem Mangel an Krankenwagen zurecht, während Lukaschenko den ersten offiziellen Toten (ein bekannter Schauspieler) zynisch als „armen Teufel“ bezeichnete, der „nicht durchgehalten hat“. Und diejenigen

Pflegekräfte und Ärzt*innen, die es gewagt hatten, über die Pandemie zu sprechen, wurden gemäßregelt. In dieser Zeit begann die Selbstorganisation der Bevölkerung: Die „ByCovid-19“-Kampagne war in der Lage, dort aktiv zu werden, wo der Staat untätig geblieben war, indem sie Ausrüstung und Freiwillige zur Verfügung stellte und in jeder Region ein Koordinationsnetzwerk aufbaute. Das Regime schwankte dann zwischen Repression und Zusammenarbeit mit diesen Freiwilligen, deren Initiative „die Notwendigkeit einer Veränderung in den Vordergrund rückte“, wie es der Koordinator der ByCovid19-Kampagne formulierte.

Aus Angst, dass „sie mich mit Mistgabeln holen werden“ (26. April 2020), beschloss Lukaschenko, seine Hauptgegner – die Wirtschaftsliberalen Viktor Babaryko (Vorstandsvorsitzender der Belgaz-Prombank), Valeri Tsepkalo (ehemaliger Botschafter, stellvertretender Minister und Verwalter des Hochtechnologieparks von Belarus) und Sergej Tichanowski (Unternehmer, Blogger und Moderator des beliebten YouTube-Kanals „A Country to Live“) – daran zu hindern, bei den Präsidentschaftswahlen zu kandidieren. Im Grunde ein Macho, glaubte er, dass eine Frau als Kandidatin, „nicht in der Lage ist, diese Last zu tragen, [und] zusammenbrechen“ würde, und ließ es zu, dass Hunderttausende Unterschriften zur Unterstützung für die Kandidatur von Sergejs Frau, Swetlana Tichanowskaja, gesammelt wurden. Diese [Englisch-]Lehrerin, eine „Computerfrau“, die angab, nicht nach Macht zu streben, und deren politisches Profil mit dem der Mehrheit der Wähler*innen übereinstimmte, wurde von Tsepkalos Frau und Babarykos Wahlkampfmanagerin unterstützt und konnte zu ihren Wahlversammlungen im ganzen Land Zehntausende Menschen mobilisieren. Ihr offizielles Ergebnis – 10,9 Prozent der Stimmen – konnte von niemandem als zutreffend anerkannt werden.

Die äußerst gewaltsame Unterdrückung der ersten Demonstrationen breiter Schichten am 9., 10. und 11. August tat ein Übriges: Wie der belarussische Soziologe Andrej Vardomatski sagte, „wenn jemand auf Ihr Fenster schießt, sehen das alle Bewohner des Gebäudes“. Unverzüglich breitete sich die Protestbewegung gegen Ungerechtigkeit und Terror aus: Das Lukaschenko-Regime hält sich nur noch dank der Repressionskräfte. Wie lange kann man regieren, wenn man „auf einem Bajonett sitzt“?

5 Indem es mit Terror reagierte, hoffte das Lukaschenko-Regime, eine Konzentration von Demonstrant*innen zu verhindern. Tatsächlich aber ermutigte dies die Protestierenden, vor ihren Häusern,

in den Innenhöfen ihrer Gebäude und in den Vorstädten und umliegenden Dörfern zu demonstrieren, wodurch die Proteste gesteigert und Formen der lokalen Selbstorganisation entlang der Nachbarschaftsbande forciert wurden, die recht stark sind, weil das bürokratische System der Hausverwaltungen und der sozialen Dienste nicht funktioniert und die Nachbarn zwingt, dringende Probleme selbst zu lösen. Mit der Rolle von sozialen Netzwerken und Internet-Kanälen – sie sind beliebt bei Jugendlichen und gleichzeitig die Hauptinformationsquelle in einem Land, in dem das Regime die Medien kontrolliert und zensiert – ist ein riesiges Netz spontaner lokaler Proteste entstanden, das kein Zentrum und keine klare Richtung hat, sondern eine „nicht greifbare Führung“: Sobald jemand als Führungspersonlichkeit in Erscheinung tritt und unterdrückt wird, nimmt ganz selbstverständlich eine andere Person vor Ort ihren Platz ein. Was diese Bewegung charakterisiert, ist große Kreativität (Protestierende erfinden ständig neue Formen der Kontrolle und des friedlichen Kampfes) und all dies verbreitet und bereichert sich über soziale Netzwerke.

Ab dem 10. August schlossen sich die Beschäftigten *als solche* den Mobilisierungen an. Die Pflegekräfte (hauptsächlich Frauen, Ärzte und Krankenschwestern), die die Verletzten versorgten, gingen auf die Straße, um gegen Folter zu protestieren. Arbeitsniederlegungen fanden in zahlreichen Unternehmen statt (manchmal mit Unterstützung von Eigentümer*innen aus dem Privatsektor), im Besonderen in mindestens einem Dutzend sehr großer staatseigener Unternehmen, was zu Kundgebungen der Beschäftigten in den Fabriken führte. Dabei gab es bisweilen heftige verbale Auseinandersetzungen mit den jeweiligen Geschäftsführern sowie mit lokalen Vertretern des Regimes und sogar mit Lukaschenko (der am 17. August von den Arbeiter*innen der Minsker Automobilfabrik mit „Hau ab“-Rufen konfrontiert wurde). Es gab auch Streikkomitees, aber nirgendwo – so scheint es – gab es Versuche, Betriebe zu besetzen. Im Gegenteil, die Arbeiter verließen die Fabriken, um zu demonstrieren. Die Repression (manchmal Massentlassungen, wie im Fall des Staatsfernsehens oder des Nationaltheaters in Minsk, oder Entlassungsdrohungen und Verhaftungen von wirklichen oder imaginären „Führern“), die Schwäche oder das Fehlen echter Gewerkschaften oder etwa der „Rat“ der Direktoren, zum „Italienischen Streik“ überzugehen (d. h. langsamer zu arbeiten, was den „Streik“ unsichtbar macht und die Arbeiter*innen atomisiert zurücklässt) führte zu einem Abflauen der Streikbewegung; die Arbeiter*innen

verschwanden in der großen Protestbewegung. Die Fabriken sind nicht zum Zentrum der Revolte geworden, und dem Proletariat ist es (noch?) nicht gelungen, innerhalb der demokratischen Bewegung, die gegen das Regime kämpft, sich um die eigenen Forderungen herum als Klasse zu behaupten.

Angesichts der brutalen Unterdrückung der Demonstrationen organisierten die Frauen als solche zahlreiche „Solidaritätsketten“, indem sie den Repressionskräften Blumen brachten und sie mit ihrer Masse überfluteten, sehr friedlich, was diesen sehr machohaften Sektor eine Zeitlang lähmte, bevor die Behörden ihm befahlen, auch Frauen und sogar ihre Kinder zu unterdrücken. Allerdings sind Forderungen nach Frauenrechten in diesen Initiativen (noch?) nicht aufgetaucht.

6 Während die vom Regime abgelehnten Präsidentschaftskandidaten der Opposition (V. Babaryko, V. Tsepkalo und S. Tichanowski) sowie Andrej Dmitrijew (Kandidat für „Die Wahrheit sagen“, der offiziell 1,21 % der Stimmen erhielt) liberale Wirtschaftsprogramme vorlegten – die insbesondere auf die „Unternehmensfreiheit“ des Privatsektors und ihre Forderung betonten, „die Subventionierung unprofitabler Unternehmen zu stoppen“ – ist dieses Thema im Präsidentschaftswahlkampf von Swetlana Tichanowskaja so gut wie verschwunden (ohne allerdings von ihr zurückgewiesen zu werden). Seit dem 9. August 2020 sind sie auch nicht mehr im Aufstand der Massen gegen das Regime aufgetaucht. Die Demonstrant*innen brachten nur die drei demokratischen Forderungen vor.

Die wirtschaftsliberalen Oppositionsparteien, die seit 1994 an den Rand gedrängt wurden und in den Institutionen des Regimes nicht nennenswert vertreten sind, sind im Grunde sehr schwach. Dasselbe gilt für die politischen Parteien, die sich als links bezeichnen (oft vermischt mit einer Dosis Nostalgie für das alte Regime des sogenannten „echten Sozialismus“), sie sind nichts mehr als Diskussionsklubs.

Schließlich ist die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft zwar obligatorisch, aber die offizielle Gewerkschaftsbewegung hat nichts mit wirklichen Gewerkschaften gemein, auch nicht mit stark bürokratisierten, sondern spielt für Lukaschenko die Rolle eines Transmissionsriemens; zum Teil bilden diese „Gewerkschaften“ lediglich einen Rahmen für den sozialen Aufstieg ihrer Funktionär*innen. Es sei darauf hingewiesen, dass Lukaschenkos Unterdrückung der sehr starken Arbeiter- und gewerkschaftlichen Mobilisierung Anfang der 1990er Jahre einherging mit dem Ende

der liberalen Schocktherapie und einen Bruch darstellte: Die „sozialen Schutzvorschriften“ seines Staatskapitalismus wurden organisch mit der Atomisierung und bürokratischen Überwachung der Arbeiter*innen verbunden. Unabhängige Gewerkschaften – wie der Belarussische Kongress Demokratischer Gewerkschaften (BKDP), der dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen ist – werden toleriert, aber unterdrückt, sind sehr schwach und in den Großbetrieben kaum präsent.

Die von Lukaschenko modellierte Gesellschaft war also eine atomisierte Gesellschaft. Das hat sich in den letzten Monaten geändert, insbesondere seit Beginn des von breiten Massen getragenen Aufruhrs. Die Aufrufe zur Solidarität mit den Arbeiter*innen und der Bevölkerung von Belarus aus den EGB-Netzwerken – einschließlich der französischen CGT, die kürzlich dem EGB beigetreten ist – markieren einen möglichen wichtigen Wendepunkt.

Ungeachtet ihrer Grenzen entwickelt sich in dieser demokratischen Massenbewegung eine intensive Politisierung, verbunden mit einem Lernprozess auf dem Gebiet der Selbstorganisation, die das Entstehen einer völlig neuen politischen Strukturierung auf die Tagesordnung setzt. Diese Bewegung für Demokratie wird früher oder später ein Projekt für die Gesellschaft aufbauen müssen. Wenn es ihr gelingt, Lukaschenko und sein autokratisches Regime davonzujagen, wird sie sich aufspalten und es werden Bedingungen entstehen können, die Diskussionen aufkommen lassen sowohl zu den Klassen- und Geschlechterfragen als auch zu den Fragen, was man stattdessen aufbauen sollte. Dann werden vor allem folgende Fragen im Mittelpunkt der Diskussionen stehen: die Rolle der Arbeiter*innenklasse (deren anfängliche Streiks Lukaschenko eine Zeit lang zwangen, die Repression zu begrenzen, was die Stärke der Arbeiter*innenklasse erkennen ließ), die Rolle der Frauen (deren Samstagsdemonstrationen den Weg für die Fortsetzung der Massendemonstrationen an den Sonntagen ebneten), Umweltfragen (Belarus erlebt bereits einen ernstzunehmenden Beginn des Klimawandels, demzufolge der Süden des Landes zu einer Steppenregion wurde, während er vor fünfzig Jahren noch ein Sumpfwald war).

7 Damit alle demokratischen, gesundheitspolitischen, feministischen, klassen- und umweltpolitischen Fragen, die die gegenwärtige Politisierung der belarussischen Gesellschaft vorantreiben, die Entstehung einer öko-sozialistischen Front ermöglichen, muss die internationalistische Linke (gewerkschaftlich, politisch, ...) in der Lage sein, konkrete und solidarische Verbindungen von

unten mit der belarussischen *demokratischen* Bewegung als Ganzes zu entwickeln.

Solidarität bedeutet nicht die Unterstützung dieser oder jener Entscheidung derjenigen, die heute behaupten, die Bewegung zu repräsentieren: der Koordinierungsrat um Swetlana Tichanowskaja (der durch die Repression stark geschwächt wurde) oder die alten politischen Parteien, die sich der Bewegung angeschlossen haben, während sie über ihre wahren Programme und Ziele – nämlich pro- oder antirussische, antisoziale und undemokratische Privatisierungen – schweigen. Die Bedeutung dieses Themas tritt jetzt, da sich die wirtschaftliche Lage verschlechtert, immer deutlicher hervor: Wir müssen uns sowohl dem pseudo-protektionistischen Diskurs von Lukaschenko als auch seinen pseudo-demokratischen Gegnern entgegenstellen.

Solidarität bedeutet demokratische Verteidigung gegen Unterdrückung, Verteidigung des pluralistischen Rechts auf freie Meinungsäußerung, Unterstützung für die stattfindenden Demonstrationen und Streiks. Solidarität bedeutet auch Unabhängigkeit von den Manövern anderer Regierungen und des internationalen Finanzkapitals, die versuchen, von den Mobilisierungen der Massen in Belarus zu profitieren.

- Internationale Solidarität der Arbeiter*innen mit der demokratischen Bewegung in Belarus!
- Weg mit Lukaschenko und seinem Regime!
- Freie und faire Wahlen in Belarus!
- Freie Selbstorganisation der Debatte über die Zukunft von Belarus!
- Auf dem Weg zu einem ökosozialistischen Belarus: transnationale Verbindungen zwischen Gewerkschaften, Frauenbewegungen, Jugend- und Arbeiter*innenbewegungen!

26. September 2020

■ Übersetzung: Jakob S.



„KONJUNKTURPROGRAMME“ FÜR IHRE PROFITE ODER EIN AKTIONSPLAN FÜR UNSER LEBEN?

Ihre Antworten auf die Krisen und unsere: Das linksradikale Umtriebe nicht verdächtige Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat jüngst in einer Studie festgestellt, dass die Vermögensverteilung hierzulande noch ungleicher ist als bisher bekannt. Die 45 reichsten deutschen Familien verfügen über eben so viel Eigentum wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung (41,6 Millionen Menschen). 45 zu 41.600.000.

■ Koordination der ISO

 Vor dem Hintergrund der aktuellen Krisen des Kapitalismus stellen sich zwei Fragen. Wer zahlt die Zeche? Und welcher Weg führt aus diesen Krisen?

Ihre Antworten ...

Die Kosten der gegenwärtigen Gesamtkrise hierzulande werden auf rund 2 Billionen Euro geschätzt. Die Herrschenden und ihre Politik haben mit den „Konjunkturprogrammen“ bereits mit der Abwälzung der Krisenlasten begonnen. Die abhängig Beschäftigten und die Armen sollen zahlen. Das ist ihre Antwort auf die erste Frage.

Ihre Antwort auf die zweite Frage lautet: „Transformation“ zu einem „grünen“ Kapitalismus mit noch mehr „Deregulierung“, „Digitalisierung“, „Elektromobilität“, „Flexibilisierung“, „Privatisierung“ und dergleichen mehr. Damit soll die „Konkurrenzfähigkeit“ des deutschen Kapitalismus gesichert werden. Gleichzeitig bedeutet das die Fortsetzung der von privaten Pro-

fitinteressen bestimmten chaotischen und gefährlichen Entwicklungen.

... und unsere

Um die sich beschleunigenden sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Verwerfungen effektiv bekämpfen zu können, bedarf es jedoch einer Perspektive im Interesse der großen Mehrheit, im Interesse der arbeitenden Klasse. Ihr Kern muss ein Aktionsplan öffentlicher Aufgaben und Maßnahmen sein. Ihn gilt es demokratisch zu erstellen und durchzusetzen. Die Erringung gesellschaftlicher Kontrolle über die entscheidenden Sektoren der Wirtschaft ist dafür eine wesentliche Voraussetzung.

Ein Aktionsplan gesellschaftlicher Aufgaben

Dieser Plan sollte mindestens die folgenden 10 Punkte umfassen:

1 Eine wirksame Bekämpfung der Klimakatastrophe und der Naturzerstörung setzt eine grundlegende Wen-

de in den verschiedensten Bereichen voraus. Sie kann nur gelingen, wenn die profitgetriebenen zerstörerischen Auswirkungen von Agrargeschäft, Massentierhaltung, Fischindustrie, Produktion, motorisiertem Individual- und Flugverkehr, Flächenverbrauch, Städtebau und Energieerzeugung im jeweiligen Bereich und im Zusammenhang gesehen und planmäßig überwunden werden.

2 Sinnvolle Arbeit und eine *würdige Existenz* müssen für alle Menschen ermöglicht werden. Das *Recht auf Arbeit* ist elementar für die arbeitende Klasse in einer auf Ausbeutung begründeten Gesellschaft.

3 Statt Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit für Millionen muss die Arbeit auf alle verteilt werden, zum Beispiel durch eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust und mit Personalausgleich in Stufen: 35-Stundenwoche, 30-Stundenwoche ...

4 Leiharbeit, Werkverträge und alle Formen prekärer Beschäftigung müssen ebenso wie Entlassungen verboten werden. Wir dürfen nicht weiter hinnehmen, dass ein wachsender Teil der Arbeitenden zu Dauer-Arbeitslosen oder prekär Beschäftigten im Niedriglohnbereich und „Aufstocker*innen“ gemacht wird.

5 Das Existenzminimum von prekär Beschäftigten und selbständig Tätigen ist unbürokratisch zu sichern. Ein garantierter Mindestlohn von 15 € ist umgehend einzuführen. Armut ist darüber hinaus in allen Bereichen und Altersgruppen durch eine gesellschaftliche Grundsicherung von 1500 € zu verhindern.

6 Ein umfassender gesetzlicher Gesundheitsschutz wird für alle hier lebenden Menschen sichergestellt. Dies geschieht durch den Stopp aller Privatisierungen, gute Personalschlüssel für alle Bereiche im Gesundheitswesen und die Abschaffung des Systems der Fallpauschalen. Ein kontinuierlich weiterentwickeltes Programm fördert den massiven Ausbau des gesellschaftlichen Gesundheitssektors, der einer demokratischen Kontrolle durch die Beschäftigten und die zu Pflegenden unterliegt. Er hat die Aufgabe ganzheitlich die Ursachen von Gesundheitsgefährdungen zu bekämpfen. Aufklärung der Bevölkerung und Prävention stehen dabei an erster Stelle.

7 Wohnen ist ein Grundrecht. Es muss durch die Vergesellschaftung von Grund und Boden vor allem in den Städten sowie das Verbot von Immobilienspekulation und die Enteignung von Wohnungskonzernen durchgesetzt werden.

8 Bildung und Kultur für alle Menschen ist ein Menschenrecht. Es muss durch die Überwindung der neo-

liberalen Zerstörungen und den koordinierten Ausbau dieser Bereiche sichergestellt werden.

9 Massenmedien, insbesondere die von wenigen Großkonzernen beherrschte digitalen Bereiche, werden der Aufklärung und Information verpflichtet und in gesellschaftliches Eigentum überführt. Ein demokratischer Zugang für alle ist zu sichern und durchzusetzen.

10 Die Finanzierung dieser Maßnahmen erfolgt aus einer Solidaritätssteuer von mindestens 20 % auf alle Geldvermögen über 1 Million Euro, aus der Beschlagnahme aller zur „Steuer-Optimierung“ durch Konzerne und Einzelpersonen im Ausland versteckten Milliarden und durch die Einführung einer Vermögenssteuer von 80 % für alle Einkommen, die das Tausendfache des Durchschnitts betragen.

Für die Durchsetzung dieser oder anderer Forderungen sind die politischen und sozialen Kräfteverhältnisse entscheidend. Jene sind abhängig von der Stärke des gemeinsamen Kampfes von unten. Ihn vorzubereiten und zu fördern ist die Aufgabe einer solidarischen Front der sozialen Bewegungen sowie der handlungsbereiten linken und gewerkschaftlichen Organisationen.

Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite!

Koordination der ISO, 13.09.2020



AKTIONSPLAN IM SINNE DER ÜBERGANGSFORDERUNGEN

Am Bewusstsein anknüpfen: Der hier dokumentierte Aktionsplan der ISO ist ein Versuch, die Strategie der Übergangsforderungen auf die gegenwärtige politische Lage in Deutschland anzuwenden.

■ Manuel Kellner

Auf die Frage interessierter Kolleg*innen und anderer Linker, was wir eigentlich wollen, genügt nicht der Verweis auf unsere programmatischen Grundpositionen. Natürlich wollen wir die Überwindung der kapitalistischen Klassengesellschaft durch eine sozialistische Umwälzung. An die Stelle der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, die eine eher schlecht als recht verschleierte Herrschaftsform des Kapitals ist, wollen wir eine sozialistische Demokratie, in der die abhängig Beschäftigten und die kapitalfreie Mehrheit der Bevölkerung das Sagen haben.

Aber was setzen wir der Regierung Merkel und überhaupt der etablierten Politik konkret entgegen? Seit Ausbruch der Covid-19-Pandemie steht nicht mehr die gnadenlose Sparpolitik mit ihrem Dogma der „schwarzen Null“ im Mittelpunkt. Milliarden schwere „Konjunkturprogramme“ sind an deren Stelle getreten. Nun halten wir es nicht für ausreichend, hierauf bloß mit einzelnen Verbesserungsvorschlägen zu reagieren, wie das andere Linke tun, vor allem auch die Partei Die Linke. Das ganze Prinzip ist falsch, weil es der Logik der Kapitalherrschaft und der Kapitalinteressen folgt. Darum stellen wir dem ein Programm öffentlicher Ausgaben für die gesellschaftlich – gesundheitspolitisch, sozial und ökologisch – dringlich gebotenen Maßnahmen entgegen

Solidarische Massenaktionen

Es geht uns damit darum, die Möglichkeiten solidarischer Massenaktionen zur Durchsetzung der genannten Ziele und, im Fall ihrer Durchführung, zu ihrer demokratischen Kontrolle von unten auszuloten. Deshalb verstehen wir unseren Aktionsplan als Diskussionsangebot für alle

Kräfte und Einzelpersonen, die an der Auslösung solcher Bewegungen interessiert sind oder schon daran arbeiten. Welcher der genannten – oder vielleicht auch nicht genannten – Punkte letztlich von einer großen Zahl von Menschen in praktischer gemeinsamer Aktion aufgegriffen werden, können wir heute nicht wissen. Wir wollen dies aber zusammen mit allen daran Interessierten herausbekommen und mit gemeinsamen Initiativen testen.

Dieses Herangehen an die gegenwärtigen Aufgaben steht in der Tradition der jungen Kommunistischen Internationale, bevor sie von der Stalin-Fraktion überwältigt und schließlich aufgelöst wurde. Auf ihrem Vierten Kongress 1922 diskutierte sie über Einheitsfronttaktik sowie Teil- und Übergangsforderungen. Vor der sozialistischen Eroberung der politischen Macht war die Mehrheit der Arbeiter*innenklasse für die konkreten Vorschläge der Kommunist*innen und schließlich für ihre Grundpositionen – für die sozialistische Umwälzung – zu gewinnen. Natürlich unterscheiden sich die damaligen Bedingungen in vielem von den heutigen. Das Grundproblem ist aber geblieben. Darum treten wir dafür ein, an dem seitdem weitgehend verschütteten strategischen Problembewusstsein von damals anzuknüpfen. Es geht nicht darum, etwas nachzuplappern oder zu kopieren, was damals versucht wurde. Es geht darum, eine Methode zu verstehen und auf die heutigen Probleme anzuwenden. Eine neue Generation von Revolutionär*innen wird weiter gehen und das revolutionäre Denken erneuern – aber ohne die kritische Aneignung der revolutionären Überlieferungen der Vergangenheit wird das nicht gelingen.

SEUCHENBEKÄMPFUNG UND PROTESTE

In diesem Sommer haben die Minderheits-Proteste gegen die Corona-Restriktionen in Deutschland eine neue Qualität erreicht. Was treibt die Teilnehmer um und in welchem historischen Kontext bewegen sie sich? [D. Red.]

■ **Helmut Dahmer**

1 „Corona“ (alias „Covid-19“) begann seinen Zug um die Welt in der zentralchinesischen Millionenstadt Wuhan. Vermutlich sprang auf dem dortigen Markt ein mutiertes Virus von Tieren (Fledermäusen?) auf Menschen über und verbreitete sich dann rasch durch Ansteckung (Tröpfchen- beziehungsweise Aerosol-Infektion). Anders als frühere Epidemien, die den europäischen und den amerikanischen Kontinent nicht erreichten oder nur streiften, machte sich der Erreger der neuen Seuche die von Millionen frequentierten Reise- und Handelsstraßen der Gegenwart zunutze, sprang binnen Tagen und Wochen von Land zu Land und von Kontinent zu Kontinent; „Covid-19“ wurde zur „Pandemie“. Ohne Immunität, unvorbereitet, ohne Vorbeuge- oder Heilmittel befinden wir uns in einer Lage, die derjenigen gleicht, in der sich die Bevölkerungen der altamerikanischen Kulturen Mittel- und Südamerikas befanden, als europäische Eroberer, die Konquistadoren, selbst „immun“, sie mit ihnen unbekannten Krankheiten infizierten, an denen sie massenweise zugrunde gingen. Auch die europäische Bevölkerung wurde Jahrhunderte lang stets wieder von Seuchen heimgesucht, denen sie die längste Zeit hilflos gegenüberstand. Pest und Cholera haben sich dem Kollektivgedächtnis am tiefsten eingeprägt. Manche dieser Epidemien entvölkerten ganze Landstriche, kehrten gelegentlich wieder oder verschwanden ganz. Außer Hygiene- und Quarantäne-Maßnahmen wusste man ihnen jahrhundertlang nichts entgegenzusetzen.

2 Die Auseinandersetzung zwischen der von ihm vorgefundenen „Umwelt“ und dem eigentümlichen Naturwesen Mensch (samt seinen Vorläufern) währt schon etwa eine Million Jahre. Als „Invalide seiner höheren Kräfte“ (nämlich der Sprache und der Technik) und als „nicht festgestelltes“, darum außerordentlich anpassungsfähiges Tier – wie Herder und Nietzsche ihn charakterisierten –, hat dieser transkontinentale Räuber und Wanderer, vor allem seit der „neolithischen Revolution“, dem Übergang zu Ackerbau und Viehzucht, seinen Bedürfnissen entsprechend mittels Rodung und Wasserbau weite Territorien umgestaltet und unter der Fauna aufgeräumt. Selbst ein Allesfresser, hat er sich – im Schutzraum seines kulturellen Habitats – dem Schicksal des Gefressen-Werdens entzogen, manche Tiere (wie Mammuts) ausgerottet, ihm gefährliche (wie Bären, Tiger und Wölfe ...) dezimiert und die überlebenden in Zoos und Reservate gesperrt. Doch den Kampf gegen die (wie die atomare Strahlung) ohne spezielle Geräte für ihn nicht wahrnehmbaren Menschenfresser, gegen die mikroskopisch kleinen, stets mutierenden parasitären „Virionen“, die zu ihrer Reproduktion auf Wirtszellen von Pflanzen oder Tieren angewiesen sind, hat er noch längst nicht gewonnen.¹ Die Entdeckung von und der Kampf gegen Viren ist ungefähr 150 Jahre alt (der gegen „Bakterien“ währt schon dreieinhalb Jahrhunderte).

3 Bis in die (europäische) Neuzeit gab es auf die quälende Frage nach Herkunft und „Sinn“ der großen Seuchen nur eine, nämlich die magische Antwort: Die Menschen haben den Kult der irdischen und himmlischen Götter, denen sie Leben und Nahrung verdanken, vernachlässigt, ihre Gebote missachtet – sie sind also schuldig geworden.² Diese Schuld muss abgegolten werden, und es genügt nicht, dass Götter und Dämonen sich selbst mit Hilfe der Krankheit Hekatomben von Menschenopfern holen, sondern es bedarf immer neuer Sühneopfer und Reinigungsrituale von Seiten der schuldig Gewordenen, die unterm Druck ihrer Schuld andere Schuldige suchen und finden. Kandidaten dafür waren nicht nur Pestkranke oder Aussätzige, vermeintliche Brunnenvergifter und Brandstifter, Hostienschänder, Hexer und Hexen, sondern auch Un- und Andersgläubige, „Sünder“ aller Art, „Gezeichnete“, Fremde und Kriegsgefangene ... Und so war jede Epidemie, jede Katastrophe, jede Dürre, Überschwemmung und Missernte begleitet und gefolgt von Opferorgien. „Psychische Epidemien“, heißt es in einer Geschichte der Medizin, „traten besonders nach dem Schwarzen Tod auf und fanden ihren Ausdruck in Akten des Massenwahns, wie der Verbrennung von Tausenden von Juden, den Prozessionen der Flagellanten (Geißler) und den Kinderkreuzzügen (1212).“³

4 Von der Frühgeschichte bis in die frühe Neuzeit waren die Menschen den Seuchenzügen hilflos ausgeliefert; sie wussten nicht, wie ihnen geschah. Erst als auf der Grundlage der verallgemeinerten Warenproduktion Nutzenkalküle eine enorme Steigerung der Arbeitsproduktivität, also der Natur- und Menschenbeherrschung ermöglichten⁴, wurden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch Biologie und Medizin revolutioniert.⁵ Seitdem sind Epidemien im Prinzip kontrollierbar geworden, man kann ihnen vorbeugen, sie eindämmen oder sie gar abschaffen.⁶ Seit 150 Jahren sind Infektionskrankheiten kein Schicksal mehr, so wenig, wie es die Kriege sind oder die Katastrophen von Tschernobyl und Fukushima. An die Stelle vieler Naturkatastrophen von dermal einst sind *man-made-disasters* getreten. Und wenn Epidemien antiquiert noch immer beschrieben und besprochen werden, als handele es sich um Phänomene wie Meteoriteneinschläge, Tsunamis oder Vulkanausbrüche, dann wird der unbeherrschbaren Natur zugeschrieben, was nur mehr Produkt der unbeherrschten Weltgesellschaft ist, die, von Imperativen der Kapitalakkumulation getrieben, planlos von einer Katastrophe in die nächste taumelt. *Nicht wenige der vermeintlichen „Natur“-Katastrophen der Gegenwart sind*

in Wahrheit Sozial-Katastrophen, und deren „naturale“ Camouflage verhindert die Suche nach den Faktoren hinter den (epidemiologischen) Fakten.⁷ Rückblickend auf die „Ära der Bakteriologie“ schrieb Erwin Ackerknecht:

„Man machte die Erfahrung, dass die Kenntnis der *parasitären Krankheitsursachen* und ihrer wirksamen Behandlungsweise nicht zur Ausrottung der Krankheit führen kann, wenn *bestimmte soziale und wirtschaftliche Faktoren* für die volle Anwendung dieser Kenntnis ungünstig sind. Dies gilt besonders für die Cholera, für die Malaria, für die Tuberkulose und für die Syphilis. Das ärztliche Wissen würde beim [Ende des 19. Jahrhunderts] schon hohen Stand der Mikrobiologie wahrscheinlich ausreichend gewesen sein, um diese Krankheiten allmählich auszurotten. Doch die schlechten hygienischen und sozialen Bedingungen sicherten [...] ihr Fortbestehen und lassen bis heute ihre Ausbreitung in der Dritten Welt zu.“⁸

5 Die längste Zeit der Menschheitsgeschichte boten Höhlen, Zelte, Hütten und Häuser, Städte und Mauern relativen Schutz gegen Naturgewalten und sichtbare Feinde, nicht aber gegen unsichtbare und darum unbekannte. Das änderte sich erst in der Moderne, die es ermöglichte, auch zuvor Unsichtbares sichtbar und messbar zu machen und neuartige Schutzvorkehrungen und Heilmittel (Vakzine) zu kreieren. Aufgrund der Forschungen von Pasteur, Koch und ihren Nachfolgern ist es möglich geworden, das menschliche Habitat mit neuartigen, feineren Filtern besser gegen Bakterien und Viren zu schützen. Doch im Innern dieses Habitats herrscht noch immer die Ungleichheit und toben Verteilungskämpfe zwischen den Klassen. Von deren Ausgang hängt es nun ab, ob weitere Verfahren der Seuchenkämpfung entwickelt und genutzt werden können und ob sie wenigen, vielen oder allen zugutekommen.⁹ Nicht mehr die Wölfe müssen wir fürchten, sondern Menschen, die – unkontrolliert – über finanzielle und militärische Machtmittel verfügen, nicht neue Viren, sondern die traditionell ungleiche Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, die es bisher unmöglich macht, Hunger, Krieg und Seuchen abzuschaffen. *It's the class-structure, stupid!*¹⁰

6 In vielen Staaten der Erde gilt die jeweils verfolgte Politik als „alternativlos“; und weil es schon lange keine großen Parteien mehr gibt, die nicht nur bestimmte Mängel der bestehenden Gesellschaft reformieren, sondern ihre Struktur ändern wollen, und weil Sozialwissenschaftler, denen es um solche Alternativen geht, marginalisiert werden, fungieren derzeit einzig Virologen als (technische) Berater jener Regierungen, die das System der Ungleich-

heit und der Unmündigkeit schlecht und recht verwalten. Die aus ein paar Parteipolitikern ad hoc gebildeten „Corona-Stäbe“ erwiesen sich freilich in diesem, von der Seuche bestimmten Frühjahr 2020 als außerordentlich flexibel. Über Nacht schlugen sie große Breschen in den Käfig alternativloser Reform- und Gedankenlosigkeit und verlegten sich, nach Jahren und Jahrzehnten der „Austeritäts“-Politik, um der Wirtschaft und der Volksgesundheit willen aufs Schuldenmachen und auf staatliche Eingriffe in die „Märkte“, deren Kommando ihnen doch bisher stets Gesetz war.

Offenbar wurde die jüngste Mutation des Corona-Virus und sein Übersprung auf Menschen durch Rodungen, Massentierhaltung und Klimawandel begünstigt.¹¹ Dass das Virus sich über die heutigen Reise- und Handelsrouten verbreitet, ist unverkennbar. Dass Prophylaxe, Eindämmung, Erforschung und Bekämpfung von den verfügbaren Ressourcen (Viren-Spezialisten, Seuchenärzten, Forschungslabors, Pflegepersonal, Krankenhausplätzen, Intensivstationen, Desinfektionsmitteln, Masken, Beatmungsgeräten usw.), überhaupt vom jeweiligen Zustand des Gesundheitssystems abhängen, liegt auf der Hand. Und das heißt: Die Bevölkerungen der reichen Gläubigerstaaten haben gegenüber denen der Schuldnerstaaten auch und gerade in Pandemiezeiten weitaus bessere Überlebenschancen, so wie im Innern der wenigen Wohlstandinseln die privilegierten Schichten auch im Zeichen von Corona besser, sicherer und länger leben.¹²

7 Manager, Handelsagenten, Techniker, Entwicklungshelfer, Touristen und Missionare tragen das Virus in alle Welt; es reist mit Schiffen und Flugzeugen. Doch weder in Albanien, noch in Kambodscha, weder auf Haiti, noch auf der Osterinsel wird ein Impfstoff gegen Corona gefunden werden, und falls einer gefunden wird, werden die Pandemie-Opfer in der dritten und vierten Welt zu allerletzt davon profitieren.

Die sogenannten „hotspots“, „cluster“ oder Virenschleudern, von denen die Seuche ausstrahlt oder in denen sie immer wieder aufflammt, sind, abgesehen von Lustbarkeiten (Karneval, Sportveranstaltungen, Après-Ski ...), Gottesdiensten und politischen Meetings vor allem Kaserne, Schlacht- und Kreuzfahrtschiffe, Flüchtlings- und Gefangenenlager, Slums und die erbärmlichen Massenquartiere für Hunderttausende von billigen Wanderarbeitern, wie sie in der Landwirtschaft, auf Großbaustellen oder in Fleischfabriken eingesetzt werden. Auf die Existenz dieser Billig-Lohn-Brigaden werden Politiker und Öffentlichkeit jetzt, wo sie zu Seuchenopfern und damit

zu Gefährdern geworden sind, zum ersten Mal aufmerksam. Keine Gewerkschaft, kein Philanthrop hat sich je für sie interessiert. Überall, wo pauperisierte Menschen mit geschwächten Immun-Systemen zusammengepfercht werden, in Ghettos und „totalen Institutionen“ – Gefängnissen, Psychiatrien, Alten- und Pflegeheimen –, hält der Tod reiche Ernte. Und gilt das schon für die reichsten Länder, wie wird es den Bevölkerungen der Welt-Armutszonen, der Kriegs- und Hungerländer ergehen, wenn die Seuche sie erreicht?

8 Corona wirft ein grelles Licht auf die feinen und weniger feinen Unterschiede, die, um des immerfort beschworenen, imaginären Zusammenhalts „aller“ Menschen willen, national und international geleugnet, beschönigt, relativiert und ignoriert werden.¹³ Zumindest für die, die überhaupt sehen wollen, werden im Zeichen von Corona die Klassenteilung und die Sprossen der Einkommensleiter, wird die gesamte Hierarchie der sozialen Schichtung sichtbar.¹⁴ Wie in Putsch-, Kriegs- oder Besatzungszeiten werden Ausgangssperren (quasi Hausarreste) verhängt. Mit denen ergeht es uns aber ganz dem berühmten Statement von Anatole France entsprechend, wonach das Gesetz es Arm und Reich *gleichermaßen* verbietet, unter den Brücken (nicht nur von Paris) zu schlafen.¹⁵ „Stay home“ galt für normale Mieter, wobei es Balkon- und Gartennutzer schon besser getroffen hatten, erst recht die Hausbesitzer. Die Bewohner von Slumhütten und Massen-Quartieren waren nicht betroffen. Nicht betroffen war auch die Klasse der Autobesitzer, die sich jederzeit frei bewegen konnten, und freier noch waren die motorisierten Datscha-, Zweitwohnungs- und Residenz-Eigentümer, die weder auf öffentliche Verkehrsmittel, noch auf Hotels angewiesen sind ... Bald kamen Geschäfts- und Vergnügungsreisen mit Privatjets in Mode. „Freie Fahrt für freie Bürger!“

9 Maßnahmen-Konformität erzeugt auf die Dauer Unwillen. Der aber richtet sich nicht gegen die Privilegierten, deren Leben sich unter Corona-Bedingungen nicht ändert, nicht gegen diejenigen, die weder von Kurzarbeit und Verdienstausschlag, noch von Arbeitslosigkeit betroffen sind, und kaum gegen die offiziellen Maßnahmen-Verordner und Schönredner, die nur im Fernsehen auftreten, also ungreifbar sind. Aggression trifft erst einmal die Wenigen, die die neuen Regeln weniger strikt oder gar nicht befolgen: Abstandswahrer attackieren Mitbürger, die es mit dem Abstand nicht so genau nehmen, und überall finden sich Ordner, die über Reihenfolge und Distanz von Schlangenstehern wachen. Schwitzen- und Maskenträger beschimpfen Unmaskierte, mitunter

schimpfen die zurück. Sie alle empören sich über die *kleinen* Ungleichheiten, die ihnen die großen, lebensentscheidenden verdecken. Statt dass sie etwa Risikozuschläge und Lohnerhöhungen für das medizinische Personal verlangen, lassen ganze Straßenzüge die imaginäre Einheit der Corona-Bedrohten hochleben, mit Musik und Tanz auf Balkonen, mit Nationalhymnen und Beifallklatschen, und wehe dem, der bei solchen Ritualen nicht mitmacht.

10 Nach Wochen und Monaten aber macht sich inzwischen der latente Frust Luft, erst in den „sozialen“ Medien, dann auf Straßen und Plätzen.

„Die Protestierenden sprechen nur für sehr wenige. Eine klare Mehrheit der Bevölkerung steht hinter den Restriktionen.“ „Doch gerade jetzt sind alte und neue Dämonen auf den Straßen unterwegs. Vor wenigen Wochen noch haben die Deutschen die Nase gerümpft, als sie waffenschwingende Amerikaner sahen, die gegen den Lock-Down protestierten. Doch ihre Schadenfreude währte nur kurz. Am 8. Mai strömten Tausende von Protestlern auf die Straßen von Großstädten wie Berlin, München und Stuttgart, die ihre Rechte in Gefahr sehen und Verschwörungstheorien favorisieren – eine wilde Mischung von Extremisten, Verschwörungstheoretikern und gewöhnlichen Bürgern, die von der weit rechts stehenden *Alternative für Deutschland* [AfD] nach Kräften unterstützt wurde.“¹⁶

Im Bann der Alternativlosigkeit, die in Deutschland so lange Staatsraison war, weiß niemand, was zu tun und zu fordern wäre. Keiner kommt auf die naheliegende Idee, als Antwort auf die Corona-Krise nicht nur die sofortige *Ent-Privatisierung des Gesundheitssystems* zu fordern, sondern die Einrichtung eines neuartigen, non-profitablen Gesundheitsdienstes, der *allen* kostenlos zur Verfügung steht. Kein Gewerkschafter traut sich, angesichts des Kurzarbeiterheers, das demnächst zum Arbeitslosenheer wird, *jetzt eine Umverteilung der Arbeit* auf die Tagesordnung zu setzen, also die *Vier-Tage-Woche* (mit 28 Wochenstunden) für alle Beschäftigten und eine *Mindestsicherung* für alle, für die es keine Arbeit (mehr) gibt. Stattdessen demonstrieren Tausende, denen es zuvor nie eingefallen wäre, überhaupt einmal für oder gegen etwas auf die Straße zu gehen, für die Aufhebung der Restriktionen (nämlich der Ausgangsbeschränkungen, der Masken- und Abstandspflicht), die bisher für geringere Infektions- und Todesraten als in den Nachbarländern (von Russland, den USA oder Brasilien ganz zu schweigen) gesorgt haben. Doch der Protest ist ein nationaler, der Blick der Akteure reicht über die Landesgrenzen nicht hinaus. Nicht die Verselbständigung der Exekutive gegenüber dem Parlament macht ihnen Sorge,

nicht die *Tendenz* zum „starken Staat“. Vorschnell geben sie die parlamentarische Demokratie verloren, schwingen das Grundgesetz als Talisman und wännen, die „Uniformierung“ der Bevölkerung durch den „Merkel-Maulkorb“ beweise, dass wir uns halb schon im Orwell-Staat, jedenfalls aber im „Faschismus“ befänden. In der ersten Reihe finden sich Leute aus allen sozialen Schichten, die, angstgetrieben, die Pandemie überhaupt leugnen, sie für ein bloßes Gerücht halten, erfunden, um Menschenmassen zu manipulieren.¹⁷ Nazis, die keine sein wollen, versuchen, auf dieser Protest-Welle zu surfen, da die „Flüchtlingswelle“, die sie nach 2015 in die Parlamente von Bund und Ländern spülte, vorläufig verebbt ist.

In Deutschland wühlt der Strudel der Empörung gleich auch die ganze unbewältigte Vergangenheit wieder auf. An Statisten für alte Stücke fehlt es nicht, und in diesen Geisterspielen wännen die einen sich in der Revolution von 1848, andere versetzen sich lieber noch einmal in die von 1989 („Wir sind das Volk!“); dritte tragen stolz ein T-Shirt mit dem Konterfei Anne Franks zur Schau, während neben ihnen junge Frauen und ältere Männer, strahlend vor Torheit, mit einem „Judenstern“ an der Brust paradien (Aufschrift: „Ich bin nicht geimpft!“). Viele rufen im Chor gern „Widerstand!“, und das in einem Land, in dem es keine Résistance gab und in dem die wenigen Widerständler noch Jahre nach dem Krieg als „Verräter“ galten. Auch die alte, antisemitisch getönte „antikapitalistische Sehnsucht des deutschen Volkes“¹⁸ regt sich wieder. Die Sehnsüchtigen greifen auf das antisemitische Dispositiv zurück und küren Bill Gates, den Gründer von *Microsoft*, zum Sündenbock. Der ist Programmierer und Mäzen, einer von (weltweit) mehr als zweitausend Milliardären. Vielen Protestlern gilt er darum als das personifizierte Übel, als eine Art Mr. Weltkapitalist, als der ihnen schon George Soros erschien. Was aber werfen sie ihm vor? Nicht etwa, dass das Wirtschaftssystem, von dem er profitiert, der Auspressung von Mehrarbeit dient und ihnen stets mit „Freisetzung“ droht, oder dass Leute wie er sich Regierungen und Parlamente wie Fussballmannschaften, Zeitungen oder Opernhäuser kaufen können, nein: dass er, angesichts der neuen Pandemie, eine Variante der guten alten Pockenimpfung favorisiert ...¹⁹

11 In diesem Sommer haben die Minderheits-Proteste gegen die Corona-Restriktionen in Deutschland eine neue Qualität erreicht. Nach Demonstrationen in Stuttgart und anderen Städten zogen am 29. 8. in Berlin an die 40.000 – vielleicht waren es auch 100.000 – Protestierer auf.²⁰ Als Organisatoren und Parolen-Geber

wirkten Stuttgarter „Querdenker“, die Verfassung und Grundrechte in Gefahr sehen. Ihrem Ruf folgte eine bunte, karnevalistisch anmutende Menge, die ihr „Gefühl der Ohnmacht“ (Erich Fromm), ihre verzweifelte Suche nach „Erklärungen“, ihr Streben nach Ermächtigung, ihre Sehnsucht nach Protektion mehr oder weniger wahnhaft zum Ausdruck brachte.²¹ Die Teilnehmer einer solchen Walpurgisnacht am helllichten Tag wissen, dass – trotz Wahlen und Gewaltenteilung – nicht sie, sondern andere über Investition und Nicht-Investition, Arbeit oder Nichtarbeit, Krieg und Frieden entscheiden. Das ist der Erfahrungskern, von dem ihre Phantasmen zehren. Die einen wähnen, dass sie schon wieder im Faschismus (oder in der DDR) leben, die andern, dass mächtige Finanzkapitalisten sie versklaven (oder dezimieren) wollen, die dritten rufen Trump (oder Putin) zu Hilfe. Jahrelang hat man ihnen „Alternativlosigkeit“ gepredigt, und nun mucken sie dagegen auf. Sie rufen nach „Freiheit“, und sei es, wenn andere Freiheiten nicht zu haben sind, die kleinste, nämlich die, keine Schutzmaske tragen zu müssen. Da keine „vernünftigen“, machbaren Alternativen in Sicht sind, werden sie in der nahen oder entfernteren Vergangenheit gesucht. In Berlin wurde (am 29. August) – von einer Vorhut von ein paar Hundert aufgekäscherten Demonstranten (untermischt mit V-Leuten) – die deutsche Novemberrevolution von 1918 nachgespielt – mit „Sturm auf den Reichstag“, Ausrufung einer „Freien Republik“ (wie einst, konkurrierend, von Liebknecht und Scheidemann) und der Forderung nach Neuwahlen und einer neuen Verfassung. Ohnmachtsgefühle wurden durch Allmachtsphantasien kompensiert.²² Nur gab es weder Räte, noch Massenstreiks, noch gar den Ruf nach „Arbeiterkontrolle“ über Banken, Börsen und Internet-Konzerne. „Draußen im Land“ blieb es ruhig, und auch die den Wallot-Bau mit der Glaskuppel abschirmenden Polizisten waren kaum tauglich, im Historienspektakel Noskes Freikorps (von 1919), oder die SA (von 1933) darzustellen. Dass das „Unbewusste“ keine Gegensätze kennt (Freud), gilt auch für das kollektive Unbewusste. Und so tauchen in einem Land, dessen hitlertreue Mehrheit 1945 versuchte, 12 Jahre aus ihrer Erinnerung zu löschen²³, unter dem Druck von „Corona“ die Gespenster von Revolution und Konterrevolution in Gestalt von seltsamen Mischbildern wieder auf, wobei am Ende immer die Symbole der Konterrevolution die Oberhand gewinnen. Die „Reichstags“-Treppe wurde zur Bühne. Nostalgisch schwenkte die Vorhut der Rebellen (neben anderen) die schwarzweißrote Fahne, die einst über Kaiserreich und Hitlerstaat wehte. (Die rote, die

Sowjetsoldaten am 1. Mai 1945 auf dem ruinierten Bau gehisst hatten, kam ihnen nicht in den Sinn ...) Und wenn nun Staatsrepräsentanten sagen, da seien „Grenzen des Anstands“ verletzt worden oder es handele sich um einen „unerträgliche[n] Angriff auf das Herz [!] unserer Demokratie“²⁴, dann verfehlt die Kritik entschieden die Reichstags-Symbolik, wie sie in Kopf und Herz von „Querdenkern“ herumspukt. Mit dem „Herzen“ der Demokratie hat es in Deutschland eine eigene Bewandnis. Es schlägt noch nicht sehr lange im Reichstagsgebäude. Vor 100 Jahren tagte in dem alten Bau der Arbeiter- und Soldatenrat, im Februar 1933 zündelte hier der unglückliche Van der Lubbe, und nur einen Monat später peitschte der Reichstagspräsident Göring – unter Heilrufen, Hakenkreuzfahne und dem „Schutz“ von SA und SS – das „Ermächtigungsgesetz“ für seinen „Führer“ durch ...

Alles „Peinliche“, das vergessen werden soll, erzwingt von Zeit zu Zeit seine *Darstellung* und findet Akteure, die es – wie immer entstellt und unerkannt – auf die Bühne der Gegenwart bringen. Was notierte doch Francisco de Goya 1799²⁵ auf seinem 43. „Capricho“? „El sueño de la razón produce monstruos“ – der Schlaf der Vernunft gebiert Ungeheuer ...

(2.9.2020)

1 Virionen sind Vorstufen oder Fragmente lebendiger Zellen, und sie sind, wie alle Lebewesen, auf Selbsterhaltung und Replikation programmiert. Pocken, Herpes, Hepatitis, Gelbfieber, Encephalitis, Polio, Corona (Influenza) etc. sind virale Erkrankungen.

2 In seinem Augenzeugen-Bericht über die Pest in Florenz im Jahr 1348 schrieb Boccaccio: Sie „hatte, durch den Einfluss der Himmelskörper oder durch den gerechten Zorn Gottes wegen unserer lasterhaften Handlungen zu unserer Besserung über die Sterblichen *verhängt*, einige Jahre zuvor im Orient angefangen [...]. Unaufhaltsam drang sie weiter von Ort zu Ort und verbreitete sich auf jammervolle Weise auch über den Okzident.“ Boccaccio, Giovanni ([1349/53] 1472/73): *Der Decamerone*. Zürich (Manesse) 1957, Bd. 1, S. 13 (Hervorhebungen von mir, H. D.).

3 Ackerknecht, Erwin H. (1959): *Geschichte der Medizin*. 7. Aufl., überarbeitet und ergänzt von A. H. Murken. Stuttgart (Enke) 1992, S. 64.

4 „Erst in der kapitalistischen Welt haben es die Menschen lernen müssen, alle Güter in Marktpreise, alle Arbeit in Kostenpreise, den ganzen Erfolg ihrer Lebensarbeit in Profitgrößen umzurechnen. Erst dadurch wurden die Menschen einer Naturauffassung geneigt, die alle qualitative Individualität in bloße Quanta auflöst. Nur das Messbare, Rechenbare gilt“, heißt es bei Otto Bauer. Bauer (1924): „Das Weltbild des Kapitalismus.“ In: O. Bauer (1961): *Eine Auswahl aus seinem Lebenswerk*. Hg. von Julius Braunthal. Wien (Wiener Volks-

buchhandlung), S. 102–139; Zitat auf S. 113. – Natur, die der Menschen und ihres Milieus, Mikro- und Makrokosmos wurden, als berechenbare, entzaubert, die Welt nach dem Modell der indirekten Vergesellschaftung von Sozialatomen gedeutet, der menschliche Leib als Maschine verstanden, deren Defekte technisch behoben werden können.

5 „Die grundlegenden bakteriologischen Entdeckungen geschahen zwischen 1878 und 1887 in der Gründerzeit.“ Ackerknecht, a. a. O. (Anm. 3), Kap. 15, S. 128.

6 Tuberkulose, Pocken, Malaria, Kinderlähmung, Masern ...

7 „Kapitalistische Wirtschaftsweise“ heißt, dass (private und staatliche) Investitionen getätigt werden, sofern sie profitabel sind, und dass sie nicht getätigt werden, wenn sie keinen Gewinn abwerfen. Das gilt für die „Entwicklungshilfe“ wie für die Gesundheitssysteme. Unter dem Imperativ der Profitabilität („Ein Kapitalist schlägt viele tot“, heißt es bei Marx) werden zum einen an den stets weiter vorgeschobenen Grenzen der „Zivilisation“ – sei es im Amazonasgebiet oder in China – immer neue Übersprungchancen für mutationsfähige Viren geschaffen. Zum andern schreitet die Verwüstung unseres Habitats – in Gestalt von Rodung, Luftverschmutzung, Klimaerwärmung, Dürre etc. – in immer rascherem Tempo fort. Zum dritten werden durch Massentierhaltung und Großschlachtereien, Plantagenwirtschaft mit importierten Billiglöhnern in Massenquartieren (gerade auch in den höchstentwickelten Staaten) lauter potentielle Hotspots für neue Seuchen geschaffen.

8 Ackerknecht (1959), a. a. O. (Anm. 3), S. 131.

9 Vgl. dazu den Bericht von Conis, Elena, Michael McCoyd und Jessie A. Moravek über die Polio-Seuche und die Entwicklung eines Polio-Impfstoffs: „What to expect when a coronavirus vaccine finally arrives.“ *The New York Times*, International Edition; 22. 5. 2020, S. 11.

10 Vgl. dazu auch Friedman, Thomas L. (2020): „How we broke the world.“ *The New York Times*, International Edition; 2. 6. 2020, S. 9 und S. 11.

11 Vgl. dazu Wallace, Robert G. (2016): *Big farms make big flu*. Dispatches on infectious disease, agrobusiness, and the nature of science. New York (Monthly Review Press). Ferner die Beiträge zur Corona-Epidemie von Angela Klein u. a. in: *SoZ*, Sozialistische Zeitung, 35. Jg., Nr. 6, Juni 2020, S. 13–17.

12 Vgl. dazu Pitzke, Marc, u. a. (2020): „Das Armutszeugnis.“ *Der Spiegel*, 30. 5. 2020, S. 86–91. Ferner: Beckert, Jens (2020): „Nur vor dem Virus sind alle gleich.“ *Der Spiegel*, 4. 7. 2020, S. 72–74.

13 „Seid umschlungen, Millionen“ lockt die Europa-Hymne Tag für Tag, doch wehe, wenn die Vorhut dieser Millionen das ernst nimmt und in Europa Einlass begehrt.

14 Unsichtbare Schranken trennen Gesunde von Infizierten, Ältere von Jüngeren. Vgl. dazu den Appell zur Humanisierung unserer Gesellschaften. *Nein zu einem selektiven Gesundheitswesen*: „Unsere Zukunft – nicht ohne die alten Menschen“, den u. a. Manuel Castells, Jürgen Habermas, Adam Michnik und Michel Wieviorka unterzeichnet haben. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23. 5. 2020, S. 7.

15 Das Gesetz verbietet es Reichen wie Armen gleichermaßen, „unter Brücken zu schlafen, auf den Straßen zu betteln und Brot zu stehlen.“ France, A. (1894): *Die rote Lilie* [*Le lys rouge*]. München 1925, S. 116.

16 Sauerbrey, Anna (2020): „In Germany, a fraught reopening.“ *The New York Times*, International Edition, 19. 5. 2020, S. 1 und S. 11; Zitat auf S. 11.

17 „Eine Verleugnung der Angst kann auf zweierlei Wegen versucht werden. Es kann eine gefährliche Situation verleugnet werden oder aber der Umstand, dass man sich ängstigt. ‚Reaktiver Mut‘ ist eine häufig anzutreffende einfache Reaktionsbildung gegen eine noch wirksame Angst.“ Fenichel Otto (1945): *Psychoanalytische Neurosenlehre*. Olten (Walter-Verlag) 1977, Bd. III, Kap. XX, S. 45.

18 von der Gregor Strasser, der „Reichsorganisationsleiter“ der NSDAP, am 10.5.1932 im Reichstag sprach ...

19 Vgl. dazu Egan, Timothy (2020): „Bill Gates, the right tycoon for a virus age.“ *The New York Times*, International Edition; 25. 5. 2020, S. 10.

20 Vgl. dazu Bennhold, Katrin (2020): „Germany again wrestles with the far right.“ *The New York Times*, International Edition; 2. 9. 2020, S. 3.

21 „Man sieht, hört oder ‚weiß‘ von Dingen, die sich ‚normaler‘ Wahrnehmung entziehen. Man verbindet Dinge, die ‚normalerweise‘ nicht oder anders korrespondieren. Aus Misstrauen wird zunehmend Hass gegen die, die nicht sehen, hören, wissen, was man weiß, und keinen Zusammenhang sehen, wo derselbe einem klar scheint: Das ‚Normale‘ wird Bedrohung.“ Seeblen, Georg (2020): „Paranoia, Taktik und Spektakel.“ *Neues Deutschland* (nd), Berlin, 22./23. 8. 2020, S. 24 f. („Die Woche“).

22 In einem (über Internet verbreiteten) Aufruf „Auf nach Berlin!“ vom 28. 8. hieß es u. a.: „Wir verfassen uns neu auf Basis des Grundgesetzes. Für Volksentscheide in allen grundlegenden Fragen, imperatives Mandat und eine echte Sozialcharta. [...] Schon um 11.30 werden 8.5 Millionen Demonstranten auf dem Berliner Stadtgebiet gemeldet [...]“ Der „Einfluss von Globalkonzernen“ solle „strikt begrenzt oder gänzlich beendet“ werden. – „Faschistisches Corona-Regime will Aufzug verbieten [...] Diese Leute werden abgesetzt [...]“ Man höre auch schon, „dass das Bundeskanzleramt morgen friedlich von 20.000 [Bundesbürgern] [...] eingenommen werden wird und dieser Akt als Proklamation der Freien Bundesrepublik Deutschland zu gelten habe.“

23 Vgl. dazu meine Broschüre *Antisemitismus, Xenophobie und pathisches Vergessen*, Münster 2020. (H. D.)

24 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31. 8. 2002, S. 1.

25 Im selben Jahr putschte Napoléon (gegen das „Direktorium“), Beethoven komponierte seine „Sonate pathétique“, und Hölderlin veröffentlichte den 2. Band seines Briefromans *Hyperion*.



DER STAAT IN DER CORONA-KRISE

Die Politik der jeweiligen Regierung unterscheidet sich von Land zu Land, doch gerade in der Corona-Krise sind sie ganz grundsätzlich mit den gleichen Aufgaben konfrontiert.

■ Jakob Schäfer

John Bellamy Foster und Intan Suwandi schreiben: „Der Kapitalismus geht mit einer enormen ökologischen, epidemiologischen und ökonomischen Fragilität einher. Durch die aktuelle Covid-19-Pandemie wird dies deutlicher denn je. Mit Beginn des dritten Jahrzehnts des einundzwanzigsten Jahrhunderts erleben wir, wie die strukturelle Krise des kapitalistischen Systems planetarische Dimensionen einnimmt und zunehmend mit der Entstehung eines globalen Katastrophenkapitalismus einhergeht.“¹

Der Staat in der Pandemie

Wiewohl der Staat weit mehr als die Spitze des Staatsapparates ist, nehmen die Menschen den Staat in erster Linie als konkretes Regierungshandeln wahr.² Wie reagiert nun in der Pandemie „der Staat“ auf die für ihn – zumindest gemessen an den Vorkommnissen der letzten Jahrzehnte – recht neuartige Herausforderung?³ Wenn wir die verschiedenen Staaten (nicht nur im globalen Norden) anschauen, dann schälen sich für die jeweiligen Staatsapparate folgende Probleme heraus, über deren Lösung übrigens in der gesamten herrschenden Klasse noch Uneinigkeit besteht: Wie viel Schutz der Bevölkerung ist nötig? Wie viel Struk-

turhilfe und wie viel direkte materielle Unterstützung benötigt das Kapital? Wie wird das finanziert und wie wird all dies politisch umgesetzt?

Es ist offensichtlich, dass sich hier vor allem kurzfristige und längerfristige Überlegungen gegenüberstehen. Die Rolle des Staates ist klar: Die jeweilige Regierung wirkt als Vertreterin des Gesamtinteresses der bürgerlichen Klasse und will als vorrangiges Ziel die Konjunktur ankurbeln. Dabei schwankt sie – in gewissen Grenzen – zwischen Maßnahmen für eine *unverzüglich* wirkende Konjunkturpolitik und der mittel- und längerfristigen Absicherung der Kapitalverwertung. Denn nichts wäre verheerender, wenn trotz der im Frühjahr gewonnenen Erfahrungen: im Umgang mit Corona ein zweiter und langer Lockdown erforderlich wäre. Der zweite Grund für gewisse Schwankungen und Unsicherheiten der Regierungspolitik liegt in der Angst, eine möglicherweise aufkommende Protestwelle nicht mehr kontrollieren zu können.

Um diese Konfliktsituation in den Reihen der Herrschenden richtig einschätzen zu können, dürfen wir nicht vergessen, wie tief die Krise ist⁴: Im Frühjahr 2020 stand in zahlreichen Ländern die Wirtschaft vor dem Kollaps. Um

einen Zusammenbruch zu vermeiden, mussten gewaltige Rettungsprogramme gestartet werden, wobei der Staat – nicht nur in Deutschland – auf zwei Ebenen vorging. Zum einen gewährte er direkte Hilfen für eine Unzahl von Betrieben, am meisten natürlich für diejenigen, die vom Staat als systemrelevant angesehen werden (in Deutschland allen voran Lufthansa und die Autoindustrie). Zum anderen wurden in vielen Ländern direkte Unterstützungszahlungen mindestens an Teile der Bevölkerung geleistet. In Deutschland waren (bzw. sind) dies etwa der Kinderbonus von 300 Euro für jedes Kind wie auch die bis zu 15 000 Euro direkter Zuschüsse für Kleinbetriebe, was vor allem den Soloselbständigen zugutekam. Ähnlich lief es in den USA, wo Trump eine Nothilfe von 1200 \$ für 70 Mio. Menschen (sowie 500 \$ für jedes ihrer Kinder) auszahlen ließ, oder auch in Brasilien, wo für Bedürftige 600 Real (etwa 120 \$) ausgezahlt wurden.

Die Unternehmenshilfen laufen in Deutschland auf drei Ebenen: Direkte staatliche Beteiligungen (s. Lufthansa), Steuerstundungen und Aussetzen der Anzeigepflicht für insolvente Unternehmen (zunächst für ein halbes Jahr befristet ausgesetzt und dann Anfang September bis zum Jahresende verlängert). Parallel dazu wurde ein gewaltiges Konjunkturprogramm aufgelegt, das von der befristeten Senkung der Mehrwertsteuer bis zu staatlichen Investitionen reicht. Diese Programme umfassen in den USA 2 Billionen \$, in Deutschland 130 Mrd. €, in der EU 750 Mrd. € usw. Dabei wurden wieder keine Eurobonds etabliert und schon gar nicht geht es hier darum, den bedürftigen Menschen zu helfen (genauso wenig wie Reagans Militär-keynesianismus der Bevölkerung zugutekam).

„Denn so viel ist klar: zur Überwindung einer Strukturkrise, und in einer solchen ungeheuren Ausmaße befindet sich die EU zurzeit, ist die Belastbarkeit der Achse Kapital-Staat von entscheidender Bedeutung. Also lautete der Konsens: 360 Milliarden als Kredite, 390 Milliarden als Zuschüsse. Dass von den 750 Milliarden Euro 100 Milliarden kein frisches Geld sind, sondern aus anderen Töpfen umgeleitet wird, macht die Sache etwas billiger. Und es zeigt auch die Richtung vor, in die staatliche Nachfrage gehen soll. Denn einer der Fonds, der für das Corona-Paket geopfert wird, ist der Solvenzfonds, der immerhin 26 Milliarden Euro umfasste. Der Geldsegen ist also weniger für wirtschaftliche Verlierer der Krise gedacht, sondern soll in den durch die Anti-Corona-Maßnahmen befeuertem biotechnisch-pharmazeutisch-digitalen Komplex fließen. Ähnliches konnte man bereits bei der Entscheidung der deutschen Regierung beobachten, den ehrwürdigen

Autobauern diesmal die Abwrackprämie zu verweigern. Nur der elektrisch betriebene Individualverkehr soll, geht es nach der Politik, gefördert werden.“⁵

Diese für den neoliberalen Staat auf den ersten Blick ungewöhnlichen Maßnahmen dürfen also in keinem Fall mit einem Umschwenken auf keynesianische Politik verwechselt werden. Parallel zu diesen unmittelbaren Hilfsmaßnahmen für die Wirtschaft werden schon Pläne geschmiedet, wie die Lohnabhängigen – wenn sich erst mal die Lage etwas beruhigt hat – die Zeche bezahlen sollen. Es sind also keine Zugeständnisse an die Arbeiter*innenklasse geplant, im Gegenteil: Die Sparprogramme im Sozialbereich werden schon ausgearbeitet und auch die Deregulierung des Finanzsektors schreitet weiter voran.

Für diese Politik wird in Deutschland 2020 allein auf Bundesebene mit einer Nettokreditaufnahme von 217,8 Mrd. € gerechnet. Die Staatsverschuldung (gemessen am BIP) wird innerhalb eines Jahres von gut 60% auf über 75% steigen.⁶ Aufgrund der ökonomischen Unsicherheit liegt der Schwerpunkt der Regierungspolitik vorläufig also auf dem Rausschieben des Zahlens für die Krisenfolgen.

Zwangsläufig werden damit die ökonomischen Probleme nicht gerade geringer, denn die gewaltig steigende Staatsverschuldung engt den künftigen Handlungsspielraum ein. Schließlich droht bei einer uferlosen Verschuldung ein massiver Vertrauensverlust in die Währung, wobei Deutschland eine Schlüsselrolle zukommt. Die Überschreitung einer kritischen Grenze in der größten (und bisher vergleichsweise stabilen) Volkswirtschaft im Euro-Raum hätte fatale Folgen für den Bestand der Einheitswährung.

Vor diesem konkreten Hintergrund verhalten sich verschiedene Stellen des Staates (auch die bekannten Repräsentanten der Staatsspitze) in gewissen Grenzen unterschiedlich, es eint sie aber das übergeordnete Bemühen, das gesamte System zu schützen und dabei die „Wettbewerbsfähigkeit“ der deutschen Wirtschaft (und des deutschen Wettbewerbsstaates) nicht zu gefährden. Merkel und andere haben in den Sommermonaten anklingen lassen, man werde wahrscheinlich „gestärkt“ aus der Krise herauskommen⁷. Mit anderen Worten: Man verspricht sich für die Zeit nach der Corona-Krise eine bessere Konkurrenzposition, weil es anderen Volkswirtschaften noch schlechter geht und sie noch größere Schwierigkeiten haben, die Krise zu bewältigen.

Entfremdung vom Staat

In der BRD empfinden sicherlich die meisten Menschen die allgemeine Lage nicht als Katastrophenzustand, aber

die Leichtigkeit und Bedenkenlosigkeit, mit der sich viele Corona-Leugner heute mit ausgewiesenen Rassisten und Faschisten zusammentun, lässt auf eine tiefgreifende Ablehnung des Staates durch einen beachtlichen Teil der Bevölkerung schließen. So manche Linke haben Schwierigkeiten, sich auf der einen Seite von diesen Strömungen unmissverständlich abzugrenzen, gleichzeitig aber eine prinzipiell ablehnende Haltung gegenüber dem bürgerlichen Staat zu bewahren. Am verheerendsten ist, dass die „Querfront“ auch einige Menschen anzieht, die man eher zum linken Spektrum gezählt hätte.

Auf der anderen, der linken Seite des politischen Spektrums erleben wir gleichzeitig eine ratlose Partei Die LINKE, die auf die großen Herausforderungen der Krise keine klassenpolitisch und ökosozialistisch kohärente Position einnimmt, sondern als zentrale strategische Orientierung nur das Bemühen um eine Regierungsbeteiligung anzubieten hat.

Schon in normalen, weniger krisengeschüttelten Zeiten gilt, was Ernest Mandel folgendermaßen umreißt: „Beide widerspruchsvollen Aspekte des ‚verdinglichten Bewusstseins‘ (die Resignation und die Rebellion) sind demnach systemimmanent, aber sie haben sehr verschiedene Auswirkungen auf potentielle Gefährdungen des Systems.“⁸

Seit mehreren Jahren wächst die Distanz eines stattlichen Teils der Bevölkerung zum Staat, was nur vor dem Hintergrund der von Foster/Suwandi umschriebenen Krise zu erklären ist. Dies betrifft nicht die Mehrheit der Bevölkerung und vor allem nicht in der gleichen Weise, aber diese Tendenz wird zunehmend manifest.

Ganz aktuell – mindestens bis tief in den Herbst 2020 hinein – sind zwei sehr unterschiedliche Phänomene auszumachen, die auf den ersten Blick nicht zusammenpassen: Auf der einen Seite genießt die Regierung in breiten Bevölkerungskreisen für ihre Maßnahmen im Rahmen der Corona-Krise große Unterstützung. Auf der anderen Seite ist unverkennbar, dass ein wachsender Teil der Bevölkerung zunehmend erzürnt und wütend ist. Umfragen von Ende August/Anfang September zeigen: 19 Prozent der Bevölkerung halten es für „wahrscheinlich richtig“ und 11 Prozent für „sicher richtig“, dass „geheime Mächte die Welt steuern“.⁹

Dies ist der Bodensatz für eine Bewegung, in der sich die Aktiven als Unzufriedene und Protestierende, zum Teil auch als „Wutbürger“ vernehmbar machen. Sie wenden sich dabei gegen den Staat, den sie als die Verkörperung „finsterer Mächte“ ansehen. Mindestens sei der Staat dafür

verantwortlich, dass Personen, die man als Drahtzieher ausgemacht hat (Bill Gates usw.), nicht in die Schranken gewiesen werden. Eine Extremform der rechtsextremen Verschwörungstheoretiker*innen ist die QAnon-Strömung, die zunächst in den USA und jetzt auch in Europa Zulauf erhält.¹⁰

Aus einem Augenzeugenbericht von der Demo der Corona-Leugner am 6. 9. 2020 in Wiesbaden:

„Was die Corona-Leugner sagen und fordern: Forderung nach Friedensvertrag (Reichsbürger); Corona sei ein Konstrukt der Massemedien; Die Straße des 17. Juni sei 5G verseucht, deshalb sei die Demoroute in Berlin eine Provokation gegen sie gewesen.

Der Sturm der Reichstagstreppe sei inszeniert gewesen von der Regierung bzw. den Geheimdiensten.

QAnon-Verschwörungserzählungen wurden reproduziert. Der Hammer und das wirklich Gefährliche kam aber gegen Ende: Die Moderatorin der Querdenker611 bat die Teilnehmer alle in die Hocke, was sie dann auch taten und zu sanfter Musik wurden die Teilnehmer dann laut aufgerufen „Deutschland, erhebe Dich“, was sie dann natürlich auch taten. Für die Gegendemonstrant*innen klang es wie: „Deutschland erwache“.

Verschwörungstheorien und vor allem blinde Wut sind Ausdruck einer gesellschaftlichen Krise, die sich in den meisten Ländern seit der Durchsetzung des Neoliberalismus gravierend verstärkt hat. Hier haben sich – eng miteinander verknüpft – zwei Tendenzen entwickelt, deren Auswirkungen noch lange nicht erschöpft sind: Zum einen ist mit diversen „Liberalisierungen“ das Konkurrenzprinzip in neue Lebensbereiche eingeführt oder verstärkt worden, zum anderen sind soziale Sicherungssysteme systematisch durchlöchert, teilweise auch ganz abgeschafft worden. Diese „Modernisierungen“ haben nicht nur die Zahl der Verlierer steigen lassen, sondern setzen auch jene gewaltig unter Druck, die noch nicht sozial abgestiegen sind, aber heute unter ganz anderen Abstiegängsten leben, als dies für vergleichbare Bevölkerungsgruppen vor ein paar Jahrzehnten noch der Fall war.

Zu dieser Grundtendenz gesellen sich weitere Faktoren, die nicht gerade das Vertrauen in eine befriedigende Regelungsfähigkeit des modernen Staates stärken. So ruft beispielsweise die tiefsitzende und von Jahr zu Jahr sich verschärfende Krise der EU umso größere Ablehnung „der Politiker“ durch Teile der Bevölkerung hervor, als mit der EU ein gewaltiger bürokratischer Apparat verbunden ist, der im Zweifelsfall den Regelungen vor Ort allerhand Barrieren auferlegt oder sie in eine Zwangsjacke steckt. All

dies wird nicht gerade dadurch verbessert, dass sich viele Politiker(innen) immer auffälliger mittels Regierungswissen materielle Vorteile und Karrieresprünge sichern (etwa mit Wechseln auf Aufsichtsratsposten großer Unternehmen). Tudyka bezeichnet sie deshalb als die „Nomenklatura der real existierenden Demokratie.“¹¹

Ergänzt wird dies durch die deutlicher werdende autoritäre Tendenz des Staates. Hirsch nennt sie eine „Tendenz zur autoritären Verselbständigung der Staatsapparate“¹², was aber m. E. nicht den Kern trifft, denn auch vorher sind die Staatsapparate „selbständig“, verfügen also über mehr als nur eine „relative“ Autonomie.

Und zu allem Überfluss erleben wir auch noch eine Entwicklung zum Überwachungsstaat, sodass wir von einem Komplex an Zumutungen sprechen können, die – in Teilen der Bevölkerung – für eine wachsende Ablehnung des Staates und seiner Repräsentanten sorgen.

In der aktuellen Krise machen es sich die Corona-Leugner*innen allerdings gefährlich leicht, wenn sie das Grundrecht jedes Menschen auf „freie Entfaltung seiner Persönlichkeit“ über das „Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“ stellen. Fakt ist nun mal: „Nach zwei umfangreichen Studien haben die Corona-bedingten Maßnahmen allein in Europa mehr als drei Millionen Todesfälle verhindert. [...] Die Übertreibungen, Mythen und Hirngespinnste der Corona-Leugner sollten uns aber nicht übersehen lassen, dass die Corona-Krise nach altbewährtem Muster von den Herrschenden auch dazu genutzt wird, tatsächlich demokratische Rechte einzuschränken und die Tendenz zum Starken Staat voranzutreiben. Viele Maßnahmen wurde rein auf dem Verordnungsweg durchgesetzt, Gesetze wurden in Windeseile durch das Parlament gepeitscht und es wurden der Regierung (speziell dem Gesundheitsminister) auch Vollmachten für die Zukunft erteilt.“¹³

Dass es bei diesen Maßnahmen in letzter Konsequenz doch wieder *vorrangig* um die Kapitalinteressen geht, zeigen nicht nur die gewaltigen Unterstützungssummen für die Konzerne wie Lufthansa. „Autohäuser wurden früh geöffnet. Kitas blieben lange geschlossen. Im öffentlichen Leben gilt die 1,5-Meter-Distanz. Am Arbeitsplatz muss oft Schulter an Schulter gearbeitet werden. [...] Demonstrationen blieben lange verboten.“ (ibid)

Die politischen Gegenkräfte sind schwach. Auch die Partei Die LINKE erweist sich nicht in der Lage, eine kohärente Gegenbewegung anzuführen, was schließlich mit ihrer weiter fortschreitenden Parlamentarisierung und ihrer Orientierung auf das heiß ersehnte Mitregieren zusammenhängt. Dabei haben doch die diversen Regierungsbe-

teiligungen (aktuell Thüringen, Berlin und Bremen) alles andere als die Sache des Sozialismus vorangebracht. Statt nämlich mit dieser Politik wenigstens die Kräfteverhältnisse zugunsten der Ausgebeuteten und Unterdrückten zu verbessern, führt die Mitverantwortung bei der Verwaltung der Misere nur dazu, sozialistische Politik zu diskreditieren und die Partei Die LINKE als Teil des politischen Establishments erscheinen zu lassen. Letztlich ist diese Art von Politik aber für all jene zwingend, die sich keine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus vorstellen können. Oder aber es zeugt von einem stümperhaften Staatsverständnis, das rein gar nichts von den Strukturen wahrnimmt oder wahrnehmen will.

Solange die Auflehnung gegen die kapitalistische Politik nicht von klassenkämpferischen Kräften angeführt wird, ist die Gefahr groß, dass diese Entfremdung noch mehr in reaktionäre Bahnen gelenkt wird, angefangen bei der Stärkung des Wohlstandschauvinismus bis hin zu offenen rassistischen Mobilisierungen.

Agambens Irreführung

In einem Gastkommentar in der *Neuen Züricher Zeitung* (NZZ) hatte der weithin anerkannte Philosoph Giorgio Agamben die seiner Ansicht nach kritiklose Hinnahme staatlicher Maßnahmen zur Eindämmung des Virus beklagt. „Eine Gesellschaft, die im ständigen Ausnahmezustand lebt, kann keine freie Gesellschaft sein“. Seine Ausführungen wurden umgehend von vielen Corona-Leugnern aufgegriffen und als Beleg dafür angeführt, dass man sich den epidemiologischen Schutzmaßnahmen widersetzen muss.

In seiner „Klarstellung“ vom 18.3. 2020 („Nach Corona: Wir sind nurmehr das nackte Leben“¹⁴) macht er es leider nicht besser. Weiterhin (so auch mit dem Artikel „Ich hätte da noch eine Frage“ vom 15. April 2020) verharmlost er die Pandemie und macht auch noch den unverzeihlichen Fehler, sich überhaupt nicht auf wissenschaftliche Erkenntnisse zu beziehen. Er beschränkt sich auf politisch-ethische Erörterungen zum Umgang mit dem Ausnahmezustand, wobei er damit unversehens im luftleeren Raum landet. Weder berücksichtigt er (und noch weniger widerlegt er) dabei die unter Epidemiologen weit geteilte Einschätzung von der Gefährlichkeit des Virus, noch setzt er die verordneten Schutzmaßnahmen in Beziehung zu den Schritten, die er selbst für erforderlich hielt. Schlimmer noch: Er gibt gar keine Alternativen an, sodass seine Ausführungen weiterhin nahtlos von den Corona-Leugnern herangezogen werden können.

Besonders ärgerlich dabei ist seine Banalisierung des Begriffs „Ausnahmestand“. Ein Blick über die Landesgrenze Italiens hinaus hätte schon ein wenig geholfen, seine verabsolutierende Sicht zu relativieren. Leider lässt er dabei selbst ein absolutes Minimum geschichtlichen Verständnisses vermissen, vom Fehlen einer materialistischen Systemanalyse des Staates und staatlicher Politik noch ganz zu schweigen. Ohne nachvollziehbare Belege schwadroniert er vom „Zusammenbruch der liberalen Demokratie“, ohne dies zu belegen, und erst recht leitet er das nicht aus veränderten Kräfteverhältnissen zwischen den Klassen ab. Wie Hubatschke zurecht kritisiert, schreckt Agamben dabei noch nicht mal davor zurück, die Maßnahmen gegen die Virusverbreitung mit den Taten des Naziregimes und jene, die diese Maßnahmen befürworteten oder für notwendig halten, mit Adolf Eichmann zu vergleichen.¹⁵

Wer wie Agamben die in Italien oder anderen Ländern angeordneten Schutzmaßnahmen als einen faschistoiden Ausnahmestand ansieht, der hat nicht nur wesentliche Lehren der Geschichte nicht begriffen, sondern verharmlost letztendlich den Unterschied zwischen der „Normalform“ bürgerlicher Herrschaft (wie sie heute in den meisten Ländern des globalen Nordens in Form der parlamentarischen Demokratie existiert) und den Brutalvarianten bürgerlicher Klassenherrschaft, nämlich der Militärdiktatur oder des Faschismus.

Die von verschiedenen Seiten vorgebrachten Kritiken an seinen Ausführungen haben Agamben nicht zur Besinnung gebracht. Seine abstrakten, realitätsfernen Ausführungen hängen deswegen in der Luft, weil er nicht von der Klassenfrage ausgeht. Er sieht nicht, dass es für den bürgerlichen Staat heute zwar vordringlich darum geht, die kapitalistische Produktionsweise abzusichern und einen Kollaps der Wirtschaft (und auch ein allgemeines gesellschaftliches Chaos) zu verhindern, dass damit aber noch lange nicht jede Maßnahme umsetzbar ist.

Wenn wir an der Politik der verschiedenen Staaten – in dem Fall der Regierungen und allem, was sonst noch zu den Staatsspitzen gehört – kritisieren, dann sollten zwei Dinge im Zentrum stehen:

Erstens: Die staatlichen Maßnahmen (auch in der BRD) sind nicht nur inkonsequent und schwankend, sondern werden in keiner Weise den Herausforderungen gerecht. Schließlich gibt es schon die ganze Zeit zu wenig Ärzte und Pflegekräfte, zu wenige Krankenhäuser, keine ausreichende Pandemievorsorge (nicht nur zu wenige Schutzausrüstungen), zu wenig Gesundheitsschutz an den anderen Arbeitsplätzen usw. Auch das ganze Bildungssys-

tem (von den Kindergärten bis zu den Unis) ist vollkommen unterversorgt (nicht nur im Digitalbereich). So fehlen eh schon viele Lehrer*innen, das Betreuungsangebot in Ganztagschulen ist extrem schlecht, von den katastrophalen hygienischen Bedingungen noch gar nicht zu sprechen. Selbst Monate nach dem Ausbruch der Pandemie gibt es in all diesen Bereichen kein Umsteuern.

Zweitens: In den meisten Staaten (vielleicht sogar überall) werden im Moment die erforderlichen Schutzmaßnahmen sowie die allgemeine Vorsicht und die Zurückhaltung der Arbeiter*innenklasse (vor allem ihrer Gewerkschaften) und der verschiedenen sozialen Bewegungen dazu genutzt, Bürgerrechte einzuschränken. Dies soll offensichtlich dabei helfen, die Abwälzung der Krisenlasten auf die breite Masse der Bevölkerung ohne allzu großen Widerstand durchzusetzen. Schließlich will die herrschende Klasse nicht etwa mit höheren Steuern für Reiche belastet werden.

Ein Beispiel für Maßnahmen, die nun im Windschatten der Corona-Krise durchgesetzt wurden: In Baden-Württemberg können nun Polizisten auch in Wohnungen und Diskotheken Bodycams tragen.¹⁶ Auf diese Weise wird die Gewöhnung an noch mehr Überwachung vorangetrieben.

Wofür gilt es, (nicht nur in Pandemiezeiten) zu streiten?

Für eine überschaubare Zeit (leider möglicherweise bis Mitte nächsten Jahres) werden wir pandemie-bedingt auf einen Teil unserer bisherigen Gewohnheiten und auf lebenswerte Teile unseres Alltagslebens verzichten müssen. Aber das sollte uns nicht davon abhalten, uns zur Wehr zu setzen.

„Wir sind für den Schutz der Bevölkerung, aber wir sind dabei nicht staatstragend“ (Wilfried Dubois). Unser Ansatz muss also ein anderer sein, als lediglich die staatlichen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung zu verteidigen oder umgekehrt einen angeblich berechtigten Kern in den Verschwörungstheorien zu suchen. Eine humanistische und fortschrittliche politische Aktivität muss auf einem klassenbasierten Ansatz beruhen, will heißen: Es gilt ein Gegenprogramm zur kapitalistischen Politik zu entwerfen, das den Anforderungen der kombinierten Krise gerecht wird und im Ansatz den Weg über den Kapitalismus hinaus in eine solidarische Gesellschaftsordnung weist

Ein solches Gegenprogramm muss für breite Teile der Bevölkerung anschlussfähig sein (also an ihrem aktuellen

Bewusstsein und ihren Problemlagen anknüpfen) und es muss in sich kohärent sein. Es ist dann am überzeugendsten, wenn die Umsetzung als machbar angesehen wird, es gleichzeitig aber mehr als nur ein Herumdoktern an tagesaktuellen Symptomen ist.

Das größte Problem dabei ist sicherlich, dass ein solches Gegenprogramm erst dann die nötige Aufmerksamkeit erhält und tatsächlich zu einer fortschrittlichen Aktivierung breiterer Kreise anregt, wenn es von einem großen „Akteur“ eingebracht und aktiv verfolgt wird. Nach Lage der Dinge kann dies in der BRD heute am ehesten eine große Einzelgewerkschaft sein, aber es gibt wenig Anzeichen, dass dies in nächster Zeit geschehen wird. Mit dieser Feststellung ist aber die Sache nicht erledigt. Die systemkritischen fortschrittlichen Kräfte müssen auf den unterschiedlichen Ebenen inhaltlich in diese Richtung argumentieren und auf den Aufbau einer wirksamen Gegenbewegung drängen.

An dieser Stelle soll bewusst kein komplettes Programm aufgerollt werden. Was die größte Zugkraft für die Entwicklung einer entsprechenden Bewegung bilden wird, lässt sich schwer vorhersagen, einiges wird von gewissen Zufällen und Anlässen abhängen. Dennoch lassen sich ein paar Kernfragen definieren, auf die man in der täglichen Diskussion großen Wert legen sollte:

■ Für die Verteidigung der Arbeitsplätze breite gesellschaftliche Mobilisierungen aufbauen, statt den Stellenabbau mittels Sozialplänen zu begleiten! Der Geißel Erwerbslosigkeit kann nur mit einem Kampf für eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung in großen Schritten bei vollem Entgelt- und Personalausgleich begegnet werden. Der Kapitalismus basiert grundsätzlich auf Einsparung lebendiger Arbeit und wird niemals eine wirkliche Vollbeschäftigung umsetzen, ganz abgesehen davon, dass das Kapital damit ein wirksames Druckmittel verliere. Aber es macht einen großen Unterschied in den betrieblichen und außerbetrieblichen Kräfteverhältnissen, ob es mit einem entschlossenen Kampf gelingt, die Zahl der Erwerbslosen deutlich zu senken und auch die Absicherung der Erwerbslosen qualitativ zu verbessern (also: Weg mit Hartz IV und drastische Anhebung der Grundsicherung!). Zu verbinden ist ein solcher Kampf am besten mit der Losung: Verteilung der Arbeit auf alle Hände und Köpfe ohne Entgelteinbußen.

■ Allein schon die ökologische Herausforderung verlangt nach einem kompletten Umbau der herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Wird die Produktionsweise nicht umgestellt, hat die Menschheit keine Chance,

die Verpestung der Umwelt, das Artensterben, die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen oder etwa den Klimawandel wirklich zu stoppen. Klar ist natürlich auch, dass wir mit dem Kampf für eine menschenfreundliche Umweltpolitik nicht bis zum Sturz des Kapitalismus warten können. Deswegen gilt es beispielsweise, die Parole „Kohleausstieg ist Handarbeit“ ernst zu nehmen und sich mit Mobilisierungen einschließlich Blockaden für eine Energiewende zu engagieren. Ähnlich ist es mit der Verkehrswende. Sie ist schon aus sozialen Gründen geboten, vor allem aber wegen der dringend erforderlichen drastischen Senkung der CO₂-Emissionen. Nur mit radikal weniger motorisiertem Individualverkehr können Städte lebenswert gemacht werden. Mit Recht rücken auch die Verbrechen der Agrarindustrie zunehmend in den Fokus, Wir müssen klar machen: Kapitalistische Agrarpolitik ist per se umweltzerstörerisch. Agrarkonzerne sind genauso konkret zu bekämpfen wie der Vertrieb nicht regionaler Produkte oder etwa die Beimischung von Ethanol zum Benzin.

■ Die Pandemie hat breiteren Teilen der Bevölkerung dramatisch vor Augen geführt, woran unser Gesundheitssystem krankt: Seit Jahrzehnten wird die Gesundheitsversorgung zunehmend zur Ware gemacht. Die „Fallpauschalen“ und die dadurch erst lukrativ gewordene Privatisierung von Krankenhäusern sowie die allgemeine Sparpolitik haben die Durchsetzung des Profitsystems auch in den noch nicht privatisierten Einrichtungen zur Folge (dramatischer Bettenabbau in den Krankenhäusern; Schließung von Krankenhäusern in der Fläche usw.). Gleichzeitig werden den Pharmakonzernen Milliardengewinne ermöglicht. Deswegen: Deutliche Anhebung der Bezahlung von Pflegekräften; für eine Abschaffung der Fallpauschalen und die Rekommunalisierung von Krankenhäusern.¹⁷

■ Bei all diesen Maßnahmen – von der Verkehrswende bis zur Gesundheitspolitik – kann eine zukunftsfähige, eine fortschrittliche Politik nicht an der Eigentumsfrage vorbeikommen. Will man wirklich z. B. die Autoindustrie umbauen (für die Produktion von Bussen, Bahnen und anderen gesellschaftlich nützlichen Dingen), dann ist dies nur möglich, wenn es gegen die Profitinteressen des Kapitals durchgesetzt wird.

■ Schon für die Bewältigung der unmittelbarsten Aufgaben muss die Maxime lauten: Die Reichen müssen zahlen. Entscheidend wird sein: Für die Ziele der Agrarwende, der Energiewende, der Verkehrswende usw. gilt es eine so breite Bewegung aufzubauen, dass es – je früher desto

besser – auch gelingen wird, die Waffe des Streiks einzusetzen. Letztlich ist dies das alles entscheidende Druckmittel, das der lohnabhängigen Bevölkerung (also der großen Mehrheit der Erwerbstätigen) zur Verfügung steht. Ziel muss die Vergesellschaftung der Pharmaindustrie, der Autoindustrie und anderer Schlüsselbereiche sein, immer mit der Maßgabe einer Kontrolle durch die jeweils dort Beschäftigten und die Öffentlichkeit.

10.10.2020

1 „Covid-19 und der Katastrophenkapitalismus“ in Z, Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 123, September 2020, S. 14

2 Zur grundsätzlichen Auseinandersetzung mit der Staatsfrage siehe: Jakob Schäfer: „Zur Konstitution des bürgerlichen Staates“, <https://intersoz.org/die-marxistische-staatstheorie/>

3 Eine vergleichbare Herausforderung war die sogenannte „Spanische Grippe“, die am Ende des I. Weltkriegs Europa heimsuchte und auf eine durchweg geschwächte Bevölkerung traf.

4 Zum Ausmaß der Wirtschaftskrise, die übrigens schon 2019 einsetzte, siehe beispielsweise <https://intersoz.org/der-beschleunigte-marsch-in-die-rezession/>

5 Hannes Hofbauer: „Corona-Gipfel in Brüssel: Milliarden für den Fortbestand der Schieflage“, in Lunapark²¹, Heft 51, S. 15

6 „In Deutschland dürfte das Minus [des Staatshaushalts] in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) in diesem Jahr acht Prozent, in der Eurozone zehn Prozent betragen.“ http://www.aktiencheck.de/exklusiv/Artikel-Eurozone_Staatsverschuldung_steigt_weniger_stark-11951077 Nur zur Erinnerung: Die Maastrichtkriterien erlauben 3 Prozent für das Haushaltsdefizit und 60 % Staatsverschuldung, gemessen am BIP.

7 <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/dt-franz-initiative-1753644>

8 E. Mandel: „Methodisches zur Bestimmung der Klassennatur des bürgerlichen Staates.“ in: Ernst Bloch u. a. (Hrsg.) *Marxismus und Anthropologie*. Festschrift für Leo Kofler, Bochum 1980 (S. 213 – 232, hier S. 216; <https://intersoz.org/methodisches-zur-bestimmung-der-klassennatur-des-buergerlichen-staates/>)

9 Umfrage von Infratest dimap, <https://www.pro-medienmagazin.de/gesellschaft/gesellschaft/2020/09/06/umfrage-glaube-an-geheime-maechte-durchaus-verbreitet/>

10 <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/qanon-faq-101.html> sowie: <https://de.wikipedia.org/wiki/QAnon>

11 Kurt Tudyka: „Von der Parteiendemokratie zur Herrschaft der politischen Klasse“ in: M. Th. Greven u. a. (Hrsg.) „Politikwissenschaft als kritische Theorie“, Baden-Baden 1994

12 Joachim Hirsch: *Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems*, Hamburg, (VSA) 2005, S. 204

13 Verena Kreiling, Winfried Wolf, Christian Zeller: *Corona, Krise, Kapital. Plädoyer für eine solidarische Alternative in Zeiten der Pandemie*, Köln (PapyRossa) September 2020,

S. 188 f. Die Autor*innen verweisen dabei auf die Hochrechnung der Forschergruppe um Seth Flexman vom Imperial College, London, wonach durch flächendeckende Lockdowns, Grenzsicherungen, Kontaktsperren usw. bis einschließlich Mai etwa 3,1 Mio. Todesfälle verhindert wurden. Und sie verweisen auf eine Studie des Forscherteams um Solomin Hsiang (University of California). Beides ist referiert in SZ vom 10. Juni 2020

14 <https://www.nzz.ch/feuilleton/giorgio-agamben-ueber-das-coronavirus-wie-es-unsere-gesellschaft-veraendert-ld.1547093?mktcid=smsh&mktcval=OS%20Share%20Hub>

15 Christoph Hubatschke: <https://www.diebiesche.org/agamben-wessen-freiheit-auf-wessen-kosten/>

16 https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.landtag-beschliesst-polizeigesetz-polizisten-duerfen-bodycams-in-wohnungen-einsetzen.53472695-a2c4-4eca-b882-121617b11b13.html?utm_source=CleverPush&utm_medium=Push&utm_campaign=cleverpush-1601463377&src=cp

17 Mehr hierzu in dem Beitrag von Friedrich Voßkuhler und Janina Wilms unter: <https://www.inprekorr.de/internat584.pdf> sowie in der Erklärung der IV. Internationale unter: <https://intersoz.org/die-coronavirus-pandemie-verschaerft-die-weltweiten-krisen/>



SELBSTVERWALTUNG: WAS IST DAS?

Dieser Beitrag befasst sich mit der Dynamik der Selbstverwaltung im und gegen den Kapitalismus, hin zu einer anderen Gesellschaft. Er wurde am 4. Oktober 2009 bei einer vom Antikapitalistischen Kollektiv von Besançon organisierten Diskussion eingebracht.

■ Catherine Samary

Ich möchte kurz auf die aufgeworfenen Fragen eingehen, indem ich meine Antwort in zwei Teile gliedere: 1. Die Selbstverwaltung als sozialistisches Projekt: Was meinen wir damit? 2. Die Selbstverwaltung ist mit dem Kapitalismus unvereinbar, stellt aber gleichzeitig eine wichtige Stütze im Kampf gegen ihn dar.

Selbstverwaltung, ein sozialistisches Projekt

Da sich Begriffe auf verschiedene Realitäten und Interpretationen beziehen können, müssen wir zuerst klären, wovon wir sprechen. Nur so können wir falsche Debatten vermeiden und tiefgreifende Überlegungen anstellen. Es gilt, zwei Ebenen zu unterscheiden:

Einerseits ist die Selbstverwaltung ein Prinzip, das jeder Person das Recht gibt, in Verbindung mit einem radikalen emanzipatorischen Projekt alles, was sie betrifft, zu verwalten (dafür verantwortlich zu sein). Damit ist aber noch nichts darüber ausgesagt, wie dieses grundlegende Recht konkret umgesetzt wird. Klar ist nur, dass es ein allgemeines Menschenrecht ist und zwangsläufig im Widerspruch zur Ausbeutung der Lohnabhängigen steht. Diese haben überhaupt keine Möglichkeit, ihre Arbeit selbst zu verwalten, weil die Wirtschaft auf den privaten Eigentumsrechten des Kapitals basiert. Daher wird die Selbstverwaltung auch mit dem Sozialismus in Verbindung gebracht. Diesen kann man in erster Linie als System „lesen“, das die volle und universelle Verantwortung der Menschen über ihre Arbeit und über die Art der Bedürfnisbefriedigung auf die

Tagesordnung setzt. Doch das liefert immer noch keine konkrete Antwort zur Frage der Organisation der Wirtschaft und der Demokratie, der Verwendung des Geldes, der Planung und des Markts oder der möglichen Eigentumsformen.

Andererseits aber wird die Selbstverwaltung im Denken konkretisiert: zum Beispiel im anarchistischen Konzept von Selbstverwaltung, Unternehmen für Unternehmen, verbunden durch einen Markt. Oder sie wird in der Praxis konkretisiert: zum Beispiel in den verschiedenen jugoslawischen Systemen von Selbstverwaltung, die Plan, Markt, Selbstverwaltung sowie die Rolle der Partei und der Gewerkschaften unterschiedlich kombinieren, usw. In diesem Fall ist die Selbstverwaltung an einen bestimmten historischen Kontext und ein „institutionelles System“ – von Plan, Markt, Eigentum, verfassungsmäßigen Rechten usw. – gebunden. Ein solches System ist gemäß den vereinbarten Rechten und der Bilanz zu beurteilen.

Wir müssen uns also auf *die Bewertungskriterien für die Bilanzen einigen* (dies fällt unter die erste Dimension der Selbstverwaltung): Es braucht einen Konsens über die genauen Ziele und Grundrechte. Wenn wir dann analysieren, welche Mechanismen eine Kluft zwischen den Zielen und der Realität (zweite Dimension) erzeugen, können wir auf den richtigen Kurs einschwenken. Niemand sollte als „Lehrmeister“ oder roter Lehrer auftreten und ein am Schreibtisch erarbeitetes „Modell“ vorschreiben. Die zahlreichen neuen Kampfformen, die verschiedenen Erwartungen, das aufgrund der Vergangenheit entstandene Misstrauen oder die erlebten Dilemmas und Zwänge dürfen nicht ignoriert oder verächtlich abgetan werden.

Auf der Grundlage expliziter Bewertungskriterien können wir aus den Erfahrungen und den Debatten, insbesondere zwischen marxistischen und anarchistischen Strömungen, wichtige „Hinweise“ zur Beantwortung der Frage ableiten, welche verschiedenen Varianten von „Selbstverwaltungssystemen“¹ es gibt und was die Voraussetzungen für die Nachhaltigkeit eines solchen Systems sein könnten. Ich werde im Folgenden nur ein paar Denkanstöße geben

(die also noch zu diskutieren sind). Sie stützen sich auf meine Studien über die jugoslawischen Erfahrungen²:

1 Der Status und die Rechte der Selbstverwaltung konkretisieren sich am Arbeitsplatz, was immer auch diese Arbeit ist (Ausbildung, industrielle, landwirtschaftliche Produktion, Dienstleistungen usw.); sie sollten sich aber nicht auf diesen Rahmen beschränken. Das Recht, über Prioritäten, Verteilungskriterien oder die Finanzierung der Selbstverwaltung zu entscheiden, muss unabhängig von der konkret besetzten Arbeitsstelle und aus der doppelten Perspektive Arbeitende/Nutzende diskutiert und umgesetzt werden. Wieso sollten die Menschen, die in den Krankenhäusern arbeiten, die Einzigen sein, die über die Finanzierung, die Verwaltung und die Prioritäten des Gesundheitswesens entscheiden? Warum sollten die Arbeiter*innen in einem Bergwerk ihre Rechte verlieren, wenn der Betrieb aus ökologischen Gründen geschlossen wird? Dieses Konzept geht also über die anarchosyndikalistische Vision der Selbstverwaltung (Unternehmen für Unternehmen) hinaus.

2 Wenn das Selbstverwaltungssystem funktionieren und unter Einhaltung der vereinbarten Rechte wirksam werden soll, ist ein zentralistisches und bürokratisches Planungssystem natürlich zu hinterfragen; wir müssen aber auch über den begrenzten Horizont des Unternehmens und des Marktes hinausgehen, denn dieser setzt die Angestellten in Konkurrenz zueinander und verhindert, dass die Selbstverwaltungsrechte auf horizontaler „politischer“ Ebene, unabhängig vom Arbeitsplatz, entfaltet werden können.

Formen der „selbstverwalteten Planung“ (und Selbstverwaltungsorgane zur Überwachung der Umsetzung) lassen sich mit allen Arten von „selbstverwalteten Interessengemeinschaften“ auf verschiedenen räumlichen Ebenen kombinieren, sodass sie Arbeitende und Nutzende, Männer und Frauen verbinden – in den Betrieben, auf lokaler Ebene, in den Branchen, auf regionaler, nationaler, kontinentaler und auch auf internationaler Ebene. Die Eigentumsformen können vielfältig sein (individuell, kooperativ, große selbstverwaltete soziale Unternehmen oder sogar private Betriebe, sofern sie die Selbstverwaltungsrechte und die geplanten Ziele respektieren). Welche Ebene und welche Art der Kontrolle und der Finanzierung angemessen sind, hängt von den konkreten Bedürfnissen ab: So ist zum Beispiel die Koordinierung der Schienenverkehrspolitik auf kontinentaler Ebene anzusetzen; die Gesundheitspolitik kann dezentrale Einrichtungen mit solidarischen Finanzierungen auf nationaler und internationaler Ebene kombinieren; die Umweltfragen erfordern Entscheidungen auf allen Ebenen, von lokal bis global; usw.

3 Der Kampf gegen Prozesse der Bürokratisierung und der Reproduktion von Ungleichheiten (Geschlecht, sozial, kulturell, Herkunft usw.) ist entschieden voranzutreiben. Er muss von der Bilanzierung des Systems ausgehen und erfordert Kontrollmaßnahmen (-institutionen), das Recht auf Selbstorganisation, Mittel (Medien, Finanzen, lebenslanges Lernen), eine freiwillige Teilung undankbarer Aufgaben, eine Rotation der Verantwortlichkeiten usw. Bildung, auch im Bereich der Verwaltung, und die radikale Reduzierung und Aufteilung der Arbeitszeit sind in diesem Kampf von wesentlicher Bedeutung.

4 Der Kampf gegen Bürokratismus und Etatismus wie auch die Kritik und die Hinterfragung der Institutionen des Kapitalismus bedeuten nicht, dass wir auf Institutionen verzichten können. Die verschiedenen Formen der direkten und repräsentativen Demokratie sind auf Institutionen angewiesen (gewählte Kammern, administrative und wirtschaftliche Dienstleistungen, politische Organisationen, Vereinigungen usw.). Erfahrungen und Debatten werden zeigen, welche Institutionen wir aufgeben, „erfinden“ oder verändern müssen und welche von Menschen in Selbstverwaltung beurteilt oder einer sozialen und pluralistischen Kontrolle und kritischen Analyse unterzogen werden müssen, und zwar auf Grundlage der angestrebten Kriterien und Bestimmungszwecke, durch Vergleichen von Wirkungen und Zielen und mit periodischen Anpassungen.

Selbstverwaltung: im Widerspruch zum Kapitalismus, aber eine Stütze im Kampf gegen ihn

In Anbetracht der angestrebten Rechte und Stellung des Menschen lässt sich die Selbstverwaltung nur verwirklichen, wenn die privaten Eigentumsrechte des Kapitals und der Status des auf Gedeih und Verderb ausgelieferten Lohnempfängers radikal infrage gestellt werden – was den Sturz des Kapitalismus bedeutet. Viele genossenschaftliche Erfahrungen (Unternehmen, Banken oder fairer Handel und verschiedene Versuche der Solidarwirtschaft) wurden entweder erstickt (vgl. Lip in Frankreich 1973–1976; siehe unbedingt auch den Film „Les Lip“!) oder haben ihre ursprüngliche „Seele“ der Selbstverwaltung in einem bedrohlichen kapitalistischen Umfeld verloren, auch wenn es vielleicht noch einige Überbleibsel gibt.

Gleichzeitig entstehen aber innerhalb des Systems und im Widerspruch zu dessen vorherrschenden Regeln Bestrebungen, „anders zu produzieren und zu leben“.³ Gerade in der Privatisierungsphase wird uns am deutlichsten bewusst, dass die öffentlichen Dienste und die soziale Sicherheit

fragile Errungenschaften aus vergangenen Kämpfen sind. In Zeiten der Krise des kapitalistischen Systems, einhergehend mit Betriebsschließungen, massiven Entlassungen und sozialer Prekarisierung, können „selbstverwaltete“ Formen des Widerstands entstehen, wie in Argentinien im Jahr 2000, als Hunderte von Unternehmen, die die Eigentümer*innen aufgegeben hatten, von den Angestellten auf unterschiedliche Weise übernommen wurden: Die Arbeiter*innen des Unternehmens Zanon, das in genossenschaftlicher Form zu FaSinPa (Fabrik ohne Chef) wurde, haben vor Kurzem einen Rechtsstreit um die Anerkennung der Enteignung des ehemaligen Chefs gewonnen; aber da sie die Marktlogik ablehnen, fordern sie die Übernahme des Unternehmens durch den Staat und wollen gleichzeitig das Recht auf die Leitung des Unternehmens behalten (eine Form der „Verstaatlichung unter Kontrolle der Belegschaft“). Hierbei handelt es sich um konfliktträchtige Übergangssituationen, in denen sich zwei Rechtslogiken gegenüberstehen: die Rechte, die der krisengeschüttelte Kapitalismus noch schützt, und die Rechte (der Selbstverwaltung), die die Arbeiter*innen einfordern, die sie aber ohne einen Systemwechsel nicht vollständig verwirklichen können.

Der Widerstand der Zanon-Leute kann Schule machen ... oder verschwinden. Man kann das System nicht ändern, ohne zuerst darin bzw. dagegen zu kämpfen, ohne die Erwartung, dass auch andere zum Kampf bereit sind, aber in der Hoffnung, ihnen Mut zu machen. Gleichzeitig geht es darum, die Ungerechtigkeit der herrschenden Maßstäbe und Rechte aufzuzeigen und auf ideologischer Ebene eine „Hegemonie“ zu erlangen, die Teil eines Kräfteverhältnisses ist, das sich in der Selbstorganisation und der Entwicklung eines „Solidaritätsgefüges“ festigt; es geht aber auch darum, sich auf die Verwirklichung eines anderen Systems vorzubereiten und dessen bürokratische Degenerierung zu verhindern.

Träumen wir ein bisschen: Auf der Grundlage einer Dialektik von Kämpfen und Wahlergebnissen, soweit sie Ausdruck des Widerstands gegen den Kapitalismus sind, könnte man sich vorstellen, dass in einer Region verschiedene Selbstverwaltungsformen entstehen: für die Planung der öffentlichen Mittel, für solidarische Unternehmensführung, für Vereinigungen zur Erhaltung der bäuerlichen Landwirtschaft (AMAP) oder für kollektive Versorgungsdienste; Nutzer*innen und Arbeiter*innen setzen sich für einen Genossenschaftsfonds zur Finanzierung dieser Projekte ein; Nutzer*innen und Arbeiter*innen beteiligen sich an Debatten und Budget-Entscheiden; freie Radios und andere Medien berichten über diese Erfahrungen;

eine nationale und internationaler Solidarität entsteht rund um diese Entwicklung ... Wer weiß?

Die Schwierigkeiten und Grenzen, auf die Selbstverwaltungsexperimente innerhalb des Systems stoßen, müssen in allen Phasen öffentlich und pluralistisch diskutiert werden. Doch das politische Ziel der Schaffung und Ausweitung aller Formen öffentlicher, sozialer Kontrolle über die Produktion und Verwaltung von Gütern und Dienstleistungen bereitet eine andere, selbstverwaltete Gesellschaft vor. Diese kann nicht „in einem einzelnen Unternehmen“, einer einzelnen Gemeinde oder Region entstehen und überleben, sondern erfordert eine globale Infragestellung jenes Systems, das eine selbstverwaltete Gesellschaft verhindert. Allerdings wäre es eine Sackgasse, nur auf den Großen Abend zu warten. Wir müssen darauf setzen, die Kämpfe und die Solidarität zu verbreiten und international auszuweiten: Die praktischen Versuche, „anders zu produzieren und zu leben“, inklusive historischer Rückblicke und Analysen der Misserfolge, machen andere Wege und Maßstäbe glaubhaft.

■ **Catherine Samary** ist Ökonomin, Balkan- und Osteuropaspezialistin sowie Mitglied der NPA und des Leitungsgremiums der IV. Internationale.

■ **Übersetzung:** A. W.

1 Das Buch „*Démocratie contre capitalisme*“ von Thomas Coutrot (La Dispute 2005) verknüpft die Bestrebungen zur Selbstverwaltung mit zentralen Kämpfen und Forderungen der Antiglobalisierungsbewegung und behandelt wichtige Fragen der Selbstverwaltung.

2 Auf meiner Website <http://csamary.free.fr> finden sich Artikel zu den Erfahrungen und Krisen in Jugoslawien und zu den Debatten über Sozialismus und Selbstverwaltung sowie der Link zum Institut IIRE in Amsterdam, das zwei Studien veröffentlicht hat: „*Plan, marché et démocratie – l’expérience des pays dits socialistes*“ und „*La Fragmentation de la Yougoslavie*“. Verschiedene Texte sind auch auf der Webseite des ESSF (Europe Solidaire Sans Frontières) veröffentlicht.

3 Lesen Sie das Buch „*Produire de la richesse autrement*“, herausgegeben von CETIM (Centre Europe-Tiers Monde de Suisse), das einige Beispiele von Erfahrungen des kollektiven und solidarischen Widerstands aufzeigt – vgl. meine Rezension in der Zeitschrift *Contretemps*: <http://www.contretemps.eu/produire-richeesse-autrement/>

BRAUCHEN WIR DIE POLIZEI?

Dass Rassismus und Gewalttätigkeit der Polizei nicht nur in den USA grassieren, zeigen die fortlaufenden Enthüllungen über rechtsradikale Strukturen in den Reihen des hiesigen Polizeiapparats. Dass dieser Apparat nicht reformierbar ist, sondern nur abgeschafft werden kann, versteht sich. Bloß, wie lässt sich dies erreichen?

■ Julien Salingue

Auch wenn die Forderung nach der Abschaffung der Polizei in den französischen „Massenmedien“ kaum thematisiert wird, findet sie dank der historischen Mobilisierungen gegen Rassismus und Polizeigewalt doch ihren Weg über den Atlantik bis zu uns. Diese Losung, die bisher lediglich von einigen kleinen Gruppen propagiert wurde, die darüber hinaus auch für die Abschaffung des Gefängnisses eintreten, wird nun immer breiter diskutiert und ist inzwischen Gegenstand einer nationalen Kampagne: #8toAbolition. Auch wenn natürlich nach wie vor bloß eine Minderheit dahinter steht, nimmt es mittlerweile ein Ausmaß an, das noch vor wenigen Wochen niemand vermutet hätte, und hat eine Frage öffentlich aufgeworfen, deren Radikalität nur durch ihre Einfachheit übertroffen wird: Sollen wir die Polizei abschaffen?

Mit dieser Frage sollten sich alle auseinandersetzen, die sich fragen, wie eine „andere Welt“ aussehen könnte, ohne sich dabei den ewigen Wahrheiten zu unterwerfen, die allzu oft die Auseinandersetzung mit anderen Gesellschaftsformen dominieren. Damit wollen wir uns in diesem Artikel beschäftigen – ohne den Anspruch zu erheben, die Problematik erschöpfend zu behandeln – und uns dabei bewusst auf die Polizei konzentrieren und nicht auf die übrigen Strukturen des Repressionsapparats (Strafjustiz, Gefängnis) eingehen, deren Funktion mit den „Ordnungskräften“ zusammenhängt. Als Ausgangspunkt dient uns dabei die Lage in den USA, wo die Diskussion

darüber derzeit hohe Wellen schlägt, um uns von da aus dem Thema weitergehend anzunähern.

„Entmachten, entwaffnen, abschaffen“ ...

... so lautet derzeit im Alltag die Losung, die sich in den USA breitmacht. Dabei handelt es sich um eine bewusste Strategie, die sich besonders die Initiative „A World Without Police“ (Eine Welt ohne Polizei)¹ zu eigen gemacht und um ein Aktionsprogramm und einen Forderungskatalog erweitert hat, der den Gegensätzen Rechnung tragen soll, die sich aus der Forderung nach Abschaffung der Polizei und den wesentlichen potentiellen Einwänden dagegen ergeben.

Die Entmachtung der Polizei bedeutet, gegen den Bau neuer Polizeistationen, die Schaffung neuer Einheiten, die Ausweitung der polizeilichen Vorrechte und Einsatzbereiche, Rekrutierungskampagnen usw. vorzugehen. Die „offensive“ Losung, die Finanzmittel für die Polizei zu reduzieren („Defund the Police“) wird bei den Demonstrationen zunehmend häufig aufgegriffen, ebenso wie die Forderung nach Ausschluss der Polizeigewerkschaften aus dem Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO, der seinerseits in die Protestbewegung eingebunden werden sollte. Erste Erfolge konnten erzielt werden, da mehrere amerikanische Städte beschlossen haben, die Polizeibudgets zu kürzen, namentlich New York, wo das gesamte Budget von sechs Milliarden um eine Milliarde Dollar gekürzt werden soll, und Los Angeles, wo die Zahl der Polizist*innen bis zum nächsten Sommer auf unter 10 000 reduziert werden soll (der niedrigste Stand seit 2008).

Die Entwaffnung der Polizei bedeutet konkret und analog zur Losung der Entmachtung, die Aufrüstung der Polizei und die Militarisierung der Ordnungssicherung zu hinterfragen und darüber hinaus, inwieweit die Polizei für die zunehmende Gewalt in den sozialen Verhältnissen verantwortlich ist. Dazu gehört, dass entgegen der Legende, die von den Hütern der herrschenden Ordnung geschickt verfochten wird, Polizeiwaffen nicht dazu dienen, die sozialen Verhältnisse zu befrieden, sondern im Gegenteil dazu beitragen, immer mehr Gewalt zu erzeugen. Ein kürzlich

erschienener Artikel in der *Huffington Post* verwies darauf, dass Ende 2014 „die New Yorker Polizei beschlossen hatte, ihre Präsenz erheblich zu reduzieren, um so angeblich beweisen zu können, dass dadurch die Kriminalitätsrate in die Höhe schießen würde. Und genau das Gegenteil war eingetreten, was Wissenschaftler zu der Erklärung veranlasste, dass die Polizeipräsenz auf den Straßen zu sozialen Spannungen und letztlich zu mehr Kriminalität führt.“²

Wenn wir die Polizei abschaffen wollen, müssen wir für die Auflösung des Polizeiapparats eintreten, da dieser die Bevölkerung unterdrückt, die er doch angeblich „schützen“ will. In den USA wird diese Forderung nicht als Endpunkt eines Prozesses begriffen, dem zunächst die Entmachtung und Entwaffnung vorausgehen haben, sondern der damit unmittelbar verknüpft ist. Damit soll der Zwietracht säenden Frage schlechthin entgegen getreten werden, die da lautet: Wer oder was soll die Polizei ersetzen? – oder anders formuliert: Die Polizei mag Probleme erzeugen, aber wären die nicht größer, wenn man die Polizei ganz abschafft?

Können wir auf die Polizei verzichten?

Diese Fragen und die „klassischen“ Antworten, die darauf gegeben werden (d. h. eine Gesellschaft kommt ohne Polizei nicht aus), werden von Vorurteilen überlagert, die in unserer Denkungsart tief verwurzelt sind. Damit ist besonders das gemeint, was Engels „eine abergläubische Verehrung des Staates und alles dessen, was damit zusammenhängt“ nannte, „und die sich um so leichter einstellt, als man sich von Kindesbeinen daran gewöhnt hat, sich einzubilden, die der ganzen Gesellschaft gemeinsamen Geschäfte und Interessen könnten nicht anders besorgt werden, als wie sie bisher besorgt worden sind, nämlich durch den Staat und seine wohlbestallten Behörden.“³ Jede Ähnlichkeit mit Jean-Luc Mélenchons Äußerungen vor der Demonstration am 13. Juni, zu der das Adama-Komitee auf dem Place de la République in Paris aufgerufen hatte („Wir haben das Recht, von einer Gesellschaft ohne Polizei zu träumen, es ist ein schöner Traum, aber es ist nur ein Traum. Wir brauchen eine Polizei, die durchdacht, organisiert, dem republikanischen Staat gehorsam und so unbewaffnet wie möglich ist“) ist rein zufällig.

Eines dieser festgefügteten Urteile ist, dass die Polizei in ihrem (vermeintlichen) Auftrag, die Bevölkerung zu „schützen“, unersetzlich und ein unverzichtbares Element der Konfliktbearbeitung ist. Sind es nicht die Polizeibehörden, an die wir uns wenden, wenn wir Aggressionen, Einbrüchen, Drohungen etc. ausgesetzt sind? Dieser Zustand,

auch wenn er unbestreitbar scheint, sollte jedoch nicht als zeitlose soziale Gegebenheit betrachtet werden. Zu anderen Zeiten und/oder in anderen Ländern konnten und können diese Funktionen von anderen Strukturen ausgeübt werden, die direkt aus der Bevölkerung heraus entstanden sind und/oder die nicht dem Staat untergeordnet sind. Da dieser Artikel nur eine Zusammenfassung liefern will, werden wir nicht im Detail auf solche Beispiele eingehen, sondern lediglich darauf beharren, dass es notwendig ist, den Blickwinkel zu verlagern und zu bedenken, dass „die Polizei“, wie wir sie in kapitalistisch geprägten Gesellschaften (leidvoll) erleben, eine soziale Konstruktion ist, die wie jede Konstruktion zerstört werden kann.

Letztlich kommt es darauf an, sich von der Vorstellung zu verabschieden, dass mögliche Konflikte innerhalb einer bestimmten Gesellschaft oder Gemeinschaft nur von außen durch das Eingreifen eines autonomen Organs gelöst werden können. Genau darum geht es bei den verschiedenen Initiativen (Schulungen zur Konfliktbewältigung oder zur Unterstützung von Gewaltopfern, Gründung von Nachbarschaftskollektiven in Wohnvierteln oder Miethäusern etc.), deren Aufgabe ist, die sozialen Bindungen zu stärken, damit die Menschen den Großteil der Probleme gemeinsam bewältigen können, ohne nach der Polizei „rufen“ zu müssen. Wir sprechen hier natürlich nicht von „Bürgerwehren“ und anderen Milizen, die sich für Hilfspolizisten halten und sich oft noch schlimmer als die Polizei benehmen, sondern von selbstorganisierten Gruppen, deren Ziel es ist, Konflikte niedriger und mittlerer Intensität zu lösen, die realiter den Großteil der Polizeieinsätze ausmachen.

In einem anderen System ja!

Wirft man die Frage nach der Verzichtbarkeit der Polizei auf, stößt man zunächst auf eine gewisse Konfusion, weil jeder damit etwas anderes verbindet. Die Polizei ist sowohl das Organ, an das sich die Bürger*innen in vielen Problemsituationen normalerweise wenden, als auch das Organ, auf das der Staat zurückgreift, um soziale Proteste zu unterdrücken. Aber nicht die letztgenannte Funktion verleiht der Polizei in den Augen der Mehrheit ihre Legitimität, sondern erstere. Diese Ambivalenz machen sich die Herrschenden zunutze, um die grundlegend repressive Funktion der Polizei zu kaschieren und sie stattdessen als „öffentliche Dienstleistung“ zu präsentieren.

Bedeutet das, dass wir die Polizei als Hüterin eines ungerechten Systems abschaffen könnten, ohne dieses System selbst abzuschaffen? Mit anderen Worten: Können wir uns

die Polizei vom Halse schaffen, ohne den Kapitalismus loszuwerden? Die Antwort lautet natürlich nein, da sie eine strategische Funktion bei der Aufrechterhaltung des Kapitalismus innehat. In diesem Sinne ist die Forderung nach der Abschaffung der Polizei als strategische Perspektive und Richtschnur zu sehen und nicht als Losung, die hic et nunc umgesetzt werden kann. Im Jahr 2016 veröffentlichte die Journalistin Maya Duksamova im *Chicago Reader* eine Studie⁴ über Initiativen in Chicago, die sich für die Abschaffung der Polizei aktiv engagieren. Einer der Beteiligten erklärte: „Ich denke, man muss diesen Begriff [der Abschaffung] als eine Strategie und ein Ziel betrachten, und weniger als etwas, das man heute in die Tat umsetzen könnte. Wenn ich die Argumente für die Abschaffung höre, begreife ich, dass es möglich ist, eine Welt ohne Gefängnisse und ohne Polizeikräfte aufzubauen.“

Kampagnen gegen die Polizei und die Schaffung von „Gegeninstitutionen“, die deren Eingreifen überflüssig machen, treffen in der Tat auf ein wesentliches Hindernis: Die zentrale Stellung der Polizei im kapitalistischen Herrschaftssystem verleiht ihr eine Position, an der besonders diejenigen nicht vorbeikommen, die mit stark gewalttätigen Situationen konfrontiert sind. Wenn man für die Abschaffung der Polizei „hier und jetzt“ eintritt, ignoriert man bloß dieses Problem und bekämpft damit am allerwenigsten die Illusion, dass eine globale Alternative zur Polizei errichtet werden könnte, ohne zugleich die Frage nach der Abschaffung des Staates aufzuwerfen. Insofern ist es wichtig, Sofortforderungen, die die Polizei schwächen und ihre Gewalttätigkeit bekämpfen sollen, mit alternativen Praktiken zu verbinden, die aufzeigen sollen, dass die Polizei kein „notwendiges Übel“ ist. Zugleich jedoch muss die Diskussion über den wesentlichen Unterschied zwischen der Funktion der Polizei und dem Polizeiapparat angestoßen und das globale politische Ziel vorangetrieben werden, den Kapitalismus zu stürzen.

Aus: *l'anticapitaliste la Revue* Nr. 117, Juli 2020. Erscheint in der Nummer 6/2020 (November/Dezember) der *internationale*.

■ Übersetzung: MiWe

¹ <https://aworldwithoutpolice.org/>

² Paul Guyonnet, « Contre les violences policières, le concept "Defund the Police" monte aux États-Unis », *Huffington Post*, 8. Juni 2020.

³ Friedrich Engels, *Einleitung zu „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ von Karl Marx (Ausgabe 1891)* MEW Bd. 22, S. 199

⁴ Abolish the police? Organizers say it's less crazy than it sounds, 25. August 2016, <https://www.chicagoreader.com/chicago/po...>

Neu bei ISP



Paul B. Kleiser
**Der Heimathorst
oder
Bayern ohne Lederhosen**

Eine kritische Geschichte

188 Seiten, 19,80 Euro

ISBN 3-89900-155-6

In der Präambel der »weiß-blauen Grundsätze der Bayernpartei« kann man lesen: »Bayern ist der älteste Staat des deutschen Sprachgebiets und einer der ältesten Staaten Europas. Das bayerische Volk hat ein echtes, ererbtes und gefestigtes Staatsbewusstsein. Aufgrund seiner Vielfalt und Traditionen haben die Bayern einen tiefen Grund, ihr Vaterland und ihre bairische, fränkische und schwäbische Heimat zu lieben.«

Die meisten Anhänger konservativer Parteien und Organisationen, vor allem der CSU, würden diesen Aussagen zustimmen und von 1 000 Jahren bayrischen Staatswesens sprechen. Der große Oberpfälzer Historiker Karl Bosl nannte diese Position zu Recht eine »pseudohistorische Ideologie«.

Die Mythenbildung ist in Bayern wohl wegen der langen Herrschaft der Wittelsbacher und wegen des katholischen Partikularismus besonders ausgeprägt. Das spezifische Sonderbewusstsein der Bayern entwickelte sich unter dem Eindruck der Reformen des Grafen Montgelas, der Befreiungskriege gegen Napoleon und der Kulturpolitik von König Ludwig I. erst langsam im Verlauf des 19. Jahrhunderts. Das Buch dekonstruiert den »Bayernmythos« und stellt ihm eine Geschichte der sozialen Kämpfe und Auseinandersetzungen bis heute entgegen. Es erklärt den Niedergang der CSU seit dem Tod von Franz Josef Strauß und dem Scheitern der WAA in Wackersdorf und beleuchtet die gegenwärtigen Umbruchprozesse, die tendenziell der bayerischen Sonderstellung ein Ende bereiten.

Neuer ISP Verlag GmbH

☎ (0721) 3 11 83

neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

MUSS DER KAMPF FÜR EIN ANDERES SYSTEM AUFGESCHOBEN WERDEN?

Zeit ist immer ein wichtiger Faktor in Politik und Geschichte, aber nie war sie so wichtig wie in der Frage des Klimawandels.

■ John Molyneux

Die Warnung des Weltklimarats in seinem Bericht vom Oktober 2018, dass die Welt zwölf Jahre Zeit hat, um eine Klimakatastrophe zu vermeiden, war zweifellos ein wichtiger Faktor, der eine globale Welle des Klimaaktivismus ausgelöst hat, insbesondere in Form der von Greta Thunberg angestoßenen Massenschulstreiks und der Bewegung Extinction Rebellion. Andererseits ist klar, dass diese Warnung von verschiedenen Menschen auf unterschiedliche Weise „verstanden“ oder interpretiert werden konnte und wurde. In diesem Artikel möchte ich auf einige dieser Interpretationen und ihre Implikationen eingehen, insbesondere hinsichtlich der Frage, ob uns noch Zeit für einen Systemwandel bleibt oder ob wir uns, weil die Zeit zu knapp dafür ist, auf Veränderungen konzentrieren, die im Rahmen des Kapitalismus umgesetzt werden können, und uns damit bescheiden müssen.

Zunächst möchte ich jedoch darauf hinweisen, dass manch ein opportunistischer Politiker diese „Zwölfjahreswarnung“ ganz anders verstanden hat als Greta und ihre Anhänger*innen. Denn für sie wären zwölf Jahre eine sehr lange Zeit: drei US-Präsidentschaftsperioden, zwei volle Legislaturperioden in Großbritannien und vielen anderen Ländern; mit anderen Worten: mehr als genug Zeit, um Eure Ansprüche umzusetzen, Euren Platz in den Geschichtsbüchern zu sichern oder zumindest Eure Rente und mehrere Direktorenposten zu sichern, bevor über-

haupt ernsthaft etwas unternommen werden müsste. Die einzige praktische Konsequenz dieser Zwölfjahreswarnung wäre dann die Erfordernis, verschiedene Kommissionen einzurichten, einige Aktionspläne auszuarbeiten, an einigen Konferenzen teilzunehmen und darüber hinaus ein gewisses Maß an „greenwashing“ zu betreiben. Für einen Vorstand eines großen Öl-, Gas- oder Autokonzerns würde dann genau dasselbe gelten.

Am anderen Ende des Spektrums gab es eine große Zahl von Menschen, vor allem junge Leute, die die Warnung so „verstanden“ haben, dass es buchstäblich nur zwölf Jahre gibt, um eine globale Auslöschung zu verhindern.

Diese Fehlinterpretationen dürfen nicht gleichgesetzt werden: Die erste ist äußerst zynisch und immens schädlich für Mensch und Natur gleichermaßen; die zweite ist naiv, aber gut gemeint. Aber es sind beides Fehlinterpretationen dessen, was der Bericht sagt, und dessen, was der Klimawandel ist. Der Klimawandel ist kein Ereignis, das 2030 eintreten könnte oder auch nicht, und das durch Notfallmaßnahmen in letzter Minute abgewendet werden könnte, sondern ein Prozess, der bereits im Gange ist. Jede Woche, jeder Monat oder jedes Jahr, in denen sich die Reduzierung der Kohlenstoffemissionen verzögert, verschärft das Problem und macht es schwieriger, es in den Griff zu bekommen. Umgekehrt gibt es keine absolute Frist, nach

deren Ablauf es zu spät ist, etwas zu tun und wir also genauso gut den Geist aufgeben könnten.

Der Schwerpunkt des IPCC-Berichts lag nicht auf dem Aspekt der „Auslöschung“, sondern vorwiegend darauf, was erforderlich wäre, um die globale Erwärmung auf 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau zu halten, und was die wahrscheinlichen Auswirkungen wären, wenn 2 °C erreicht würden. In der Zusammenfassung für die politischen Entscheidungsträger heißt es wörtlich:

„Menschliche Aktivitäten haben etwa 1,0 °C globale Erwärmung gegenüber vorindustriellem Niveau verursacht, mit einer wahrscheinlichen Bandbreite von 0,8 °C bis 1,2 °C. Die globale Erwärmung erreicht 1,5 °C wahrscheinlich zwischen 2030 und 2052, wenn sie mit der aktuellen Geschwindigkeit weiter zunimmt. [...]“

Recht eindeutig heißt es dann: „Klimabedingte Risiken für Gesundheit, Lebensgrundlagen, Ernährungssicherheit und Wasserversorgung, menschliche Sicherheit und Wirtschaftswachstum werden laut Projektionen bei einer Erwärmung um 1,5 °C zunehmen und bei 2 °C noch weiter ansteigen.“¹

Ich zitiere diese Passagen nicht, weil ich den Bericht des Weltklimarats als sakrosankt oder als der Weisheit letzten Schluss zu diesen Fragen betrachte. Mir scheint im Gegenteil klar, dass der Bericht in seinen Vorhersagen konservativ war – was nicht überrascht, da seine Methode den Konsens von Tausenden von Wissenschaftler*innen erforderte – und dass die globale Erwärmung und, was entscheidend ist, ihre Auswirkungen in Wirklichkeit schneller voranschreiten als vom IPCC erwartet.²

Ich möchte vielmehr zeigen, dass wir nach dem Weltklimarat und nach jedem ernsthaften Verständnis des Klimawandels nicht vor einer Klippe stehen, von der wir alle im Jahr 2030 oder zu einem anderen genau vorhersehbaren Zeitpunkt fallen werden, sondern das es um einen rasch voranschreitenden Prozess mit zunehmend katastrophalen Auswirkungen geht. Innerhalb dieses Prozesses wird es höchstwahrscheinlich Kipp-Punkte geben, an denen sich das Tempo des Wandels sehr schnell beschleunigt und bestimmte Veränderungen unumkehrbar werden. Aber niemand weiß genau, wann das sein wird, und selbst dann werden wir immer noch von einem Prozess sprechen, der nicht zu einer sofortigen totalen Auslöschung führt.

Ein korrektes, wissenschaftlich fundiertes Verständnis dieses Prozesses ist von entscheidender Bedeutung. Sich als Aktivist*innen auf eine Art Countdown einzulassen, als gäbe es eine feste Zeitlinie – wir haben jetzt nur noch

zehn Jahre, neun Jahre, acht Jahre ..., um den Planeten zu retten –, ist wahrscheinlich nicht hilfreich. Wir wollen auch nicht der Panikmache geziehen werden, wenn die Welt dann doch nicht untergeht. Dieses Verständnis ist auch wichtig als Grundlage für den Umgang mit der entscheidenden Frage, ob nämlich noch die Zeit für einen Systemwechsel bleibt.

Das Argument, dass nicht mehr genug Zeit für einen „Systemwechsel“ bleibt, womit ich den Sturz des Kapitalismus meine, gibt es in der Umweltbewegung schon lange, auch schon lange vor der „Zwölfjahreswarnung“. Ich erinnere mich, dass es in der Kampagne gegen den Klimawandel energisch (und voller Wut) gegen einen ziemlich glücklosen Trotzkasten vorgebracht wurde, als ich mich Anfang der neunziger Jahre zum ersten Mal daran beteiligte. „Es ist keine Zeit, auf deine Revolution zu warten“, wurde ihm gesagt.

Nun kann dieses Argument der „fehlenden Zeit“ natürlich von Leuten, die eigentlich prokapitalistisch sind, als Vorwand benutzt werden. Aber es kann auch in gutem Glauben von Leuten vorgebracht werden, die die Abschaffung des Kapitalismus begrüßen würden, wenn sie eine praktische Chance dafür sähen. Als Beispiel dafür zitiere ich Alan Thornett, dessen lebenslanges Engagement als Sozialist außer Zweifel steht. In seinem Buch *Facing the Apocalypse: Arguments for Ecosocialism* schreibt Alan Thornett:

„Die Standardlösung, die von den meisten in der radikalen Linken propagiert wird ..., ist der revolutionäre Sturz des globalen Kapitalismus – implizit innerhalb der nächsten zwölf Jahre, denn so lange bleibt uns nur noch ...

Ein solcher Ansatz ist maximalistisch, linksradikal und nutzlos. Wir alle können als Sozialist*innen mit beiden Händen für die Abschaffung des Kapitalismus stimmen, und das ist in der Tat unser langfristiges Ziel. Aber als Antwort auf die globale Erwärmung innerhalb der nächsten 12 Jahre macht es keinen Sinn.

Es handelt sich dabei um „mangelnde Glaubwürdigkeit“: Während ein katastrophaler Klimawandel tatsächlich vor Augen steht, kann dasselbe von einer globalen sozialistischen Revolution kaum mit derselben Glaubwürdigkeit gesagt werden – es sei denn, ich habe etwas verpasst. Es mag nicht unmöglich sein, aber es ist eine viel zu ferne Perspektive, um eine Antwort auf die globale Erwärmung und den Klimawandel zu geben ...

Um es ganz offen zu sagen: Wenn der Umsturz des globalen Kapitalismus in den verbleibenden 12 Jahren die einzige Lösung für die globale Erwärmung und den

Klimawandel ist, dann gibt es keine Lösung für die globale Erwärmung und den Klimawandel.“³

Alan hat hier das Argument, das ich anfechten möchte, sehr deutlich zum Ausdruck gebracht.

Zunächst einmal ist zu sagen, dass für ernsthafte Sozialist*innen und Marxist*innen (angefangen bei Marx, Engels und Rosa Luxemburg) der Kampf für die Revolution dem Kampf für Reformen in keiner Frage entgegensteht. Vielmehr ist Revolution etwas, das aus dem Kampf für konkrete Forderungen erwächst.⁴ So wie die Marxist*innen die Überzeugung, dass die einzige Lösung für die Ausbeutung die Abschaffung des Lohnsystems ist, mit der Unterstützung des gewerkschaftlichen Kampfes für Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen verbinden, so können sie für unmittelbare Forderungen wie kostenlose öffentliche Verkehrsmittel, das Belassen fossiler Brennstoffe im Boden und massive Investitionen in erneuerbare Energien kämpfen und gleichzeitig eine ökosozialistische Revolution befürworten. Auf diese Weise wird auf eine praktische Probe gestellt, ob ein ökologisch nachhaltiger Kapitalismus möglich ist.

Aber damit ist die Frage noch nicht ausreichend beantwortet. Wenn man davon ausgeht, dass eine Revolution in zu weiter Ferne liegt und sie daher als Lösung des Klimaproblems realiter kaum infrage kommt, dann sollten Klimaaktivisten in der Praxis all ihre Energien einfach darauf konzentrieren, Reformen durchzusetzen, anstatt auf eine Revolution zu setzen und sich entsprechend zu organisieren. Außerdem sollte man sich überwiegend auf die Reformen konzentrieren, die nur diese Frage betreffen. Welchen Sinn hätte es, abgesehen von einem abstrakt moralischen Standpunkt, sich auf Themen wie Recht der Arbeiter*innen auf einen Arbeitsplatz, Antirassismus, Rechte der Frauen auf den eigenen Körper, LGBTQ-Rechte etc. zu konzentrieren, wenn in den nächsten Jahren das Überleben der Menschheit auf dem Spiel steht?

Wenn man jedoch davon ausgeht, dass sich der Kapitalismus in dieser Hinsicht als nicht oder nur unzureichend reformierbar erweisen wird, dann ist es notwendig, ökosozialistische Kampagnen mit revolutionärem Aktivismus, Propaganda und Organisation auf breiterer Front zu verbinden und anzuerkennen, dass eine Revolution die Massenmobilisierung der arbeitenden Menschen zu unterschiedlichsten Themen und ihre Einheit angesichts der obwaltenden Strategie des Teilens und Herrschens erfordert.

Dies wirft dreierlei Fragen auf:

- 1** Wie wahrscheinlich ist es, dass der Klimawandel durch Reformen im Rahmen des kapitalistischen Systems aufgehalten oder eingedämmt werden kann?
- 2** In welcher „Ferne“ liegt eine mögliche sozialistische Revolution?
- 3** Gibt es Alternativen dazwischen?

Zur ersten Frage haben ich und andere Ökosozialisten (namentlich John Bellamy Foster, Ian Angus, Michael Löwy, Martin Empson, Amy Leather etc.) wiederholt und ausführlich argumentiert, dass wir von der Chance, den Klimawandel auf kapitalistischer Basis zu bewältigen, meilenweit entfernt sind, sei es in zwölf, zwanzig oder vierzig Jahren.⁵ Ich will hier nicht alle Argumente wiederholen, sondern nur sagen, dass der Kapitalismus ein System ist, das von Natur aus und unaufhaltsam durch die konkurrierende Kapitalakkumulation auf einen Kollisionskurs mit der Natur getrieben wird, und die Industriezweige für fossile Brennstoffe – Öl, Gas und Kohle – bei dieser Kapitalakkumulation eine so zentrale Rolle spielen, dass es keine realistische Aussicht darauf gibt, dass sich der Kapitalismus aus seiner Abhängigkeit von ihnen befreien könnte.

Zur zweiten Frage möchte ich zugeben, dass, wenn die Zukunft, sagen wir die nächsten zwölf Jahre, der unmittelbaren Vergangenheit, sagen wir den letzten fünfzig Jahren, ähnelt, die Chance auf eine internationale sozialistische Revolution tatsächlich sehr weit entfernt erscheint. Aber allein der erkennbare Klimawandel sorgt dafür, dass das nächste Jahrzehnt ganz und gar nicht der Vergangenheit ähneln wird. Im Gegenteil, gerade die durch die globale Erwärmung verursachten Bedingungen – immer unerträglichere Hitze, Dürren, Brände, Stürme, Überschwemmungen etc. – werden das Bewusstsein der meisten Menschen verändern, nämlich dass der Kapitalismus gestürzt werden muss und eine Revolution machbar ist.

Die immer schärfere Klimakrise wird mit einer umfassenderen Umweltkrise (in einer Vielzahl von Formen), einer sich vertiefenden und wiederkehrenden Wirtschaftskrise (wie es derzeit offensichtlich ist) und verschärften internationalen geopolitischen und militärischen Spannungen (z.B. mit China und Russland) einhergehen. Diese Tendenzen werden sich durch ihre Wechselwirkungen untereinander noch verstärken.

Hier kommt die eingangs getroffene Feststellung, dass die „zwölf Jahre“ keine genaue oder endgültige Frist darstellen (können), wieder ins Spiel. Wenn, wie ich es für überaus wahrscheinlich halte, der Kapitalismus nicht in

der Lage ist, die Erwärmung auf 1,5 °C zu halten, bedeutet dies nicht, wie Thornett annimmt, dass das Spiel vorbei und der Kampf beendet ist, sondern dass alle oben beschriebenen Bedingungen und Katastrophen sich verschärfen und dabei die Wahrscheinlichkeit einer Massenrevolte und Revolution erhöhen werden.

Viele Menschen können sich eine Revolution in einem Land vorstellen, halten es aber für wenig wahrscheinlich, dass eine Revolution auf internationaler oder globaler Ebene ausbrechen könnte. Wenn mit internationaler Revolution eine gleichzeitige, weltweit koordinierte Rebellion gemeint ist, so ist dies in der Tat äußerst unwahrscheinlich, aber dies war nie das Szenario, das sich die Anhänger einer internationalen Revolution vorgestellt haben. Vielmehr ist es so, dass sich die Revolution, die in einem Land – Brasilien oder Ägypten, Irland oder Italien – beginnt, in einer langen, aber kontinuierlichen Reihe von Kämpfen auf andere Länder ausbreiten könnte. Dies ist eine Perspektive, die durch die aufflammenden Kämpfe der letzten Zeit sogar noch plausibler geworden ist.

Da ist zunächst der arabische Frühling 2011, der zu einer Kettenreaktion von Aufständen von Tunesien bis Ägypten, Libyen, Bahrain und Syrien geführt hat und an dem sich auch kleinere, aber immer noch bedeutende Aufstände – etwa die „Empöten“ in Spanien oder Occupy Wallstreet in den USA – orientiert haben. Dann gab es 2019 eine Welle von Massenrevolten auf der ganzen Welt – die französischen Gelbwesten, Sudan, Haiti, Hongkong, Algerien, Puerto Rico, Chile, Ecuador, Irak, Libanon etc.⁶ Hinzu kamen die weltweiten Schülerstreiks und, in diesem Jahr, sogar mitten in der Pandemie, die globale „Black Lives Matter“-Bewegung. Dies zeigt, dass sich in der heutigen globalisierten Welt Revolten mit erstaunlicher Reichweite und Schnelligkeit international ausbreiten können. Die internationalen Auswirkungen einer sozialistischen Revolution in irgendeinem Land wären immens. Dies gilt umso mehr, wenn die Revolution – was zwangsläufig so sein wird – an zentraler Stelle durch den Kampf gegen den Klimawandel und die Umweltzerstörung motiviert ist. Denn welche Debatten über den Sozialismus in einem Land in der Vergangenheit auch immer geführt wurden, es wird überdeutlich sein, dass keine Revolution in Südafrika oder Frankreich, Indonesien oder Chile in der Lage sein wird, den Klimawandel zu bekämpfen, wenn die USA, China, Russland und Indien weitermachen wie bisher. Der Klimawandel ist ein internationales Problem wie kein anderes zuvor.

Sucht man nach anderen Alternativen, den Kapitalismus entweder nachhaltig zu machen oder ihn revolutionär zu stürzen, bieten sich zwei an: Es gibt die Perspektive bzw. Strategie, den Kapitalismus durch den Sieg bei einer Parlamentswahl in einen Sozialismus zu verwandeln – was man die Corbyn-Strategie nennen könnte; und es gibt die „Alternative“ der faschistischen/autoritären Barbarei. Die erste ist leider illusorisch; die zweite, noch bedauerlicher, ist nur allzu real.

Was ich die Corbyn-Strategie (in ihrer jüngsten Version) genannt habe, hat eine sehr lange Tradition und geht zumindest auf Karl Kautsky und die deutsche Sozialdemokratische Partei vor dem Ersten Weltkrieg zurück. In der Praxis hat sie stets zu katastrophalen Folgen geführt, sei es in Deutschland selbst, in Italien während der „Roten Jahre“⁷, in Chile 1970–73 oder unter Syriza in Griechenland oder auch mit Corbyn (außer dass es ihm nicht gelang, die dafür erforderlichen Parlamentswahlen zu gewinnen).

Oberflächlich betrachtet erscheint diese Strategie enorm praktischer und plausibler als eine Revolution, aber in Wirklichkeit ist sie grundlegend falsch. Die gegenwärtig herrschende kapitalistische Klasse wird weder in einem Land noch international aufgrund eines Wahlsieges der Sozialist*innen abtreten, d. h. ihre Macht aufgeben. Im Gegenteil, sie wird ihre gesamte wirtschaftliche Macht (durch Investitionsstreiks, Kapitalflucht, Währungsangriffe etc.), ihre soziale und ideologische Hegemonie, insbesondere über die Medien, und, was entscheidend ist, ihre Kontrolle über den Staat einsetzen, um eine potentielle sozialistische Regierung gefügig zu machen oder, falls nötig, zu zerstören.⁸ Eine solche Sabotage könnte nur durch die revolutionäre Mobilisierung der Arbeiterklasse bekämpft und überwunden werden. Deshalb ist diese Option bei all ihren fortschrittlichen Absichten eine Illusion; sie wird entweder zur Revolution werden, die sie eigentlich vermeiden wollte, oder sie wird sich in Luft auflösen.

Was die faschistische/autoritäre Option anlangt, wissen wir aus bitterer Erfahrung, etwa in Italien, Deutschland, Spanien, Portugal, Chile und anderen Ländern, dass dies eine reale Möglichkeit ist, die in vielerlei Hinsicht die Kehrseite der Medaille des Scheiterns der reformistischen Option darstellt. Und wenn wir heute auf der Welt das kapitalistische System betrachten, das in einer multidimensionalen Krise steckt, sehen wir eine wachsende politische Polarisierung, in der sich die Kräfte der extremen Rechten in vielen verschiedenen Ländern zusammenrotten. Es ist bittere Tatsache, dass drei große Länder (die USA, Brasilien und Indien) unter rechtsextremer, wenn nicht sogar

vollständig faschistischer Kontrolle stehen und dass eine beträchtliche Anzahl anderer Länder von höchst autoritären Regimen regiert wird.

In dem Maße, wie die Klimakrise und mit ihr die Zahl der Klimaflüchtlinge zunimmt, wird die autoritär-faschistische Option für die in Panik geratene herrschende Klasse und einige ihrer Anhänger*innen aus der Mittelschicht immer attraktiver erscheinen. Auf lange Sicht wird der Faschismus die globale Erwärmung nicht aufhalten, aber dies würde sich erst zeigen, wenn wir zuvor die finsternen Jahre einer Barbarei durchlebt haben.

Um auf die Frage zurückzukommen, ob noch die Zeit für einen Systemwandel bleibt: Niemand kann die Zukunft genau vorhersagen,⁹ aber das bei weitem wahrscheinlichste Szenario ist, dass die sich beschleunigende Klima- und Umweltkrise den Klassenkampf und die politische Polarisierung auf allen Ebenen verschärfen wird. Dieser Prozess wird zunehmen, wenn sich die Welt auf die 1,5°C-Schwelle zubewegt, und sich fortsetzen, nachdem sie überschritten ist. Die Bewegung wird sich nicht nur damit befassen müssen, wie wir den Klimawandel abwenden oder stoppen können, sondern auch damit, wie wir mit seinen verheerenden Auswirkungen umgehen: mit Barbarei oder Solidarität?

Der Kapitalismus in all seinen Formen wird sich zunehmend in Barbarei verwandeln. Nur ein Systemwandel, die Überwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus, kann eine Alternative anbieten, die auf der Solidarität der Arbeiterklasse und der Menschen beruht.

■ **John Molyneux** ist Chefredakteur der irischen *Marxist Review* und Mitglied des leitenden Komitees von *Global Ecosocialist Network (GEN)*.

Aus: *Climate & Capitalism* vom 25.8.2020

■ Übersetzung: MiWe

¹ Sonderbericht über 1,5 °C globale Erwärmung (<https://www.ipcc.ch/sr15/chapter/spm/>), 2018.

² Siehe John Molyneux, "How fast is the climate changing?" *Climate & Capitalism*, 2. August 2019.

³ Alan Thornett, *Facing the Apocalypse: Arguments for Ecosocialism*, (Resistance Books, London. 2019), S. 95

⁴ Das schlagendste Beispiel hierfür ist die Russische Revolution, die aus der Forderung nach Brot, Land und Frieden heraus entstanden ist. Dasselbe gilt natürlich für praktisch alle Massenrevolutionen.

⁵ Siehe etwa John Molyneux, "Apocalypse Now! Climate change, capitalism and revolution", *Irish Marxist Review* 25, 2019.

⁶ John Molyneux, "A New Wave of Global Revolt?" *Rebel*, 6. November 2019.

⁷ Das *Biennio rosso* 1919/20, in dem Norditalien eine revolutionäre Welle erlebt hat, wurde vom *Biennio nero* der Jahre 1921 und 1922 abgelöst, das im Marsch auf Rom der *Fasci* und der Machtübernahme Mussolinis gipfelte. Siehe auch den Artikel auf S. 50

⁸ Näheres hierzu in "Understanding Left Reformism," *Irish Marxist Review* 6, 2013; und in *Lenin for Today*, (Bookmarks, London, 2017), Kapitel 3.

⁹ „In Wirklichkeit kann man nur den *Kampf* „wissenschaftlich“ *vorhersehen*, aber nicht seine konkreten Momente ... Antonio Gramsci, *Gefängnishefte* 11, § 15, S. 1400



VOR 80 JAHREN: TATORT COYOACÁN

Am 20. August 1940 fand ein heimtückischer und brutaler politischer Auftragsmord in Coyoacán (Mexiko) statt, den der Diktator und Massenmörder Stalin persönlich angeordnet hatte. Er sah die junge IV. Internationale als Bedrohung für sein Regime, und er hoffte, sie mit diesem Verbrechen entscheidend schwächen zu können.

■ H. N.

Ihm fiel Leo D. Trotzki zum Opfer. Er erlag am 21. August 1940 den schweren Kopfverletzungen, die ihm ein Killer des stalinistischen Geheimdienstes mit einem Eispickel zugefügt hatte.

Trotzki war ein unermüdlicher und unerschrockener Kämpfer für eine Welt ohne Ausbeutung, Bürokratie, Krieg und Unterdrückung. Die stalinistischen Häscher zwangen ihn zur Flucht um den halben Erdball. Auch das „demokratische“ Deutschland hatte ihm die Einreise verweigert, so dass er letztlich nur in Mexiko dauerhaftes Asyl finden konnte.

Es gibt kaum eine andere Person der Arbeiter*innenbewegung, die so massiv verleumdet, verfolgt und unterdrückt worden ist. Wer war also dieser Mensch, und was können wir noch 80 Jahre später von seinem Engagement lernen?

Ein Revolutionär

Geboren am 8. November 1879 als Sohn von Bauern in der Ukraine, gründet er bereits mit 18 Jahren in Odessa den „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse“ und spürte bald die Repression des zaristischen Russland.

In der Revolution von 1905 wurde er zum Vorsitzenden des Petrograder Sowjets (Rats) gewählt. Nach der Niederschlagung der Bewegung wurde er verurteilt und in die Verbannung nach Sibirien geschickt.

Ihm gelang die Flucht ins Exil, aber er konnte erst viel Jahre später aufgrund des Beginns der Revolution 1917 wieder nach Russland zurückkehren. Danach spielte er in Petrograd gemeinsam mit Lenin die entscheidende Rolle bei der Vorbereitung und Durchführung der Oktoberrevolution.

Er war als Organisator der Roten Armee dafür verantwortlich, dass die militärischen Kräfte der brutalen in- und ausländischen Konterrevolution die junge Räterepublik nicht zerschlagen konnten.

Wegen des Scheiterns der Revolution in Deutschland und in anderen europäischen Ländern, blieb die Sowjetrepublik isoliert. Eine immer stärker werdende Bürokratie unter Stalin brachte die Partei, die 1919 gegründete III. Internationale und das ganze Land unter Kontrolle.

Im Rückblick datierte Trotzki den Sieg der politischen Konterrevolution Stalins auf das Jahr 1923. Gegen die stalinistische Bürokratisierung des Rätestaates wandten sich ab Anfang der 20er Jahre des letzten Jahrhunderts verschiedene Oppositionsgruppen.

Im Herbst 1923 bildete sich die Linke Opposition prominenter Bolschewiki um Leo D. Trotzki und Jewgeni A. Preobraschenski. Sie forderte einen „neuen Kurs“ – insbesondere die Demokratisierung der Kommunistischen Partei und die planmäßige Industrialisierung der sowjetischen Wirtschaft im Bündnis mit der Bauernschaft.

Die bürokratische Unterdrückung dieser Reformbewegung, die von der Parteibasis mehrheitlich unterstützt wurde, war im Wesentlichen bereits im Januar 1924 abgeschlossen. Die machtpolitische Ausschaltung der Opposition verbrämten die neuen Machthaber ideologisch als Kampf gegen eine „kleinbürgerliche Abweichung vom Leninismus“.

Noch im Herbst 1924 starteten sie zudem eine langanhaltende Diffamierungskampagne gegen den „Trotzkismus“. Sie war einerseits an die Abkehr von der internationalen revolutionären Strategie der Oktoberrevolution gekoppelt. Andererseits erfand sie das Dogma vom „Sozialismus in einem Lande“.

Im Februar 1929 wurde Trotzki auf Befehl Josef W. Stalins aus der Sowjetunion ausgewiesen. Erst seitdem konnte

er ernsthaft versuchen, die linksoppositionellen Kräfte auf Weltebene politisch und organisatorisch zu bündeln.

Formell gründete sich die Internationale Linke Opposition (ILO) am 6. April 1930 in Paris. Das war eine Zwischenetappe auf dem weiteren „steinigen Weg“ zur IV. Internationale, um einen Begriff des amerikanischen Revolutionärs George Breitman zu gebrauchen, und für die organisierte Verteidigung des Konzepts der sozialistischen Räte-demokratie.

Die IV. Internationale

Der bedeutendste Text der ILO heißt „Die Internationale Linksopposition, ihre Aufgaben und Methoden“. Er ist im Dezember 1932 von Trotzki verfasst worden. Die darin enthaltenen „Elf Punkte“ („Grundprinzipien der Linken Opposition“) sind eine bemerkenswerte Zusammenfassung des Programms der ILO.

Sie verteidigen die revolutionäre Tradition des Marxismus und des Oktobers 1917 gegen den Stalinismus. In ihrem Kern – Unabhängigkeit der proletarischen Partei, internationaler Charakter der Revolution, systematische linke Gewerkschaftsarbeit, Politik der Massenmobilisierung, Übergangsforderungen, Einheitsfronttaktik und Parteidemokratie – sind sie auch heute noch aktuell.

Anfang 1933, nur 15 Jahre nach der Novemberrevolution, konnten die Nazis die deutsche Arbeiter*innenbewegung vernichtend schlagen. Das politische Versagen der sozialdemokratischen II. und der stalinistischen III. Internationale (Komintern) war offenkundig geworden.

Die bedeutendsten sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien der damaligen kapitalistischen Welt wollten keine Einheitsfront gegen den Faschismus schaffen. Auch die deutschen Gewerkschaften hatten kampflos kapituliert.

Trotzki analysierte in zahlreichen Broschüren, Artikeln und Briefen den Aufstieg und den Sieg des Faschismus in Deutschland. Die bis heute unerreichte Klarsichtigkeit seiner Texte ist umso mehr zu würdigen, als er sie in seinem türkischen Exil Prinkipo und damit weitab von Deutschland verfasst hat.

1933 war eine historische Niederlage, die bis heute nachwirkt. Auch für die Internationale Linke Opposition (ILO), die sich ab Herbst 1933 Liga der Kommunisten-Internationalisten (LKI) nannte, sollte das Konsequenzen haben. Das bisherige – maßgeblich unter dem Einfluss Trotzki beschlossene – Ziel einer „Reform“ der Komintern wurde aufgegeben.

Stattdessen wurde nun – ebenfalls auf energisches Betreiben Trotzki – der Aufbau einer neuen, keineswegs als „trotskistisch“ verstandenen Internationale auf die Tagesordnung der ILO bzw. LKI gesetzt.

Er wollte unter allen Umständen verhindern, dass die revolutionäre Linke wie schon im Ersten Weltkrieg sich auch in einem erwarteten Zweiten Weltkrieg völlig zersplittert zeigte. Unter widrigsten Umständen war er die treibende Kraft bei diesem Unterfangen.

Der Stalinismus in Russland, der Faschismus in Italien und Deutschland, die konterrevolutionären Erfolge in Belgien, Frankreich und Spanien vertieften jedoch die Krise der Arbeiter*innenbewegung im Allgemeinen und der sozialistischen/kommunistischen Linken im Besonderen.

Katastrophale Auswirkungen hatten auch die sogenannten Säuberungen in der Sowjetunion. Sie begannen auf Befehl Stalins nach dem ersten Moskauer Prozess von August 1936 gegen 16 führende Bolschewiki, darunter Leo B. Kamenjew und Grigori J. Sinowjew.

Zehntausende russischer Kommunist*innen, fast die gesamte „alte Garde“ der Oktoberrevolution, die Mehrheit der Führung der Roten Armee und die meisten ausländischen KP-Funktionär*innen, die als Emigrant*innen in Moskau waren, fielen dem stalinistischen Terror zum Opfer.

Es gelang Stalin und seiner Clique, die große Mehrheit der revolutionären Strömungen physisch zu liquidieren oder wenigstens zu demoralisieren.

Was den Stalinisten aber zunächst nicht gelang, war die Stimme Ihres schärfsten Kritikers, Leo D. Trotzki, zum Schweigen zu bringen. Unter widrigsten Umständen schrieb er nicht nur eine brillante Analyse des Stalinismus (*Verratene Revolution*, 1936), sondern widerlegte mit Hilfe der Dewey-Kommission die unglaublichen Lügen der Moskauer Prozesse.

Stalinistischer Vernichtungskrieg

Die Hetze gegen den „Trotzkismus“, der im Mittelpunkt der Anklagen aller drei Moskauer Prozesse stand, wurde noch einmal in grotesker Form gesteigert.

Stalin ebnete damit konkret auch den Weg für den Vernichtungskrieg seiner kriminellen Geheimpolizei gegen die Bewegung für die IV. Internationale sowie für die Ermordung Trotzki und seiner meisten Familienangehörigen.

Zudem waren Tausende andere seiner Unterstützer*innen in den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts politisch verfolgt. Vor allem in stalinistischen und

faschistischen Gefängnissen und Lagern kamen viele von ihnen oft qualvoll zu Tode.

Angesichts dieser bedrohlichen Umstände grenzt die formelle Konstituierung der IV. Internationale am 3. September 1938 fast an ein Wunder. Fünf Jahre hartnäckiger Vorbereitungsarbeit hatten ihr trotz vieler Rückschläge den Weg geebnet. Dies ist vor allem das Verdienst Leo D. Trotzki.

Gegen den Strom

Die neu gegründete Internationale beanspruchte nichts weniger, als einen neuen Aufschwung der Weltrevolution vorbereiten und anführen zu können. Das war ihre Perspektive für die Zeit nach dem Ende des damals erst bevorstehenden Zweiten Weltkriegs.

Das „Übergangsprogramm“, ein im Wesentlichen von Trotzki verfasster Text, leistete den bedeutendsten inhaltlichen Beitrag für die Gründungskonferenz. Unter der Überschrift „Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der IV. Internationale“ knüpft es an das strategische Erbe der Oktoberrevolution an.

Es will „den Massen in ihren Tageskämpfen helfen, die Brücke zu finden zwischen ihren aktuellen Forderungen und dem Programm der sozialistischen Revolution. Diese Brücke sollte aus einem System von Übergangsforderungen bestehen, die ausgehen von den heutigen Bedingungen und dem heutigen Bewusstsein breiter Schichten der Arbeiterklasse und unweigerlich zu ein und demselben Schluss führen: der Eroberung der Macht durch das Proletariat.“

Auch heute hat dieser klassische Text der IV. Internationale – trotz aller grundlegenden Veränderungen seitdem – seine methodische Bedeutung nicht verloren.

Dennoch ist festzuhalten: Ohne die Existenz der schwachen internationalen Organisation wäre die revolutionäre Kontinuität völlig unterbrochen worden. Ihr bloßes Überleben bedeutete einen nicht zu unterschätzenden Erfolg.

Ein unschätzbares Erbe

Der viel zu früh verstorbene französische Genosse Daniel Bensaïd hat geschrieben, dass „die Geschichte des Trotzkismus [ohne Anführungszeichen!] den eminent politischen Anspruch [zeigt], nicht nach- oder aufzugeben, nicht die Waffen zu strecken. Der postume Sieg von Trotzki und seinen bekannten wie unbekannten Erben lag in der Entfaltung von Schätzen von Mut und Geisteskraft, um nicht die Orientierung zu verlieren, während so viele bekannte Köpfe sich aus Überdruß oder Opportunismus den Siegern des Augenblicks anschlossen ...

Man muss nur die Ruinenfelder des zersprengten Stalinismus oder der zum Neoliberalismus konvertierten Sozialdemokratie betrachten – jene geschichtliche Konfusion, theoretische Sterilität, politische Inkonsistenz und die Unfähigkeit, eine Vergangenheit zu erklären, die nicht vergehen will –, um den wirklichen Preis jenes Sieges in der Niederlage ermessen zu können. Er bewahrt die Möglichkeit, von Neuem beginnen zu können.“

Neu bei ISP



Paul Michel (Hrsg.)

Die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung

Licht und Schatten

Mit Beiträgen von Jean-Arnault Dérens, Catherine Samary und Paul Michel

145 Seiten, 14,80 Euro

ISBN 3-89900-156-3

Die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung und die damit verbundene Selbstverwaltung in den Kommunen sind heutzutage fast vergessen. In den 1950er und 1960er Jahren war das Projekt, das die jugoslawischen Kommunisten »erfunden« hatten, nachdem sie 1948 von Stalin exkommuniziert worden waren, in aller Munde.

Die Beiträge von Jean-Arnault Dérens, Catherine Samary und Paul Michel rufen die Bemühungen der 1950er und 1960er Jahre in unser Gedächtnis zurück, in Jugoslawien einen Sozialismus zu schaffen, in dem die Menschen an der Basis, in den Betrieben und Gemeinden, das Heft selbst in die Hand nehmen. Im neuen System der Arbeiterselbstverwaltung wirkten von Beginn an neben diesen emanzipatorischen Ansätzen die Kräfte des Marktes als Destruktivkräfte: Die ihnen innewohnende Dynamik wurde nicht eingedämmt, sondern gefördert und konnte sich immer ungehemmter entfalten. Das Buch zeichnet Licht und Schatten in den realen gesellschaftlichen Experimenten der 1950er Jahre nach, die widersprüchlich, chaotisch und innovativ waren und in den 1960er Jahren der jugoslawischen Führung eine grundsätzliche Weichenstellung aufzwingen.

Die Erfahrungen mit der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien geben Denkanstöße zur nach wie vor ausstehenden »Neuvermessung der Utopie«. Sie geben aber auch einen Eindruck davon, welche Abgründe sich beim Beschreiten dieses Wegs auftun können.

Neuer ISP Verlag GmbH

☎ (0721) 3 11 83

neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

LEO TROTZKI – PROPHET DER OKTOBERREVOLUTION

Leo Trotzki war einer der wenigen, wenn nicht sogar der einzige russische Marxist, der den Verlauf der Ereignisse vom Oktober 1917 bereits 1905 in seinen Grundzügen vorausgesehen hat – als „permanente Revolution“.

■ Michael Löwy

Aber er begnügte sich nicht mit Vorhersagen: Als „bewaffneter Prophet“ trug er aktiv zur Verwirklichung seiner Vorhersagen bei.

Und dies war nicht die einzige „Prophezeiung“ des jungen Trotzki. In *Unsere politischen Aufgaben*, einer Broschüre aus dem Jahr 1904, kritisierte er – ähnlich wie Rosa Luxemburg – den Jakobinismus der Bolschewiki und ihre Neigung zum Substitutionismus. Nachdem Trotzki 1917 der bolschewistischen Partei beigetreten war, entkam er vor allem in den Jahren 1920 bis 1922 dieser „substitutionistischen“ Logik nicht, bevor er ab 1923 zum Hauptkritiker des Stalinismus wurde.

Theorie der permanenten Revolution

Trotzkis Theorie der permanenten Revolution – zunächst nur auf die russischen Probleme bezogen, ohne den Anspruch einer universellen Bedeutung – entstand in den russischen revolutionären Wirren von 1905/1906. Seine Thesen zum Charakter dieser Revolution stellten einen radikalen Bruch mit den in der Zweiten Internationale vorherrschenden Vorstellungen über die Zukunft Russlands dar. Marx und Engels hatten in ihrem Vorwort zur zweiten russischen Ausgabe des *Kommunistischen Manifests* (1882) ohne Bedenken geschrieben: „Wird die russische Revolution das Signal einer proletarischen Revolution im Westen, so daß beide einander ergänzen, so kann das jetzige russische Gemeineigentum am Boden zum Ausgangspunkt einer kommunistischen Entwicklung dienen.“¹ Nach ihrem Tod wurde diese Spur – der russischen

Volkstümmlerbewegung verdächtig affin – jedoch aufgegeben. Bald wurde es unter den „orthodoxen“ Marxisten und Marxistinnen, den russischen wie den europäischen, zu einer allgemeinen Prämisse – fast zu einem Glaubensartikel –, dass die künftige russische Revolution unweigerlich einen strikt *bürgerlich*-demokratischen Charakter haben werde: Abschaffung des Zarismus, Errichtung einer demokratischen Republik, Beseitigung feudaler Überreste auf dem Lande, Verteilung des Lands an die Bauern. Alle Fraktionen der russischen Sozialdemokratie nahmen diese Annahme als ihren unumstrittenen Ausgangspunkt; wenn sie miteinander stritten, ging es um die unterschiedlichen Interpretationen der Rolle des Proletariats in dieser bürgerlichen Revolution und ihrer Klassenbündnisse: Sollte die liberale Bourgeoisie (Menschewiki) oder die Bauernschaft (Bolschewiki) dabei den Vorzug haben?

Trotzki war der erste und viele Jahre lang der einzige Marxist, der *dieses sakrosankte Dogma in Frage stellte*. Vor 1917 war er der einzige, der nicht nur die hegemoniale Rolle der Arbeiterbewegung in der russischen Revolution – eine These, die auch von Parvus, Rosa Luxemburg und in einigen Texten von Lenin geteilt wurde –, sondern auch die Möglichkeit eines *Hinüberwachsens der demokratischen Revolution zu einer sozialistischen Revolution* im Auge hatte.²

Im Laufe des Jahres 1905 formulierte Trotzki in verschiedenen Artikeln für die revolutionäre Presse erstmals seine neue Doktrin, die er später in seinem Essay „Ergebnisse und Perspektiven“ von 1906 systematisierte³. Er war zweifellos von Parvus beeinflusst, aber dieser ging nie über die Idee einer Arbeiterregierung hinaus, die ein streng demokratisches (bürgerliches) Programm durchführte: Parvus wollte sehr wohl die Lokomotive der Geschichte auswechseln, nicht aber die Gleise ...⁴

Auf den Ausdruck „permanente Revolution“ scheint Trotzki durch einen Artikel von Franz Mehring, der im November 1905 in der *Neuen Zeit* erschien⁵, gekommen zu sein; aber die Bedeutung, die der deutsche sozialistische Schriftsteller ihm verlieh, war viel weniger radikal und va-

ger, als das in den Schriften des russischen Revolutionärs der Fall sein sollte. Trotzki war der Einzige, der es wagte, bereits 1905 die Möglichkeit einer Revolution vorzuschlagen, die „sozialistische Aufgaben“ erfüllt – d. h. die Enteignung der Großkapitalisten in Russland – eine Hypothese, die von den anderen russischen Marxist*innen einhellig als utopisch und abenteuerlich abgelehnt wurde.

Eine sorgfältige Untersuchung der Wurzeln von Trotzki's politischer Kühnheit und seiner Theorie der permanenten Revolution zeigt, dass seine Positionen auf einer Interpretation des Marxismus und der dialektischen Methode beruhten, die sich sehr von der in der Zweiten Internationale vorherrschenden Orthodoxie unterschied. Dies lässt sich zumindest teilweise durch den Einfluss von Antonio Labriola erklären, des ersten marxistischen Philosophen, den der junge Trotzki studierte⁶ und dessen hegelianisch-marxistischer Ansatz dem damals so einflussreichen vulgären Positivismus und Materialismus diametral entgegengesetzt war. Einige der charakteristischen Merkmale der marxistischen Methodologie, die in den Schriften des jungen Trotzki und in seiner Theorie der russischen Revolution zutage treten:

1 Als Befürworter einer dialektischen Auffassung von der Einheit der Gegensätze kritisierte Trotzki die von den Bolschewiki praktizierte rigide Trennung zwischen der sozialistischen Herrschaft des Proletariats und der „demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern“ als eine „logische, rein formale Operation“.⁷ Zudem verurteilt er in einer erstaunlichen Passage einer Polemik gegen den Menschewiken Tscherewanin den analytischen, d. h. abstrakten, formalen, vordialektischen Charakter seines politischen Ansatzes: „Tscherewanin baut seine Taktik, wie Spinoza seine Ethik, auf die geometrische Methode auf.“⁸

2 Trotzki lehnt den *Ökonomismus*, eines der wesentlichen Merkmale von Plechanows Marxismus, ausdrücklich ab. Dieser Bruch ist eine der grundlegenden methodologischen Voraussetzungen für die Theorie der permanenten Revolution, wie diese bekannte Passage aus „Ergebnisse und Perspektiven“ belegt: „Die Vorstellung, daß die proletarische Diktatur irgendwie automatisch von den technischen Kräften und Mitteln eines Landes abhinge, ist das Vorurteil eines bis ins Extrem vereinfachten ‚ökonomischen‘ Materialismus. Mit Marxismus hat eine solche Auffassung nichts gemein.“⁹

3 Trotzki's Geschichtsauffassung ist *nicht fatalistisch*, sondern *offen*: Die Aufgabe des Marxismus, schreibt er, besteht darin, „die ‚Möglichkeiten‘ der sich entwickelnden Revolution mit Hilfe der Analyse ihres inneren Mechanismus zu erkennen“.¹⁰ Die permanente Revolution ist kein vorherbestimmtes Ergebnis, sondern eine *objektive Möglichkeit*,

eine legitime und realistische Möglichkeit, es hängt von unzähligen subjektiven Faktoren und unvorhersehbaren Ereignissen ab, ob sie eintritt.

4 Während die meisten russischen Marxisten aufgrund ihrer Polemik gegen die Volkstümlerbewegung dazu neigten, jede Spezifik der russischen Gesellschaftsformation zu leugnen und auf der unvermeidlichen Ähnlichkeit der sozioökonomischen Entwicklung Westeuropas und der Zukunft Russlands zu bestehen, formulierte Trotzki eine neue dialektische Position. Indem er sowohl den slawophilen Partikularismus der Narodniki als auch den abstrakten Universalismus der Menschewiki kritisierte, entwickelte er eine konkrete Analyse, die gleichzeitig den Besonderheiten der russischen Formation und den Auswirkungen der allgemeinen Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung auf das Land Rechnung trägt.

Die Kombination all dieser methodologischen Innovationen machten „Ergebnisse und Perspektiven“ – den berühmten Aufsatz, den Trotzki 1906 im Gefängnis verfasste – zu einem einzigartigen Text. Aus einer Untersuchung der ungleichen und kombinierten Entwicklung in Russland – deren Resultat eine schwache, halb-ausländische Bourgeoisie und ein modernes, außergewöhnlich stark konzentriertes Proletariat waren – kommt er zu dem Schluss, dass nur die Arbeiterbewegung, mit Unterstützung der Bauernschaft, eine demokratische Revolution in Russland durchführen kann, indem die Autokratie und die Macht der Grundherren gestürzt werden. Faktisch wurde diese Perspektive einer Arbeiterregierung in Russland von anderen russischen Marxisten – insbesondere von Parvus – geteilt. *Die radikale Neuheit der Theorie der permanenten Revolution lag weniger in ihrer Definition des Klassencharakters der künftigen russischen Revolution als vielmehr in der Konzeption der historischen Aufgaben dieser Revolution.* Trotzki's entscheidender Beitrag war die Vorstellung, dass die russische Revolution über die Grenzen einer tiefgreifenden demokratischen Transformation hinausgehen und antikapitalistische Maßnahmen mit eindeutig sozialistischem Inhalt ergreifen könnte. Sein Hauptargument für diese ikonoklastische Annahme war schlicht und einfach: „Die politische Herrschaft des Proletariats ist unvereinbar mit seiner ökonomischen Versklavung.“¹¹ Warum sollte das Proletariat, wenn es einmal an der Macht ist und die Zwangsmittel kontrolliert, die kapitalistische Ausbeutung weiter hinnehmen? Selbst wenn es sich zunächst auf ein Minimalprogramm beschränken wollte, würde es sich der Logik seiner Position entsprechend zum Ergreifen von kollektivistischen Maßnahmen veranlasst sehen. Trotzki war jedoch auch davon überzeugt, das russische Proletariat kön-

ne sich ohne die Ausbreitung der Revolution auf Westeuropa kaum lange an der Macht halten.

Als Kommentar zu Trotzki's Vorstellungen in „Ergebnisse und Perspektiven“ schrieb Isaac Deutscher in einer der schönsten Passagen seiner Biographie über den Gründer der Roten Armee:

„Ob man seine Botschaft voller Furcht oder Hoffnung vernimmt, ob man ihn als den inspirierten Herold eines neuen Zeitalters betrachtet, das alles Dagewesene durch seine Errungenschaften und seine Größe übertrifft, oder als das Orakel der Zerstörung und des Unheils, man kann sich der Größe und Kühnheit seiner Vision nicht entziehen. Er erkundete die Zukunft wie einer, der von der Spitze eines Berges einen neuen und unermesslichen Horizont erspäht und auf ausgedehnte, unerforschte Ziele in der Ferne hinweist. (...) Er täuschte sich über die genaue Richtung einer Hauptstraße; zwei oder mehr Marksteine verschwammen ihm zu einem einzigen; und fatalerweise übersah er eine der Felsschluchten, in die er eines Tages selbst – seinem Schicksal entgegenneidend – hinabstürzen würde. Aber die einzigartige Weite seines Horizontes gereichte ihm zur Befriedigung. Verglichen mit dieser Vision, die Trotzki in seiner Festungszelle erblickte, sind die politischen Voraussagen seiner erlauchten und weisesten Zeitgenossen, Lenin und Plechanow eingeschlossen, zaghaft oder konfus.“¹²

Die Ereignisse von 1917 haben Trotzki's grundlegende Vorhersagen zwölf Jahre zuvor in der Tat auf dramatische Weise bestätigt. Die Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien und ihrer Verbündeten im gemäßigten Flügel der Arbeiterbewegung, den revolutionären Bestrebungen der Bauernschaft und dem Wunsch des Volkes nach Frieden gerecht zu werden, schuf die Voraussetzungen für eine Radikalisierung der revolutionären Bewegung von Februar bis Oktober. Die sogenannten „demokratischen Aufgaben“ wurden, was die Bauernschaft angeht, erst nach dem Sieg der Sowjets erfüllt.¹³ Doch einmal an der Macht, konnten sich die Revolutionär*innen des Oktobers nicht auf rein demokratische Reformen beschränken; die Dynamik des Klassenkampfes zwang sie dazu, explizit sozialistische Maßnahmen zu ergreifen. In der Tat wurden die Bolschewiki und ihre Verbündeten angesichts des ökonomischen Boykotts der besitzenden Klassen und der wachsenden Gefahr einer allgemeinen Lähmung der Produktion – viel früher als vorgesehen – zur Enteignung des Kapitals veranlasst: Im Juni 1918 verfügte der Rat der Volkskommissare die Vergesellschaftung der wichtigsten Industriezweige.

Mit anderen Worten, die Revolution von 1917 durchlief einen Prozess *ununterbrochener* revolutionärer Entwicklung von ihrer (nicht abgeschlossenen) „bürgerlich-demokratischen“ Phase im Februar bis zu ihrer „proletarisch-sozialistischen“ Phase, die im Oktober begann. Mit Unterstützung der Bauernschaft *kombinierten* die Sowjets demokratische Maßnahmen (die Agrarrevolution) mit sozialistischen Maßnahmen (Enteignung der Bourgeoisie) und eröffneten damit einen „nichtkapitalistischen Weg“, eine Periode des Übergangs zum Sozialismus. Aber die bolschewistische Partei konnte die Führung dieser gigantischen sozialen Bewegung, die „die Welt erschütterte“, nur dank der radikalen strategischen Neuorientierung übernehmen, die Lenin im April 1917 initiierte, und zwar aus einer Perspektive, die der permanenten Revolution recht nahe kam. Es ist kaum nötig hinzuzufügen, dass Trotzki als Vorsitzender des Petrograder Sowjets, Führungsmitglied der bolschewistischen Partei und Gründer der Roten Armee beim sozialistischen „Hinüberwachen“ der Oktoberrevolution selbst eine entscheidende Rolle spielte.

Gefahren, die die Arbeiterdemokratie von innen bedrohen

Bleibt die umstrittene Frage der internationalen Ausdehnung der Revolution: Haben die Ereignisse Trotzki's bedingte Vorhersage bestätigt, ohne Revolution in Europa sei die proletarische Macht in Russland dem Untergang geweiht? Ja und nein. Die Arbeiterdemokratie in Russland hat die Niederlage der europäischen Revolution (1919 bis 1923) nicht überlebt; aber ihr Niedergang führte nicht, wie Trotzki 1906 dachte, zu einer Restauration des Kapitalismus – die sollte erst viel später stattfinden, nach 1991 –, sondern zu einer unvorhergesehenen Entwicklung: der Ablösung der Arbeitermacht durch die Diktatur einer bürokratischen Schicht, die aus der Arbeiterbewegung selbst hervorging.

Trotzki hatte dieses Ergebnis 1905/1906 nicht vorausgesehen, doch hatte er etwa zur gleichen Zeit eine Vorahnung von den Gefahren, die die Arbeiterdemokratie von innen her bedrohen.

Kurz nach dem Parteitag der russischen Sozialdemokratie von Juli/August 1903, auf dem die Spaltung zwischen Menschewiki und Bolschewiki stattfand, veröffentlichte Trotzki die Broschüre *Unsere politischen Aufgaben* (1904).¹⁴ Wie Rosa Luxemburg etwa zur gleichen Zeit (siehe ihren Artikel „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“, der im Juli 1904 in der deutschen sozialistischen Zeitschrift *Neue Zeit* und auf Russisch in *Iskra*

erschien¹⁵⁾ kritisierte er Lenin und seine Genoss*innen wegen ihrer jakobinisch inspirierten „zentralistischen“ und autoritären Auffassungen. Lenin hatte nicht gezögert, in *Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück* (1904) zu schreiben, der revolutionäre Sozialdemokrat sei nichts anderes als ein „Jakobiner, der untrennbar verbunden ist mit der Organisation des Proletariats“¹⁶⁾. Dem jungen Trotzki zufolge gelte es, eine Entscheidung zwischen Jakobinismus und Marxismus zu treffen, denn der revolutionäre Sozialdemokrat und der Jakobiner repräsentierten „zwei Welten, zwei Doktrinen, zwei Taktiken, zwei Mentalitäten – durch eine tiefe Kluft getrennt“.¹⁷⁾

Leitmotiv des Pamphlets war die Gefahr des „Substitutionismus“¹⁸⁾, die von den Methoden ausging, für die Lenin eintrat: Trotzki zufolge führen die Vorstellungen des Autors von *Was tun?* dazu, dass die Partei an die Stelle der Arbeiterklasse tritt, während innerhalb der Partei zuerst „die Parteiorganisation die Partei selbst, das ZK die Parteiorganisation und schließlich ein Diktator das ZK ersetzt“¹⁹⁾. Man kann diese Kritik Lenin gegenüber für ungerecht halten, sie ist jedoch – mit visionärer Intuition – ein getreuer Spiegel der stalinistischen Zukunft der UdSSR.²⁰⁾ Trotzki lehnte diese Herangehensweise ab und gab zwei alternative Parolen aus: „Hoch die Selbsttätigkeit des Proletariats – Nieder mit der politischen Substitution!“²¹⁾

Noch mehr als gegen Lenin begehrte Trotzki gegen die beunruhigenden Lehren auf, die von bestimmten bolschewistischen Komitees wie denen des Urals in einem Text vorgetragen wurde, der als Beilage zur *Iskra* veröffentlicht wurde: „(...) haben die Autoren dieses Dokuments den Mut, offen zu erklären, daß die Diktatur des Proletariats sich ihnen als Diktatur *über das Proletariat* darstellt: nicht die selbsttätige Arbeiterklasse, die das Schicksal der Gesellschaft in ihre Hände nimmt, sondern die ‚starke und mächtige Organisation‘, die über das Proletariat und durch es über die Gesellschaft herrscht, wird den Übergang zum Sozialismus sichern.“²²⁾ Diktatur über das Proletariat – in wenigen Worten war das zentrale Thema der Debatte angesprochen.

Gegenüber diesem „uralischen Manifest“, das „keine Kuriosität, sondern das Symptom einer viel ernsteren Gefahr ist, die unsere Partei bedroht“, und dessen Schlussfolgerungen „selbst diejenigen erschrecken, die nicht besonders ängstlich sind“, beharrte Trotzki auf der Notwendigkeit einer pluralistischen Demokratie bei der Ausübung der revolutionären Macht:

„Die Aufgaben des neuen Regimes sind so kompliziert, daß sie nicht anders gelöst werden können als mittels des Wettstreits verschiedener Methoden des

ökonomischen und politischen Aufbaus, mittels langer ‚Streitgespräche‘, mittels systematischen Kampfes, nicht nur der sozialistischen Welt mit der kapitalistischen, sondern auch der verschiedenen Strömungen innerhalb des Sozialismus untereinander, Strömungen, die sich unvermeidlich einstellen werden, sobald die Diktatur des Proletariats Dutzende und Hunderte neuer, von niemand im Voraus lösbarer Probleme aufstellen wird. Und keine ‚starke und mächtige Organisation‘ wird zur Beschleunigung und Vereinfachung des Prozesses diese Strömungen und Meinungsverschiedenheiten unterdrücken können, weil es nämlich nur zu klar ist, dass das Proletariat, wenn es fähig zur Diktatur über die Gesellschaft ist, nicht die Diktatur über sich selbst ertragen wird.“²³⁾

Zwar ist die Schlussfolgerung viel zu optimistisch, doch ist verblüffend, welch einen vorausschauenden, ja prophetischen Charakter dieser Text von Trotzki hat, und dass er dazu imstande war, die gefährlichen – autoritären und antidemokratischen – Tendenzen, „bei denen es“ einem „kalt überläuft“²⁴⁾, wahrzunehmen, die in bestimmten Strömungen der bolschewistischen Bewegung am Werk waren.

Im Juli 1917 trat Trotzki der bolschewistischen Partei bei. Diese Entscheidung ergab sich zum einen aus dem endgültigen Bruch mit den Menschewiki 1915 (mit denen er 1912 ein Bündnis, den „Augustblock“, geschlossen hatte), zum anderen aus den tiefgreifenden Veränderungen, die der Bolschewismus durchlaufen hatte. Er war nicht nur zu einer Partei geworden, die in der Bewegung der Massen steckte, sondern hatte unter dem Impuls von Lenins Aprilthesen²⁵⁾ einen Linksruck vollzogen, der die wesentlichen Aspekte der Strategie der permanenten Revolution enthielt (einige „alte Bolschewiki“ beschuldigten Lenin im April 1917 sogar, er sei ein „Trotzkist“ geworden ...).²⁶⁾ Trotzki's Anschluss an den Bolschewismus war dauerhaft: Von diesem Zeitpunkt an und bis zu seinem Tod 1940 wurden der Bezug auf den Leninismus und die Überzeugung von der entscheidenden Bedeutung der Partei als revolutionärer Führung zu einem zentralen Bestandteil seines politischen Denkens.

Substitutionistische Irrungen und die Wende von 1923

Die ersten Jahre der Sowjetmacht (1917 bis 1923) waren durch zunehmende Einschränkungen der demokratischen Freiheiten gekennzeichnet – obwohl sie von dem totalitären stalinistischen System noch weit entfernt waren. Während Rosa Luxemburg sich mit den Bolschewiki solidarisch zeigte, äußerte sie sich in ihrer berühmten Broschüre *Die Russische Revolution* (1918)²⁷⁾ dennoch kritisch zu den au-

toritären Maßnahmen des neuen revolutionären Regimes: Auflösung der Verfassungsgebenden Versammlung, Verbot der Oppositionsparteien und der oppositionellen Presse usw.

Leo Trotzki teilte die Verantwortung für diese Orientierung mit Lenin und seinen Genoss*innen. Zwischen 1920 und 1922 nahm sie bei ihm sogar eine recht ausgeprägte Form an, die von einem extremen Zentralismus geprägt war, die Vorschläge zur Militarisierung der Arbeit und zur Verstaatlichung der Gewerkschaften – die Lenin und die Mehrheit der Partei ablehnten – waren der offensichtlichste Ausdruck davon. Er versuchte gewissermaßen, selber einige der substitutionistischen Thesen, deren Gefahr er 1904 angeprangert hatte, in die Praxis umzusetzen.

In dieser Periode entwickelte Trotzki Vorstellungen und Argumente, die stark von einem „jakobinisch“ inspirierten Autoritarismus geprägt sind. Das ist bei Büchern wie *Terrorismus und Kommunismus* (1920, eine Antwort auf Kautskys Kritik)²⁸ oder *Zwischen Imperialismus und Revolution* (1922, ein Versuch, den sowjetischen Einmarsch in Georgien zu legitimieren)²⁹ der Fall, gilt aber auch für andere Stellungnahmen in damaligen politischen Debatten. So hat er zum Beispiel in seinen Reden auf dem 10. Parteitag der Russischen Kommunistischen Partei (März 1921) offen die These aufgestellt, die Partei müsse ihre Diktatur „ohne Rücksicht auf ein zeitweiliges Schwanken in der spontanen Massensympathie, ohne Rücksicht auch auf die vorübergehenden Unsicherheiten in der Arbeiterklasse“ aufrechterhalten.³⁰ Und in einem Redebeitrag auf dem Zweiten Kongress der Komintern (Juli 1920) entwickelte er dieses großartige Stück substitutionistischer Ideologie:

„Heute haben wir von der polnischen Regierung den Vorschlag bekommen, Frieden zu schließen. Wer entscheidet diese Frage? Wir haben den Rat der Volkskommissare, aber er muß ja auch einer gewissen Kontrolle unterstehen. Wessen Kontrolle? Der Arbeiterklasse als einer formlosen chaotischen Masse? Nein. Da haben wir die Zentrale der Partei zusammenberufen, um den Vorschlag zu erörtern und zu entscheiden, ob man ihn beantworten soll. Und wenn wir Krieg führen, neue Divisionen zu bilden, die besten Elemente dafür suchen müssen, wohin wenden wir uns? An die Partei, an das Zentralkomitee (...).“³¹

Trotzki hatte im gleichen Zeitraum eine viel differenziertere Haltung zu den Problemen, die sich der Dritten Internationale stellten. Seine Auffassung von der Beziehung zwischen „der Partei“ und „den Massen“ in Europa unterschied sich stark von der, die er für Sowjetrußland vertrat,

wenn sie dazu nicht sogar im Widerspruch stand. In einer Rede aus der gleichen Zeit betonte er im Zusammenhang mit Italien mit Bedacht: „Die Idee, den Willen der Massen durch die Entschlossenheit der sogenannten Avantgarde zu ersetzen, ist absolut unzulässig und unmarxistisch“³²; und im November 1920 verteidigte er in einer Rede über Deutschland im Exekutivkomitee der Komintern das Prinzip der dialektischen Wechselseitigkeit zwischen der Führung und der Basis der Bewegung: „Die Erziehung der Massen und die Auswahl der Führer, die Entwicklung der Selbstbetätigung der Massen und die *Einführung einer entsprechenden Kontrolle über die Führer*, – das sind alles miteinander verknüpfte und gegenseitig bedingte Erscheinungen und Vorgänge.“³³

Die große Wende sollte 1923 kommen, als Trotzki sich des allmählichen Aufstiegs der bürokratischen Macht innerhalb der Partei und des Sowjetstaates bewusst wurde. In *Der neue Kurs* prangerte er die Tendenz des Apparates, „die Führungskader (...) der Masse der Parteimitglieder entgegenzustellen, die als Objekt der Beeinflussung gesehen wird“³⁴, sowie die Gefahr des „Substitutionismus“ an, die entsteht, wenn die Methoden des Apparates die lebendige und aktive Demokratie innerhalb der Partei auslöschen, d. h. wenn „die Führung der Partei durch das Administrieren ihrer ausführenden Organe (Komitee, Büros, Sekretäre usw.)“ ersetzt wird.³⁵ Er wurde bald zum Hauptgegner der stalinistischen Bürokratie, und in seinen späteren Schriften – wie *Verratene Revolution* (1936)³⁶ – sind die Plädoyers für sozialistische Demokratie und Pluralismus fast wortwörtlich wieder wie in *Unsere politischen Aufgaben* zu finden.

Als er kurz vor seiner Ermordung an seiner Stalin-Biographie schrieb, kam er ein letztes Mal auf dieses Frühwerk zurück, das er einem nuancierten Urteil unterzog:

„In meiner 1904 geschriebenen Broschüre ‚Unsere politischen Aufgaben‘, die in Bezug auf meine Kritik an Lenin ziemlich viel Unreifes und Irrtümliches enthält, finden sich immerhin einige Seiten, die eine ganz richtige Idee von der Mentalität der ‚Komiteeschiks‘ jener Tage geben (...). Der Kampf, den Lenin ein Jahr später, auf dem Parteitag [3. Parteitag, April/Mai 1905 in London, M.L.] gegen die hochmütigen Komiteeleute auszufechten hatte, bestätigt vollauf, daß meine Kritik gerechtfertigt gewesen war.“³⁷

Dennoch wies Trotzki die These, wonach „der zukünftige Stalinismus bereits in der bolschewistischen Zentralisation seine Wurzeln hatte“, als nichtssagend und ohne historische Grundlage zurück; diese seien nicht in dem abstrakten „Prinzip“ des Zentralismus zu suchen, auch nicht in

der Hierarchie der Berufsrevolutionär*innen im Untergrund, sondern in den konkreten Bedingungen Russlands vor und nach 1917.³⁸ Paradoxiertweise scheinen ihm die stalinistischen Säuberungen die schlagkräftigste Antwort auf die Kritiker und Kritikerinnen des Bolschewismus zu geben: Erst durch das Massaker an der gesamten bolschewistischen alten Garde konnte Stalin seine Macht endgültig festigen.

Das Argument ist richtig, aber man kommt nicht umhin, die Rolle bestimmter autoritärer Traditionen des Bolschewismus vor 1917 und der undemokratischen Praktiken der Jahre 1918 bis 1923 für den Aufstieg des Stalinismus zu hinterfragen: Haben die Oktoberrevolutionäre nicht in gewissem Maße – unfreiwillig – zur Entstehung des bürokratischen Golems beigetragen, der sie vernichten sollte?

Dieser Artikel ist im Februar 1999 unter dem Titel „Leon Trotsky, profeta da Revolução de Outubro“ in der dritten Ausgabe der Zeitschrift *Outubro* (Oktober) veröffentlicht worden, die seit 1998 von dem Instituto de Estudos Socialistas in São Paulo herausgegeben wird (<http://outubrorevista.com.br/leon-trotsky-um-profeta-da-revolucao-de-outubro>). Die Anmerkungen, die durch eckige Klammern kenntlich gemacht sind, stammen vom Übersetzer.

Michael Löwy ist 1938 in Brasilien geboren worden und dort aufgewachsen, seit 1969 lebt er vorwiegend in Paris. Er ist Sozialwissenschaftler, Ökosozialist, Mitglied von „Ensemble!“ und zugleich der NPA.

■ Übersetzung und Bearbeitung: Wilfried Dubois.

1 „Vorrede zur zweiten russischen Ausgabe des ‚Manifests der Kommunistischen Partei‘“ (London, 21. Januar 1882), in: Karl Marx / Friedrich Engels, *Werke*, Bd. 19, Berlin: Dietz Verlag, 1962, S. 296.

2 [Ausführlicher hierzu: Michael Löwy, *Revolution ohne Grenzen*. Die Theorie der permanenten Revolution, Frankfurt a. M.: isp-Verlag, 1987 (Originalausgabe auf Englisch: 1981).]

3 [„Itogi i perspektivy“, in: N. Trotzki, *Nascha rewoljuzija*, S.-Peterburg: Knigoizdatelstwo N. Glagolewa, o. J. {1906 oder 1907?}, S. 224–286.

Erste vollständige Ausgabe auf Deutsch: Leo Trotzki, *Ergebnisse und Perspektiven*. Die treibenden Kräfte der Revolution, mit einer Einleitung von Richard Lorenz, Frankfurt a. M.: verlag neue kritik, 1967, (archiv sozialistischer literatur, Bd. 6).]

4 Zu den Unterschieden zwischen Parvus und Trotzki siehe Alain Brossat, *Aux origines de la révolution permanente*. La pensée politique du jeune Trotsky, Paris: François Maspero, 1974. Zu den Konvergenzen und Divergenzen zwischen Lenin, Rosa Luxemburg und Trotzki siehe das bemerkenswerte Buch von Norman Geras, *The Legacy of Rosa Luxemburg*, London: New Left Books, 1976; 2. dt. Ausg.: *Rosa Luxemburg*. Vorkämpferin für einen emanzipatorischen Sozialismus, Köln: Neuer ISP Verlag, 1996.

5 [Franz Mehring, „Die Revolution in Permanenz“ (ungezeich-

netter Leitartikel; datiert: Berlin, 1. November 1905), in: *Die Neue Zeit*. Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie, Stuttgart, 24. Jg. (1905/06), 1. Bd., Nr. 6, (Anfang November) 1905, S. 169–172; nachgedruckt in: F. Mehring, *Politische Publizistik 1905 bis 1918*, Berlin: Dietz Verlag, 1973, (Gesammelte Schriften, Bd. 15), S. 84–88.

Auf Russisch: „Neprerywnaja rewoljuzija“, in: *Natschalo*, S.-Peterburg, Nr. 10, 25. November 1905.]

6 [Vgl. Leo Trotzki, *Mein Leben*. Versuch einer Autobiographie, Berlin: S. Fischer, 1930, S. 115/116; 3. dt. Ausg.: Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch Verlag, 1974, (Fischer Taschenbuch, Bd. 6258), S. 112.]

7 L. Trotzki, [„Unsere Meinungsverschiedenheiten. Das Jahr 1905, die Reaktion und die Perspektiven der Revolution“, in: ders.] *Die russische Revolution 1905*, Berlin: Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, 1923, S. 229.

[Neue Ausgabe: *Die russische Revolution 1905*, Berlin: Manifest Verlag, 2018, (marxistische schriften), S. 206.

Dieser Aufsatz erschien zuerst im Juli 1908 in *Przegląd Socjaldemokratyczny*, der Monatszeitschrift der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens (SDKPiL). Als Trotzki 1922 die erste russische Ausgabe seines Buchs über die Revolution 1905 zusammenstellte, auf der die deutsche Ausgabe von 1923 beruht, hatte er nur ein „russisches Manuskript“ mit „bedeutenden Lücken“ zur Verfügung (Fußnote, S. 222).]

8 [N. Trotzki, „Das Proletariat und die russische Revolution“, in: *Die Neue Zeit*. Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie, 26. Jg. (1907/08), 2. Bd., Nr. 48, 28. August 1908, S. 791. Unter dem Titel „Das Proletariat und die russische Revolution. Über die menschewistische Theorie der russischen Revolution“ nachgedruckt in:] L. Trotzki, *Die russische Revolution 1905*, Berlin: Vereinigung der Internationalen Verlagsanstalten, 1923, S. 221. [Neue Ausgabe: *Die russische Revolution 1905*, 2018, S. 198.

Dieser Aufsatz ist eine Kritik an dem gleichnamigen Buch von A. Tscherewanin, das 1907 in Moskau auf Russisch und 1908 mit einem Vorwort der niederländischen linken Sozialistin Henriette Roland-Holst im Parteiverlag der SPD auf Deutsch erschien. Unter dem Namen „Tscherewanin“ veröffentlichte der russische sozialdemokratische Publizist Fjodor Andrejewitsch Lipkin (1869–1938?), führendes Mitglied der menschewistischen Fraktion der SDAPR.]

9 *Ergebnisse und Perspektiven*, 1967, S. 65.

10 *Ergebnisse und Perspektiven*, 1967, S. 35.

11 [*Ergebnisse und Perspektiven*, 1967, S. 106.]

12 *Trotzki*. Bd. I: Der bewaffnete Prophet, 1879–1921, Stuttgart usw.: Verlag W. Kohlhammer, 1972, S. 161.

Deutscher fügt hinzu: „In dieser Broschüre von achtzig Seiten lag das Wesen und das Fazit des ganzen Mannes. Sein ganzes Leben lang, als Führer der Revolution, als Gründer und Oberhaupt einer Armee, als Vorkämpfer einer neuen Internationale und dann als Verfolgter in der Verbannung, sollte er die Gedanken, die er 1906 so präzise formuliert hatte, immer wieder verteidigen und vertiefen.“ (S. 162)

13 Wie Lenin später schreiben würde: „Gerade die Bolschewiki (...) haben den Bauern nur dank dem Siege der proletarischen Revolution dazu verholfen, die bürgerlich-demokratische Revolution wirklich zu Ende zu führen.“ („Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“, in: *Werke*, Bd. 28, S. 315).

14 [Die Erstausgabe erschien Ende August oder im September 1904 in der Parteidruckerei der SDAPR in Genf. Erstveröffentlichung auf Deutsch: „Unsere politischen Aufgaben“, in: Leo Trotzki, *Schriften zur revolutionären Organisation*, hrsg. von Hartmut Mehringer, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, 1970, (Texte des Sozialismus und Anarchismus), S. 7–134.]

15 [„Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“, in: *Gesammelte Werke*, Bd. 1: 1893 bis 1905, Zweiter Halbband, Berlin: Dietz Verlag, 1970, S. 422–444.]

16 [W. I. Lenin, „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück. Die Krise in unserer Partei“, in: *Werke*, Bd. 7, Berlin: Dietz Verlag, 1956, S. 386.

Trotzki zitierte diesen Satz vollständig seiner Broschüre *Unsere politischen Aufgaben* am Anfang des Kapitels „Jakobinismus und Sozialdemokratie“ und des Abschnitts „Nicht Jakobiner und Sozialdemokrat, sondern Jakobiner oder Sozialdemokrat“ (dt. Ausg. 1970, S. 113).]

17 „Unsere politischen Aufgaben“, 1970, S. 117. [Trotzki wiederholte diesen Satz zwei Seiten weiter.]

18 [Von lat. „substituere“ ersetzen; Substitutionismus (russisch: „samestilstwo“) bedeutet also in etwa: Tendenz zu Stellvertreterpolitik.

Trotzki sprach von „zwei Arbeitsmethoden“. „Die eine besteht in der *Übernahme des Denkens* für das Proletariat, in der politischen *Substitution* des Proletariats, die andere in der politischen *Erziehung* des Proletariats, seiner politischen *Mobilisierung*“ („Unsere politischen Aufgaben“, 1970, S. 68).]

19 [N. Trotzki, *Naschi polititscheskije sadatschi*. Taktitscheskije i organizazionnyje woprosy, Shenewa: Isd. Rossijskoj Sozial-Demokratitscheskoj Rabotschej Partii, Tip. Partii, 1904, S. 54; zitiert nach:] Isaac Deutscher, *Trotzki*. Bd. I, 1972, S. 96. [Dt.: „Unsere politischen Aufgaben“, 1970, S. 73.]

20 Vgl. Isaac Deutscher, *Trotzki*. Bd. I, 1972, S. 99–102.

21 „Unsere politischen Aufgaben“, 1970, S. 68.

22 „Unsere politischen Aufgaben“, 1970, S. 127 [Hervorhebung von M. L.).]

23 „Unsere politischen Aufgaben“, 1970, S. 131.

24 [„Unsere politischen Aufgaben“, 1970, S. 133.]

25 [W. I. Lenin, „Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution“ {„Aprilthesen“}, in: *Werke*, Bd. 24, Berlin: Dietz Verlag, 1959, S. 1–8.]

26 [Ausführlicher und mit Belegen hierzu: Michael Löwy, „Von Hegels ‚Logik‘ zum Finnischen Bahnhof“ (1970), in: *die Internationale*, Frankfurt a. M., Nr. 19, o. J. {1983}, S. 88–101.]

27 [Rosa Luxemburg, „Zur russischen Revolution“, in: dies., *Gesammelte Werke*, Bd. 4, Berlin: Dietz Verlag, 1974, S. 332–365.]

28 [L. Trotzki, *Terrorismus und Kommunismus*. Anti-Kautsky, hrsg. vom Westeuropäischen Sekretariat der Kommunistischen Internationale, Hamburg: Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, 1920.

Dieses Buch ist eine Replik auf Karl Kautskys Schrift *Terrorismus und Kommunismus*. Ein Beitrag zur Naturgeschichte der Revolution, Berlin: Verlag Neues Vaterland, 1919.]

29 [L. Trotzki, *Zwischen Imperialismus und Revolution*. Die Grundfragen der Revolution an dem Einzelbeispiel Georgiens, o. O. [Petrograd]: Verlag der Kommunistischen Internationale, 1922.

Neue Ausgaben: o. O. [Hamburg]: Severus Verlag, 2018; Berlin: Manifest Verlag, 2020, (marxistische Schriften).]

30 [Rede über die Arbeiteropposition, gehalten am 14. März 1921 auf dem 10. Parteitag der Russischen Kommunistischen Partei (Bolschewiki); zitiert nach:] Isaac Deutscher, *Trotzki*. Bd. I, 1972, S. 477.

31 Leon Trotsky, „Speech on Comrade Zinoviev’s Report on the Role of the Party“, in: *The First Five Years of the Communist International*, Bd. 1, New York: Pioneer Publishers, 1945, S. 99/100.

[Rede in der zweiten Sitzung, 23. Juli 1920, in: *Der zweite Kongreß der Kommunist. Internationale*. Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd und vom 23. Juli bis 7. August 1920 in Moskau, o. O. [Petrograd]: Verlag der Kommunistischen Internationale, 1921, (Bibliothek der Kommunistischen Internationale, Bd. 22), S. 94.]

32 Leon Trotsky, „Report on ‘The Balance Sheet’ of the Third Congress of the Communist International. Delivered at the Second Congress of the Communist Youth International, July 14, 1921“, in: *The First Five Years of the Communist International*, Bd. 1, 1945, S. 301.

33 Leon Trotsky, „On the Policy of the KAPD. Speech Delivered at the ECCI, November 24, 1920“, in: *The First Five Years of the Communist International*, Bd. 1, 1945, S. 149 (meine Hervorhebung, M.L.).

[Dt.: L. Trotzki, „Ueber die Politik der K.A.P.D. Rede auf der Sitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale am 24. November 1920“, in: *Die Kommunistische Internationale*. Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Petrograd, 2. Jg., Nr. 17, 1921, S. 198.]

34 Leo Trotzki, „Die Frage der Generationen in der Partei“ (23. 12. 1923; enthalten in der Broschüre *Der neue Kurs*), in: *Linke Opposition und IV. Internationale*, 1923–1926, hrsg. von Helmut Dahmer u. a., Hamburg: Rasch und Röhrling Verlag, 1997 [1998], (Schriften, Bd. 3.1), S. 220.

35 „Die Frage der Generationen in der Partei“, S. 226.

36 [Leo Trotzki, „Verratene Revolution. Was ist die UdSSR und wohin treibt sie?“, in: *Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur*, hrsg. von Helmut Dahmer u. a., Hamburg: Rasch und Röhrling Verlag, 1988, (Schriften, Bd. 1.2: 1936–1940), S. 687–1011.]

37 Leo Trotzki, *Stalin*. Eine Biographie, hrsg. von Hartmut Mehringer, Bd. I, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, 1971, (Texte des Sozialismus und Anarchismus), S. 97; lieferbare Ausg.: Essen: Mehring Verlag, 2010, S. 84.

38 Vgl. L. Trotzki, *Stalin*, Bd. I, 1971, S. 96; Ausg. 2010, S. 84.

HEGELS „ALGEBRA DER REVOLUTION“¹

Das Projekt Hegels und seiner Studienfreunde Schelling und Hölderlin war es, ihre „Zeit in Gedanken zu erfassen“.

■ **Helmut Dahmer**

Vor 250 Jahren, am 27. August 1770, wurde Hegel als Sohn eines herzoglich-württembergischen Beamten in Stuttgart geboren. Seit 1817 Fichtes Nachfolger an der Berliner Universität, führte er die von Kant begonnene „*philosophische Revolution*“ zu Ende (Heine, 1834).² Das Projekt Hegels und seiner Studienfreunde am Tübinger Stift, Schelling und Hölderlin, war es, ihre „Zeit in Gedanken zu erfassen“, sie also sich und ihren Zeitgenossen verständlich zu machen. Sie studierten Philosophie und Theologie und ihre Studienzeit fiel mit der von den französischen „Enzyklopädisten“ (Diderot, D’Alembert, Holbach, Rousseau, Turgot, Voltaire) vorbereiteten französischen Revolution der Jahre 1789–1794 zusammen. Im Schlusskapitel seiner geschichtsphilosophischen Vorlesungen³ schrieb Hegel über „Aufklärung“ und Revolution: „Der Gedanke, der Begriff des Rechts machte sich mit *einem Male* geltend, und dagegen konnte das alte Gerüst des Unrechts keinen Widerstand leisten. [...] Es war dieses [...] ein herrlicher Sonnenaufgang. Alle denkenden Wesen haben diese Epoche mitgefeiert.“⁴ Die dialektische Philosophie der Fichte, Schelling und Hegel war ein groß angelegter, kontrovers vorgetragener Versuch, die Periode der Gesellschaftsgeschichte, die sie durchlebten, zu begreifen. In ihrer Lebenszeit ging es um die Beseitigung einer jahrhundertalten Sozialordnung durch einen Volksaufstand; die Proklamation allgemeiner Menschenrechte unter der Losung „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“; den (utopischen) Versuch, Gleichheit und Vernunftreligion terroristisch (mit Hilfe von Guillotine und Bürgerkrieg) durchzusetzen; die Entmachtung der plebejischen Massen durch die Jakobiner und das Rückläufigwerden der Revolution (seit

dem „Thermidor“ von 1794); die kriegerrische Verteidigung und Internationalisierung des aufbürgerliche Interessen zurückgestutzten Revolutionsprogramms⁵ durch den General Napoléon Bonaparte, der sich selbst zum Kaiser krönte, und schließlich die lange Phase der Restauration (optimistisch auch „Vormärz“ genannt)...

★

Was Hegel als „herrlichen Sonnenaufgang“ beschrieb, war die Erfahrung, dass die jahrhundertlang in Europa bestehende feudale Sozialordnung (das „bodenvermittelte Herrschaftsverhältnis“), die als eine schlechtweg „natürliche“ und zudem „geheiligte“ (nämlich gottgewollte) gegolten hatte, von der französischen Revolutionsregierung des „Dritten Stands“ praktisch von einem Tag auf den andern beseitigt werden konnte. Seit dem Hochmittelalter hatte sich in den europäischen Handwerks- und Handelsstädten eine neuartige Form von indirekter Vergesellschaftung (über Geld und Markt) herausgebildet. Diese Inseln städtischer Autonomie, die aus ständischen Bindungen freigesetzten Individuen (Kaufleuten, Plebejern, Söldnern) Lebensmöglichkeiten boten und in der Lage waren, ihre Selbstverwaltung militärisch zu verteidigen, waren die „steinernen Wiege“ der Bourgeoisie und der „freien“ Lohnarbeiterschaft. Jakobiner und Girondisten träumten von einer Renaissance der antiken griechischen Stadtstaaten und der römischen Republik und beseitigten – im Bunde mit den plebejischen Sansculotten – die althergebrachten Privilegien von Adel und Geistlichkeit samt der Monarchie. So setzten sie *politisch* und in nationalem Maßstab die Herrschaft der Bourgeoisie durch.

★

Hegel hat die für seine Generation prägende Erfahrung der antifeudalen Revolution in dem berühmten Kapitel seiner *Phänomenologie des Geistes* (1806/07) über das „Selbstbewußtsein“ klassisch dargestellt, demzufolge – nach einem

Kampf auf Leben und Tod – der „Knecht“ am Ende oben-
auf kommt, weil nur er (in seiner, vom „Herrn“ erzwun-
genen Knechtsarbeit, deren moderne Form Marx später als
„Lohnsklaverei“ bestimmte) neue Erfahrungen mit seiner
eigenen und mit der von ihm bearbeiteten äußeren Natur
machen kann. Aus der Erfahrung mit Aufklärung und Re-
volution (die, Heine zufolge, wie „Blitz“ und „Donner“,
nämlich als Gedanke und Tat rasch aufeinander folgten)
hat Hegel – in Kooperation mit Schelling – das Programm
seiner Philosophie entwickelt: „Es kommt nach meiner
Einsicht [...] alles darauf an, das Wahre nicht als *Substanz*,
sondern ebenso sehr als *Subjekt* aufzufassen und auszudrü-
cken.“⁶ Was als „Substanz“ (also zeitlos Zugrundeliegen-
des) erscheint, sind die zu Institutionen auskristallisierten
Gesellschaftsverhältnisse, die – vor vielen Generationen,
auf einem bestimmten Niveau der Naturbeherrschung,
notgedrungen und planlos entstanden – als „Natur“ im-
ponieren, ohne es zu sein. Sie als „Subjekt“ aufzufassen,
heißt, ihnen den Naturschein abzustreifen, der sie gegen
Veränderung immunisiert. Mit Fichte zu reden, kommt
es darauf an, die vermeintlichen „Tatsachen“ (wieder) als
„Tathandlungen“ zu begreifen, um sie, neuen Bedürf-
nissen entsprechend, umzugestalten oder abzuschaffen.
Hegels eigentliche Domäne war die Entzauberung der
Pseudonatur obsolet gewordener Institutionen. Diese
(Re-)Subjektivierung von „Substanz“ hat er dann totali-
siert, indem er auch die (außermenschliche) Natur als eine
geistige, nämlich als „Geist in seinem Anderssein“ inter-
pretierte, als Teil und Widerpart des „Weltgeists“, der im
Laufe der Natur- und Menschengeschichte allmählich zu
sich selbst kommen werde. Durch die Arbeit vieler Gene-
rationen (in unterschiedlichen Gesellschafts-Formationen,
die bestimmte Techniken ermöglichten und andere
ausschlossen) hat die Menschheit das Gesicht unseres
Planeten umgestaltet, anstelle der ungastlichen Natur ein
für menschliches Leben günstiges Habitat geschaffen. Die
moderne, kapitalistische Form der Naturausbeutung hat
indessen zu deren Verwüstung geführt. Auch die verwüs-
tete Natur ist das Produkt „unseres“ Geistes und „unserer“
Arbeit, die wir in ihr nicht mehr erkennen. Auch sie ist
der „Geist in seinem Anderssein“, nämlich der sedimen-
tierte „Ungeist des Kapitalismus“. Und wie die jeweilige
Folgegeneration die überkommenen Institutionen (Pri-
vateigentum, Familie, Staat...), in die sie einrückt, für die
„naturgegebenen“ hält, so erscheinen der gegenwärtig le-
benden Generation die aktuellen Rückwirkungen unserer
Naturverwüstung – die Erderwärmung und ihre Folgen,
die neuartigen Epidemien und die einsetzende Fluchtbe-

wegung aus den unwirtlich gewordenen Zonen der Erde –
als unverständlich-unabwendbare „Natur“-Katastrophen,
also nicht als das, was sie in Wahrheit sind: Ausdruck von
Sozialkatastrophen. Die Verwüstung unseres Habitats
ist die Folge der seit ein paar Jahrhunderten betriebenen,
planlosen Ausbeutung natürlicher Ressourcen durch
privates Kapital. In der Renditenwirtschaft geht es um
Gewinn, und die destruktiven Folgen des „erfolgreichen“
Wirtschaftshandelns (für Mensch und Natur) gehen in die
private Gewinn- und Verlustrechnung prinzipiell nicht
ein, bleiben außer Betracht und Kontrolle.

Hegels Wirkung beruht auf der von ihm begründeten
Institutionenkritik als Wissenschaft, die Erklären und Ver-
stehen kombiniert, besser: die darauf aus ist, Erklärungen
in neuartige Einsichten zu überführen.⁷ Vermittelt durch
Ludwig Feuerbachs anthropologische Religionskritik (in
der die religiösen Phantasmen auf die Ängste und Sehn-
süchte der vergesellschafteten Menschen zurückgeführt
werden), hat Hegel nicht nur das Denken von Marx und
Engels (und vieler anderer Theoretiker des Anarchismus
und Kommunismus) geprägt, sondern (direkt und indirekt)
auch das Werk der großen Kritiker Schopenhauer, Nietz-
sche und Freud sowie den Kreis der „Frankfurter“ Sozial-
philosophen um Max Horkheimer.⁸

★

Hegels kritisches Verfahren (zur Auflösung vorgeblicher
„Substanzen“, vermeintlicher „Objektivität“) war die viel
geschmähte, selten verstandene „Dialektik“.⁹ Sie verdankt
sich der Suche nach einem Ausweg aus dem Labyrinth der
(jeweiligen) Gegenwart mit Hilfe der „Energie des Den-
kens“, dieser „ungeheure[n] Macht des Negativen“¹⁰, und
soll – als ein Teil der Knechts-Arbeit – den „Fortschritt
im Bewusstsein der Freiheit“ antizipieren und befördern,
auf den, Hegel zufolge, die geschichtliche Entwicklung
gerichtet ist. Unsere „Welt“ – die innere ebenso wie die
sogenannte „Außenwelt“ (die durch die Arbeit vieler
Generationen zu einem prekären Habitat umgestalte-
te „Natur“) – „haben“ wir, „begreifen“ wir nur als eine
sprachlich vermittelte. Die konventionellen *Begriffe*, deren
wir uns dabei bedienen, sind ebenfalls „Institutionen“. Als
abstrakt-allgemeine können sie das Individuelle, Beson-
dere, um das es uns jeweils geht, nicht fassen – es entgleitet
ihnen. Das nötigt zur Arbeit an und mit den Begriffen, zum
Versuch, die Differenz zwischen Sachverhalt und Formu-
lierung (Individuellem und Generellem) zu verringern,
aus Begriffsschablonen „lebendige“, sachhaltige Begriffe

zu machen, sie zu historisieren. Hegels „Logik“ soll die erstarrten, konventionellen Begriffe, mit denen wir uns über unsere Welt und über einander verständigen, wieder zum Leben erwecken: Sie sollen „konkret“ werden, die in steter Veränderung begriffene Welt *nicht feststellen, sondern zum Ausdruck bringen*. Nietzsche hat in der Dialektik die „Waffe der Unterdrückten“ gesehen, denen der gesellschaftliche Status quo unerträglich ist. Im Hinblick auf Sokrates schrieb er: „Man wählt die Dialektik nur, wenn man kein andres Mittel hat. [...] Sie kann nur *Nothwehr* sein in den Händen Solcher, die keine andren Waffen mehr haben. Man muss sein Recht zu *erzwingen* haben: eher macht man keinen Gebrauch von ihr.“¹¹ Das dialektische Verfahren, wie es die Feuerbach-Schüler Marx und Freud (der „Marx der Psychologie“) praktizierten, ist ein genealogisches: Obsolet gewordene, die vergesellschafteten Individuen nicht mehr fördernde, sondern bedrückende Institutionen der Sozial- und Lebensgeschichte¹² werden in Frage gestellt; ihre verdrängt-vergessene Entstehungsgeschichte wird (in therapeutischen Erinnerungsdialogen – mit Klassen beziehungsweise „Patienten“ – rekonstruiert, um den „denkenden und leidenden Menschen“ (Marx) die Möglichkeit zu verschaffen, sich von ihnen zu distanzieren, sich dem „Zwang dieser Verhältnisse“ zu entziehen, sich zu Autoren ihrer Geschichte zu machen. Denn der von Freud analysierte, fatale Wiederholungszwang, der in der Geschichte der Klassen und in den Lebensgeschichten der vergesellschafteten Einzelnen wirksam ist, beruht, wie Friedrich Engels erkannte, auf der „Bewusstlosigkeit der Beteiligten“.

(1.9. 2020)

1 Alexander Herzen, der mit Marx befreundete russische Sozialrevolutionär, schrieb in seinen (in den Jahren 1854–70 veröffentlichten) Memoiren über die Hegelsche *Logik*: „Die Philosophie Hegels ist eine Algebra der Revolution, sie übt eine wahrhaft befreiende Wirkung und lässt keinen Stein von der christlichen Welt, der alten Welt der Überlieferungen, die sich selbst überlebt hat, auf dem anderen.“ *Erinnerungen*, Bd. I, Berlin (Wiegandt & Grieben) 1907, S. 272. – Lenin, von dem Max Horkheimer (1943) sagte, er sei „der materialistische Denker, der über diese Fragen am ernsthaftesten nachgedacht“ hat, studierte im Herbst 1914, nach dem Zusammenbruch der sozialdemokratischen Internationale, Hegels *Logik* und versah sie mit aufschlussreichen Randglossen.

2 Die Geschichte dieser philosophischen Revolution schrieb Richard Kroner (1921–24): *Von Kant bis Hegel*. Tübingen (Mohr-Siebeck) 1961.

3 Die, zusammen mit seiner „Rechtsphilosophie“, Hegels Soziologie ausmachen.

4 Hegel, G. W. F. [1822–30]: *Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte*. Theorie-Werkausgabe, Bd. 12; Frankfurt (Suhrkamp) 1970/71, S. 529.

5 Statt der „Freiheit“: die uneingeschränkte Nutzung des Privateigentums bei Kauf und Verkauf von Produktionsmitteln, vor allem von Arbeitskraft; statt der „Gleichheit“: das formal gleiche Recht für alle, gleichviel, ob sie es nutzen und durchsetzen können oder nicht; statt der „Brüderlichkeit“: die Konkurrenz aller gegen alle.

6 Hegel (1807): *Phänomenologie des Geistes*. Werke, Bd. 3, A. a. O. (Anm. 4), S. 22 f. („Vorrede“).

7 Vgl. dazu Karl-Otto Apel ([1966] 1968): „Szientistik, Hermeneutik, Ideologiekritik. Entwurf einer Wissenschaftslehre in erkenntnisanthropologischer Sicht.“ In: Apel (1973): *Transformation der Philosophie*; Frankfurt (Suhrkamp) 1973, Bd. II, S. 96–127.

8 Horkheimer, Max (1937): „Traditionelle und kritische Theorie.“ *Gesammelte Schriften*, Bd. 4, Frankfurt (Fischer) 1988. Adorno, Theodor W. (1966): *Negative Dialektik*. *Gesammelte Schriften*, Bd. 6; Frankfurt (Suhrkamp), 1973.

9 In seinem Nachwort zur zweiten Auflage des *Kapitals* schrieb Marx (1873): „In ihrer mystifizierten Form ward die Dialektik deutsche Mode, weil sie das Bestehende zu verklären schien.“ (Hegel glaubte ja nicht nur, die Bewegung des philosophischen Denkens in seinem „System“ zum Abschluss gebracht zu haben, sondern deutete, die Dialektik stillstellend, den preußischen Staat der Restaurationszeit (1815–1830) als Vernunftstaat...) „In ihrer rationellen Gestalt ist sie“, fuhr Marx fort, „dem Bürgertum und den doktrinären Wortführern ein Ärgernis und ein Greuel, weil sie in dem positiven Verständnis des Bestehenden zugleich auch das Verständnis seiner Negation, seines notwendigen Untergangs einschließt, jede gewordene Form im Flusse der Bewegung, also auch nach ihrer vergänglichen Seite auffaßt, sich durch nichts imponieren läßt, ihrem Wesen nach kritisch und revolutionär ist.“ *Das Kapital*. Kritik der politischen Ökonomie, I. Bd. (1867). *Marx-Engels-Werke*, Bd. 23, Berlin (Dietz 1962, S. 27 f.

10 Hegel (1807), a. a. O. (Anm. 6), S. 36.

11 Nietzsche, Friedrich (1888): *Götzen-Dämmerung oder Wie man mit dem Hammer philosophiert*. *Sämtliche Werke* (Kritische Studienausgabe), Bd. 6. München (dtv/de Gruyter) 1980, S. 70 („Das Problem des Sokrates“, 6).

12 Privateigentum und Staat, Markt und Familie auf der einen Seite, neurotische Zwänge auf der anderen.

ZUR KRITIK VON MANUEL KELLNERS „DAS WERK VON ERNEST MANDEL“

Zum 25. Todestag von Ernest Mandel erschien in der internationale 5/2020 ein Gedenkartikel von Manuel Kellner, den ich unbefriedigend finde, weil er das Werk Mandels nicht angemessen würdigt.

■ Johann-Friedrich Anders

1 Kellner erklärt zwar: „Ernest Mandel (1923 – 1995) hat uns ein wichtiges theoretisches Werk hinterlassen, das für jeden unverzichtbar ist, der eine Bilanz des 20. Jahrhunderts ziehen und zur Ausarbeitung revolutionärer Perspektiven für das 21. Jahrhundert beitragen will.“

Aber anstatt zu erläutern, warum er Mandels Werk für unverzichtbar hält, beschränkt Kellner sich darauf, Mandels Ausführungen zu verschiedenen Themen zu referieren. Das ist zweifellos notwendig, aber nicht ausreichend.

Was Mandel theoretisch Neues geleistet hat, wovon bzw. von wem er sich kritisch abgrenzt, was Mandels Einschätzungen aus heutiger Sicht taugen – auf diese Fragen bleibt Kellner in seinem Beitrag eine Antwort schuldig.

2 Bei den theoretischen Positionen von Mandel, die Kellner referiert, handelt es sich häufig um grundlegende und, soweit ich weiß, unstrittige trotzkistische Positionen, lax formuliert: um trotzkistische ‚Gemeinplätze‘.

Ich gebe 2 Beispiele. Kellner schreibt:

„Um den Sozialismus zu erreichen, muss für Mandel die Arbeiter*innenklasse, indem sie alle unterdrückten Schichten mit sich reißt, die Macht in ihre eigenen Hände nehmen und sich die vom Kapitalismus auf globaler Ebene entwickelten Produktivkräfte aneignen, um sie im eigenen Interesse zu verwalten und umzuwandeln.“

Und über die Notwendigkeit für die Arbeiterbewegung, hauptamtliches Personal zu haben, schreibt Kellner:

„Ernest Mandel war sich dessen wohl bewusst. Aber er wies auf den Preis hin, der dafür zu zahlen sei: die Entstehung einer privilegierten bürokratischen Schicht innerhalb der Arbeiterorganisationen ...“

Ich finde es befremdlich, dass Kellner in seinem Beitrag nichts dazu mitteilt, wie gut die von ihm referierten (von mir zitierten) theoretischen Ansichten Mandels begründet sind, wie weitgehend sie historisch bestätigt sind. Degradiert Kellner mit dem durchgehenden Nicht-Stellen bzw. Offenlassen dieser Frage nicht stillschweigend diese theoretischen Positionen zu bloßen Ansichten?

(Übrigens war sich Mandel nicht dessen „wohl bewusst“, also: vielleicht bewusst. Nein, er war sich dessen wohlbewusst – also: sehr bewusst. Aber das ist vermutlich bloß eine Rechtschreib-Nachlässigkeit von Kellner, die allerdings den Sinn seines Satzes deutlich ändert.)

3 Im Folgenden wende ich mich sachlichen Fehlern zu, die ich bei einem Kenner des Mandel’schen Werks, wie Kellner es ist, erstaunlich finde (Die folgenden Kursivierungen sind von mir – J.-F.A.).

Über „die Funktion von zyklischen Krisen“ schreibt Kellner: „Aus der Sicht des Kapitals handelt es sich dabei um ‚reinigende‘ Krisen, die die Preise krampfartig auf reale Werte zurückführen und damit dazu führen, dass nur die stärksten Firmen und das stärkste Kapital an ihrem Platz bleiben – zum Nachteil der Schwächsten, die verschwinden.“

Ich bin kein genauer Kenner der marxistischen Ökonomie. Aber diese Darstellung von zyklischen Krisen ist meines Erachtens schwerlich mit der marxistischen ökonomischen Theorie in Einklang zu bringen. Zyklische Krisen sind doch wohl gekennzeichnet durch Preisstürze; Krisen führen zur Entwertung der produzierten Waren. Das ist keine Rückführung der Preise auf ihre „reale(n) Werte“. Und der Verkauf von immer mehr Waren zu Verlustpreisen führt dazu, dass nur die stärksten Firmen überleben. Die Ursache dafür ist ebenfalls nicht die Rückführung der Preise auf „reale Werte“, sondern die größere Fähigkeit starker Firmen, Verluste zu verkraften. Schließlich: Das Überleben der stärksten Firmen ist kaum ein „an ihrem Platz bleiben“. Diese Firmen nehmen immerhin zusätzlich noch den „Platz“ der bankrottgegangenen Firmen ein – wenn man denn überhaupt dieses, wie mir scheint, wenig treffende Bild benutzen will.

Über „Substitutionalismus“ bei Lenin und Trotzki schreibt Kellner:

„Ernest Mandel gibt überzeugende Beispiele nicht nur für Lenin und Trotzki, sondern *zum Beispiel auch für Luxemburg und Gramsci!*“

Wenn ich auch die Werke von Luxemburg und Mandel nicht genau kenne, so erscheint mir die Behauptung, Luxemburg sei laut Mandel zeitweilig eine Verfechterin des Substitutionalismus gewesen, schon erstaunlich. Ein Blick in Mandels „Geld und Macht“ zeigt nämlich, dass er das gar nicht behauptet. Kellner erinnert sich hier falsch und verwechselt Luxemburg mit dem Austromarxisten Otto Bauer. Übrigens stimmt auch das „zum Beispiel“ nicht. Mandel nennt keine weiteren Sozialisten, die Substitutionalisten waren.

4 Kellner beschließt seinen Beitrag über das Mandel'sche Werk mit 3 Fragen, von denen die zweite und die dritte, so, wie sie formuliert sind, allerdings überhaupt keine Fragen sind.

1 „Eine Frage, die dem revolutionären Marxismus am Herzen liegt, ist, ob die Realität der sozialistischen Weltrevolution auch im 21. Jahrhundert noch aktuell ist und ob die Arbeiter*innenklasse nicht ihr Potential verloren hätte, einen solchen Prozess anzuführen. ... Wie sieht es heute aus? Es ist nicht bewiesen, dass der Wiederaufbau einer emanzipatorischen und revolutionären Arbeiter*innenbewegung weiterhin möglich ist ...“

Kellners Antwort auf seine erste Frage ist sicherlich zutreffend, lässt aber leider so gut wie alles offen. Sie trägt jedenfalls nichts zur Beantwortung der Frage bei, worin Mandels Beitrag zur Lösung der Probleme des 20. und 21. Jahrhunderts besteht.

2 „Eine weitere zu diskutierende Frage betrifft Ernst Mandels Marxismus, der ein ‚offener‘ Marxismus gewesen war und sich gleichzeitig bestimmten Orthodoxien (‚marxistisch‘, ‚leninistisch‘, ‚trotzkistisch‘) verpflichtet fühlte, sowie ein starkes Streben nach einer allumfassenden Kohärenz enthielt. Ich deute das als Ausdruck des Bedürfnisses, den Zusammenhalt der eigenen Organisation zu sichern und zu stärken, die sich weder auf ein ‚sozialistisches Heimatland‘ noch auf breite Massen stützen konnte.“

Ich vermag nicht zu verstehen, was nach diesen Ausführungen Kellners an Mandels „offenem“ Marxismus ein Problem sein sollte. Ausführungen dazu macht Kellner in seinem Beitrag keine.

3 Kellners dritte „Frage“ lautet: „Ernest Mandel mochte es nicht, wenn man von ihm sagte, er sei oft ‚zu optimistisch‘.“

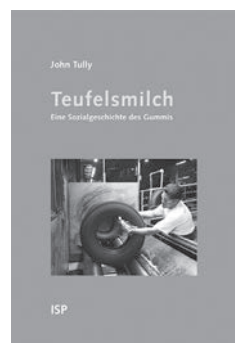
Auch dies ist offenkundig keine Frage, sondern eine private Information über einen Charakterzug Mandels.

Inwiefern diese Aussage relevant sein könnte, bleibt offen. Meint Kellner möglicherweise, es sei die Frage zu stellen, ob Mandels Optimismus vereinzelt oder gar systematisch seine Analysen verzerrte, und diese Frage sei bejahend zu beantworten?

5 Insgesamt kann ich in diesem Beitrag über das Werk von Ernest Mandel leider weitgehend nur das Versäumnis einer Würdigung der theoretischen Leistung Mandels sehen.



Neu bei ISP



John Tully

Teufelsmilch

Eine Sozialgeschichte des Gummis

Aus dem Englischen
von Klaus E. Lehmann
482 Seiten, Hardcover, 29,80 Euro
ISBN 978-3-89 900-144-0
erscheint im November 2020

Für die moderne Welt ist Gummi genauso wichtig wie Öl oder Stahl. Dies zeigt sich schon an der Bedeutung internationaler Großkonzerne wie Michelin, Firestone oder Goodyear, die den Weltmarkt genauso beherrschen wie die Öl- oder die Automobilkonzerne. Es erstaunt daher, dass es bislang keine größere kritische Geschichte dieses Rohstoffs und seiner Herstellung gab. Dabei war Kautschuk lange eine der wichtigsten Kolonialwaren, die in Indochina, Südamerika oder dem Kongo unter äußerst brutalen Bedingungen gefördert wurden. Auch Häftlinge der Nazis mussten in den Konzentrationslagern synthetischen Gummi für die IG Farben fertigen. »Teufelsmilch« zeigt beispielhaft, wie der Kapitalismus bei der Ausbeutung von Mensch und Natur keine Grenzen kennt.

Neuer ISP Verlag GmbH

☎ (0721) 3 11 83

neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

„ES WIE IN RUSSLAND MACHEN“: DIE ZWEI ROTEN JAHRE IN ITALIEN

1918 endet der Krieg. Europa hat nicht nur vier Jahre sinnloses Gemetzel hinter sich: Seit 1917 verbreitet sich unter all denen, die von den Regierungen zum Sterben für den Profit an die Front geschickt wurden, und unter jenen, die sich in den Fabriken unter quasi militärischer Disziplin verschlissen haben, die Idee, „es wie in Russland zu machen“.

■ Gaspard Janine

In Italien kommt es vor exakt einem Jahrhundert – 1919 und 1920 – auf der Grundlage dieser Losung zum Aufkommen einer revolutionären Periode. Die zwei roten Jahre, Biennio Rosso genannt, hatten ihre heißeste Phase im August und September 1920. Es ist eine fehlgeschlagene Revolution, in der es dem aufständischen Generalstreik mangels einer entschlossenen Partei nicht gelingt, der Bourgeoisie die Macht zu entreißen. Im Gegenzug wird die „große Angst“, die die Arbeiter*innenklasse der Bourgeoisie eingeflößt hat und die von den Reformist*innen nicht konkret fassbar gemacht wird, zum Schmelztiegel des Faschismus.

Am Ende des Krieges steht Italien auf der Seite der Sieger. Doch trotz des nationalistischen Getöses der Bourgeoisie liegt das Land wirtschaftlich am Boden. Sicher haben sich etliche Industrielle bereichert und die Schwerindustrie ist massiv gewachsen und konnte dem italienischen Kapitalismus einen modernen Anstrich verleihen (zumindest im Norden des Landes), fünfzig Jahre nach Erlangung der nationalen Unabhängigkeit dieses noch wenig entwickelten Landes. Für die Arbeiter*innen und

Kleinbäuer*innen hingegen bleibt das nackte Elend, denn die Preise haben sich seit 1914 verdreifacht.

Proteste gegen die Teuerung

Die hohen Lebenshaltungskosten werden als unerträglich empfunden. Mit dem Frieden ist nichts wieder besser geworden, trotz aller Versprechen (namentlich Land für die Bauern), die die Regierung für die Mobilmachung der Truppen gemacht hatte. In der ersten Hälfte des Jahres 1919 bricht eine Streikwelle aus, die zu Lohnerhöhungen führt, ohne dass aber die Inflationsspirale gestoppt wäre. Bis zum Sommer steigt die Wut. Im Juni wird aus dem Streik in La Spezia, einem ligurischen Hafen, ein Generalstreik. Er breitet sich aus, nimmt den ganzen Norden ein und schließlich auch Städte im Süden. Bei Zusammenstößen mit der Polizei kommt es zu Toten. Die Demonstrierenden stürmen die Geschäfte und beschlagnahmen Lebensmittel, Autos und Lastwagen, um sie zu verteilen oder zum Festpreis zu verkaufen.

Alle diese Bewegungen agieren ohne das Zutun der gewerkschaftlichen Führung der CGL (Gewerkschaftsbund, Confederazione Generale del Lavoro) oder der Sozialistischen Partei (PSI).

Die Haltung der Sozialistischen Partei

Diese rufen vielmehr meist zum Stillhalten auf, während die Arbeiter*innen Strukturen aufbauen, um ihre Bewegung zu organisieren – „Aktionskomitees“ und „Versorgungsräte“. In der PSI gibt es eine starke dezidiert reformistische Strömung, die lange Zeit in der Mehrheit gewesen ist und die den Parteiapparat und insbesondere die CGL dominiert. Die sogenannte maximalistische Mehrheitsströmung der PSI unterscheidet sich nicht von den Reformist*innen, auch wenn sie sich als revolutionär bezeichnet. Linke Strömungen – die der zukünftigen Kommunist*innen – existieren zwar, sind aber zu schwach

und unorganisiert, um für eine Ausweitung der Streikbewegung einzutreten

Rückgang und Wahlen

Die Bewegung ebbt nach dem 10. Juli ab. Doch die internationalen Geschehnisse führen zu einem erneuten Auftrieb und zu einem Solidaritätsstreik mit den Räterepublikan auf russischem und ungarischem Territorium. Die italienischen Arbeiter*innen befolgen massenhaft den Aufruf der europäischen Gewerkschaften und legen das Land für zwei Tage lahm. Dieser Streik wird von vielen als das Signal zum Aufstand empfunden. Dennoch beharrt die Partei darauf, dass der Streik bloß eine Demonstration sein soll, und ruft zur Wiederaufnahme der Arbeit nach den vorher so geplanten 48 Stunden auf. Statt weiterer Aktionen wird auf die Wahlen im November verwiesen. Die Partei erzielt einen Stimmenrekord und gewinnt 156 Parlamentssitze (statt zuvor 51). Sie tönt: „Das revolutionäre Italien ist geboren!“ Doch die Bourgeoisie hat weiterhin die Macht inne.

Landbesetzungen

Parallel dazu beginnen die Bäuer*innen, ermutigt von den Streiks in den Städten, Ländereien zu besetzen, insbesondere im ländlichen Süden, wo die Grundbesitzverhältnisse noch immer die feudale Vergangenheit widerspiegeln: Eine Handvoll Latifundisten verfügt über den Großteil der Ländereien. An den Besetzungen beteiligen sich Landarbeiter*innen, Teilpächter und arme Bäuer*innen, die nicht mehr hinnehmen wollen, dass die Großgrundbesitzer ihren Boden brachliegen lassen. Ihre Parole lautet: „Der Boden denen, die ihn bearbeiten!“ Die Besetzungen nehmen den ganzen August über zu und halten bis Ende 1920 an. Doch die PSI kümmert sich wenig darum. Die Regierung erkennt einzelne Besetzungen an und verspricht, mehr Land zu verteilen (Visocchi-Dekret), indem sie paritätische Kommissionen schafft, in denen die armen Bäuer*innen und die Grundbesitzer an einem Tisch sitzen.

Die Streiks halten auch 1920 an und nehmen an Schärfe weiter zu, zumal die Preise unaufhörlich steigen. Insgesamt sind es 1.881 Streiks, gegenüber 1.663 im Vorjahr. Sind die Streikbewegungen am Anfang des Jahres erst noch sporadisch, erreichen sie im Frühling ein ungeahntes Ausmaß.

Der „Uhrzeiger-Streik“

Es beginnt mit dem sog. „Uhrzeiger-Streik“, der sich an der Umstellung auf die Sommerzeit entzündet, was die

Arbeiter*innen ablehnen. Diese Maßnahme aus dem Jahr 1916 weckt nicht nur Erinnerungen an den Krieg, sondern neben der Ablehnung der Nacharbeit geht es um eine politische Frage: Wer hat die Macht in der Fabrik? Die früheren Betriebskommissionen haben sich dank der Bewegungen des Vorjahres weiterentwickelt und werden zu Fabrikräten, insbesondere in Turin, wo die Gruppe um die Wochenzeitung *Ordine Nuovo* für diese Rätebewegung kämpft. Insofern wird die Entscheidung der Unternehmensleitung, die Uhren in einem Fiat-Werk entgegen der Position der Betriebskommission umzustellen, und die Entlassung eines Arbeiters, der die Uhrzeiger wieder zurückgestellt hat, als Provokation empfunden. Wie die frisch entstandene Confindustria (ein im März angesichts des revolutionären Anstiegs gegründeter Unternehmerverband) erklärt: „In einem Unternehmen können nicht zwei zugleich die Macht innehaben“.

Der Streik breitet sich innerhalb weniger Wochen in der ganzen Stadt aus. Am 14. April wird daraus ein Generalstreik. Und am 19. steht das ganze industrielle Dreieck (Mailand-Turin-Genua) still. Man zählt 500 000 Streikende. In Turin wird der Streik von den Fabrikräten organisiert, die von den Anhänger*innen des *Ordine nuovo* geführt werden. Es geht dabei um unmittelbar politische Forderungen, anstelle der „kleinen ökonomischen Zugeständnisse“.

Für den 19. April, als die Bewegung just ihren Höhepunkt erreicht, ist ein Kongress der PSI in Turin geplant. Er wird nach Mailand verlegt, da der Streik als ungünstige Rahmenbedingung erachtet wird! Der Kongress lehnt es ab, zur landesweiten Ausweitung der Bewegung aufzurufen und die Leitung des CGL handelt stattdessen ein Abkommen mit der Regierung aus. Die Bewegung in Turin ist isoliert und verebbt am 24. April, nach einmonatigem Kampf.

Der Aufstand von Ancona

Diese Niederlage beendet jedoch nicht den Protest. Am 1. Mai, eine Woche nach dem Ende des Streiks, findet eine große Demonstration statt und es kommt zu Zusammenstößen mit der Polizei und zu weiteren Toten.

Vor allem aber kommt es im Juni zu einem Aufstand der Bersaglieri (Infanteristen) in Ancona (Marken), die zurecht eine Verlegung in das von Italien besetzte Albanien befürchten. Ihre Meuterei breitet sich schlagartig in der Stadt aus, wo die Arbeit eingestellt wird. Soldaten und Arbeiter*innen verbrüdernd sich auf den Barrikaden gegen die Carabinieri; in anderen Städten, bis nach Rom oder

Mailand, entstehen Solidaritätsbewegungen. In der Region Marken brechen weitere Meutereien aus.

Die Fabriken werden besetzt

Im August 1920 ruft die FIOM (Metaller*innen-Gewerkschaft) zu wiederholten Streiks für höhere Löhne auf. Ein scheinbar „defensiver“ Kampf angesichts der vorhergegangenen. Innerhalb von zehn Tagen reißt er 400 000 Arbeiter mit. Am 30. August reagiert der Fabrikbesitzer von Romeo in Mailand mit einer Aussperrung. Noch am gleichen Abend werden 300 Fabriken von den Arbeitern besetzt, um weitere Aussperrungen zu verhindern. Am 1. September sind es bereits tausend. Die gesamte italienische Metallindustrie ist betroffen. Als sich die Bewegung auf andere Branchen ausweitete, übernehmen die Besetzer selbst die Produktion. Die Fabriken geben Gutscheine aus, die als Zahlungsmittel dienen, und die Besetzer*innen produzieren mehr oder weniger improvisierte Waffen, um sich selbst verteidigen zu können. Rote Garden werden gebildet. Die Arbeiter*innenklasse bereitet sich auf eine Konfrontation vor. Innerhalb der PSI rufen die Maximalisten nahezu widerwillig zum Aufstand und zum „Generalstreik bis zum Sieg“ auf.

Es entstehen immer mehr Fabrikräte, um die Betriebsbesetzungen zu organisieren. Diese Fabrikräte heißen mitunter bloß so und werden von Gewerkschaftsvertretern initiiert und im Alleingang geführt, da es vor Ort keine Vertreter der Strömung um *Ordine Nuovo* oder andere Arbeiter*innen gibt, die für eine echte Arbeiter*innendemokratie eintreten könnten.

Verbergen Sie die Revolution, die ich nicht sehen darf!¹

Auch auf höchster Ebene entfaltet der Reformismus der PSI- und der Gewerkschaftsführung seine Wirkung. Als kampferprobter Politiker lehnt es der Regierungschef Giolitti ab, der Panik der Industriellen nachzugeben und Gewalt anzuwenden. Wie auch? Der Militärapparat zerfällt, wie – unter anderem – die Episode von Ancona gezeigt hatte, und der Polizeiapparat steckt mitten im Umbruch. So zieht Giolitti es vor, sich auf die Führungsriege der reformistischen Apparate zu verlassen, um die Bewegung zu kanalisieren. Tatsächlich wiegeln diese so gut sie können ab. Nach der ersten Woche hat die Situation sich festgefahren und beide Seiten gehen auf Wartestellung. Die Führung der PSI weigert sich, die Kämpfe wirksam anzuführen, den Aufstand zu organisieren und eine Regierung zu stürzen, die die Lage nicht mehr kontrollieren

kann. Für die Entscheidungsfindung vertröstet sie auf einen nationalen Kongress ... der CGL. Der Vorsitzende der CGL, D'Aragona, verteidigt dort die „gewerkschaftliche Kontrolle“ (nicht die der Arbeiter*innen) und weist dem Kampf als einzige Perspektive die Ausweitung der Mitbestimmung. Die Maximalist*innen plädieren für den Aufstand. Die Mitgliederversammlung der CGL, in der die Reformist*innen überrepräsentiert sind, stimmt für D'Aragonas Vorschlag mit ca. 600 000 zu 400 000 Stimmen.

Die Bourgeoisie rettet ihre Haut

Die Bourgeoisie zeigt sich nicht kleinlich, um die sozialen Unruhen zu ersticken. Kräftige Lohnhöhungen werden gewährt (10 bis 20%, entgegen der ursprünglich geforderten 40%), sechs Urlaubstage im Jahr, Ausgleichszahlungen wegen der hohen Lebenshaltungskosten, Zuschläge für Überstunden, Abfindungszahlungen, ein Mindestlohn etc. Was die gewerkschaftliche Kontrolle angeht, wird eine Kommission eingerichtet... um die Frage zu prüfen! Die Arbeiter*innen, erschöpft und verstört, stimmen für die Wiederaufnahme der Arbeit.

Alle gehen nach Hause. Die revolutionärsten Elemente sind überzeugt, dass die nächste Welle kurz bevorsteht, aber die Arbeiter*innenklasse hat zwei Jahre hartnäckig gekämpft, bloß um im entscheidenden Moment allein gelassen zu werden. Tatsächlich wird die nächste Welle eine konterrevolutionäre Flut sein, die sich auf die von den Großindustriellen massiv finanzierten faschistischen Banden stützt. Die Faschisten werden morden und unterdrücken, Versammlungslokale abfackeln und die aktiven Kräfte liquidieren, um die Arbeiter*innenorganisationen zu zerschlagen. Die Arbeiter*innenorganisationen werden nur sehr zögerlich reagieren und stattdessen Hilfe bei der Polizei suchen (die wohlgemerkt auf der anderen Seite steht), weil sie den „Bürgerkrieg“ ablehnen.

Der Kongress von Livorno

Inzwischen hat die Kommunistische Internationale den Ausschluss der Reformist*innen aus den sozialistischen Parteien auf die Tagesordnung gesetzt. Auf Druck der Mitglieder ist die PSI der III. Internationale bei deren Gründung beigetreten. Aber die von Serrati geleitete maximalistische Führung beruft sich auf eine italienische Besonderheit, um die Umsetzung der 21 Beitrittsbedingungen zu umgehen – eine gemeinsame Regelung aller Sektionen der Internationale mit dem Ziel, die Reformist*innen auszuschließen. Dieser zentristische

Flügel beruft sich auf den Aufschwung der Reaktion, der die Einheit der Arbeiter*innenbewegung erfordere. Um diese Genoss*innen davon zu überzeugen, dass die Einheit der Revolutionär*innen wertvoller sei als ein Band zu den Verrätern von gestern, hätten sie mit Fingerspitzengefühl vorgehen müssen. Der linke Flügel der Partei (geleitet von Bordiga und Gramsci) stellt die Genoss*innen stattdessen vor die Entscheidung, ob sie sich dem linken oder dem rechten Flügel anschließen wollen. Dieses Ultimatum provoziert die faktische Spaltung, die auf dem Kongress von Livorno Anfang 1921 vollzogen wird. Die 100 000 Maximalisten, ihrer Zughaftigkeit treu, entscheiden sich für die 15 000 Reformist*innen statt für die 50 000 Kommunist*innen.

Die neue Kommunistische Partei, die Letztere gründen, hat nicht die Zeit, sich im Klassenkampf zu wappnen und ihr Sektierertum abzulegen, bevor die Faschisten Ende 1922 die Macht ergreifen.

■ Übersetzung aus *l'Anticapitaliste*, Wochenzeitung der französischen NPA vom 17.9.2020 von Nora Bräcklein

1 Zitat frei nach Molières Tartuffe (Verbergen Sie den Busen ...)



Ernest Mandel bei ISP



Ernest Mandel

Marxistische Wirtschaftstheorie

Schriften 1

818 Seiten, Hardcover, 49,80 Euro

2007, ISBN 978-3-89900-115-0

Ernest Mandel

Macht und Geld

Eine marxistische Theorie der Bürokratie

318 Seiten, Hardcover, 21,50 Euro

2000, ISBN 978-3-929008-73-9

Ernest Mandel

Karl Marx – Die Aktualität seines Werkes

191 Seiten, 17,80 Euro

2018, ISBN 978-3-89900-152-5

Ernest Mandel

Einführung in den Marxismus

isp-pocket 4

239 Seiten, 12,00 Euro

8. Auflage 2008, ISBN 978-3-89900-004-7

Ernest Mandel

Die langen Wellen im Kapitalismus

Eine marxistische Erklärung

130 Seiten, 8,50 Euro

2. Auflage 1987, nur direkt ab Verlag lieferbar

Ernest Mandel

Oktober 1917

Staatsstreich oder soziale Revolution?

Zur Verteidigung der Oktoberrevolution

167 Seiten, 12,50 Euro

1992, ISBN 978-3-929008-36-4

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

SÄBELRASSELN IN DER ÄGÄIS

Die Konflikte im östlichen Mittelmeer werden aller Wahrscheinlichkeit nach nicht auf einen verheerenden Krieg zwischen Griechenland und der Türkei hinauslaufen. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass dieses Szenario noch bis vor kurzem im Raum stand.

■ Antonis Ntavanelos und Panos Petrou

In den Gewässern südlich der griechischen Inselgruppe Dodekanes (ein Archipel von 160 größtenteils unbewohnten Inseln), südlich von Kreta und um Zypern herum, stehen sich die Kriegsflotten der beiden Staaten gegenüber und zugleich halten sich große US-amerikanische und französische Kriegsschiffe ständig in diesen Gewässern auf. Währenddessen gibt es täglich diplomatische und geopolitische „Initiativen“ zur Beilegung des Konflikts.

Die Streitkräfte Griechenlands und der Türkei befinden sich in ständiger Kampfbereitschaft und Militärmanöver mit scharfer Munition häufen sich. In den Medien beider Länder geben sich Militärveteranen und nationalistische „Intellektuelle“ ein tägliches Stelldichein, um die öffentliche Meinung auf beiden Seiten des Ägäischen Meeres auf die wahnwitzige Perspektive eines totalen Krieges einzustimmen.

In dieser Situation ist ein „ernster Zwischenfall“ (d. h. eine kurze und begrenzte militärische Konfrontation) durchaus eine reale Gefahr – entweder als „Unfall“ oder als bewusste „Eskalation“ auf beiden Seiten. Am schlimmsten ist, dass sich die Stimmen in Griechenland mehren, dass wir im Falle eines „ernsten Zwischenfalls“ unsere Zurückhaltung aufgeben und stattdessen einen „richtigen“ Krieg „bis zum Sieg“ führen sollten.

Die internationale Allianz, während des Kalten Krieges das sog. „westliche Lager“, hat für Griechenland Partei ergriffen. Innerhalb dieses Lagers bestehen zwar Unterschiede, was die Bereitschaft zur direkten Konfrontation mit der Türkei angeht; das ändert aber nichts daran, dass die

dortigen Kräfte i. W. die Position des griechischen Staates im Konflikt mit der Türkei unterstützen.

Die USA haben unter Führung von Donald Trump ein Abkommen über die strategische Bedeutung der militärischen Zusammenarbeit mit Griechenland unterzeichnet. Dieses Abkommen sieht eine Modernisierung der US-Militärbasis in Souda (Kreta) und die Einrichtung neuer NATO- und US-Militärstützpunkte auf dem griechischen Festland vor. Nach Angaben des Außenministeriums betrachten die USA den griechischen Staat als strategischen Pfeiler im „Schutzwall“ gegen Russland und China im östlichen Mittelmeerraum. Auch der einschlägig erfahrene und „umtriebige“ US-Botschafter in Athen, Geoffrey Pyatt, hat dies wiederholt bei öffentlichen Auftritten bekräftigt.

Notabene wurde die Unterzeichnung dieses Abkommens wie auch die generelle Annäherung an die US-Politik bereits von der Regierung unter Alexis Tsipras in trauter Eintracht mit der rechten Nea Dimokratia in die Wege geleitet.

Die Europäische Union verstärkt ihren Druck auf die Türkei und warnt Erdogan, dass auf dem nächsten Gipfel des Europäischen Rates am 24. und 25. September schwere wirtschaftliche und diplomatische Sanktionen gegen die Türkei beschlossen werden könnten.

Die deutsche Regierung, die in diesem halben Jahr die EU-Ratspräsidentschaft innehat, zugleich aber in der Türkei erhebliche wirtschaftliche Investitionen getätigt hat und industrielle Interessen verfolgt, will, dass eine Strategie von „Zuckerbrot und Peitsche“ gegenüber Erdogan verfolgt wird. Hier in Athen wird diese Herangehensweise als „zögerlich“ kritisiert angesichts eines allfälligen Konfrontationskurses. Seit einer Woche kursieren jedoch halboffizielle Gerüchte, wonach Verhandlungen zwischen Mitsotakis und Erdogan durchaus vorstellbar wären. Dies wird sich in den kommenden Tagen zeigen. [Inzwischen wurden unter der Ägide der NATO und Vermittlung von EU und Merkel Sondierungsgespräche über die Seegrenzen zwischen beiden Nationen anberaumt. AdÜ vom 6.10.]

Auf der anderen Seite scheint Frankreich – unter der Führung von Emmanuel Macron – den Rubikon über-

schritten zu haben, was in den griechischen Medien für Begeisterungstürme sorgt. Frankreich hat einen permanenten Marinestützpunkt in Zypern zugesichert bekommen und der Flugzeugträger „Charles de Gaulle“ (Flaggschiff der französischen Marine) „patrouilliert“ in den kritischsten Momenten in der umstrittenen Zone. Macron hat ein massives Aufrüstungsprogramm für den griechischen Staat abgesegnet, das die Lieferung von modernsten Kriegsschiffen (Belharra-Fregatten) und Rafale-Kampfflugzeugen umfasst.

Die euro-atlantischen Partner behaupten, dass sie mit dieser Politik den Frieden im östlichen Mittelmeer verteidigen.

Bei der jüngsten Konferenz der „Sieben Mittelmeerstaaten“ (Frankreich, Spanien-Pedro Sanchez, Italien-Giuseppe Conte, Portugal-Antonio Costa, Malta-Robert Abela, Zypern-Nikos Anastasiades und Griechenland-Kyriakos Mitsotakis) in Ajaccio auf Korsika am 10. September beschwor Macron die Idee einer „Pax Mediterranea“, was beim griechischen Premierminister Mitsotakis auf Begeisterung und in Ankara auf wütende Ablehnung gestoßen ist.

Die „Pax“ von Macron hat wenig mit Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu tun. Am Tag nach der pompösen „Erklärung“ von Ajaccio brannte das Lager Moria in Lesbos ab, und die Tausenden von Flüchtlingen, die dort inhaftiert waren, befinden sich – angesichts rassistischer Angriffe und der Bedrohung durch den Coronavirus – in einer katastrophalen Lage. Die Regierung versucht indessen mit Macht, ein neues Lager zu errichten, das in Wirklichkeit nichts weiter als ein Internierungslager sein wird. Dabei wird gerne übersehen, dass das Elend, unter dem die Flüchtlinge leiden, seine Wurzeln in dem rassistischen Abkommen zwischen der EU, der Türkei und Griechenland hat.

Diese „Pax“ hat auch wenig mit Demokratie zu tun, auch wenn die in Ajaccio vertretenen Regierungen ein durch Wahlen zustande gekommenes demokratisches Mandat beanspruchen. Pate für das aktuelle „Programm“ von Macrons Pax mediterranea war ein anderes Abkommen das vor Ort geschlossen wurde, nämlich die „Achse des Friedens“, die zusammen mit Griechenland und Zypern den Staat Israel und das diktatorische Regime von General Sissi in Ägypten umfasst. Nach den jüngsten diplomatischen Schritten Israels (Abkommen zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain) ist es gut möglich, dass diese „Achse“ um einige der reaktionärsten Monarchien der arabischen Welt erweitert wird.

Und so sonderlich „mediterran“ ist die „Pax“ von Macron auch nicht. Nicht nur, dass sie sich militärisch und diplomatisch an die USA anlehnt, sondern diese Konstellation birgt auch einen finanziellen Aspekt. Der französische Ölkonzern Total und die italienische ENI, die sich umgehend für das Projekt zur Förderung fossiler Energieträger im östlichen Mittelmeer und für den umstrittenen Bau einer Unterwasser-Pipeline im östlichen Mittelmeer einsetzen, arbeiten unter der „Koordination“ (d.h. unter der Aufsicht) der amerikanischen Noble Energy, die zum multinationalen Konzernriesen Chevron gehört.

Dies alles steckt hinter den wohlfeilen Worten der „Pax mediterranea“.

Geopolitische Interessen

In den 1970er Jahren standen die griechisch-türkischen Beziehungen nach dem 1974 von Griechenland inszenierten Militärputsch in Zypern und der darauf folgenden türkischen Militärinvasion, die zur Teilung der Insel führte, kurz vor einer militärischen Konfrontation.

Der Sturz der Militärjunta in Griechenland Ende 1974, die Furcht der bürgerlichen Politiker vor den verheerenden Folgen eines totalen Krieges und der Druck Europas und der USA, die Einheit des „südöstlichen Flügels“ der NATO zu bewahren, verhinderten damals diesen Ausgang. Die herrschenden Klassen auf beiden Seiten der Ägäis waren gezwungen, sich in den Status einer „konkurrierenden Koexistenz“ dreinzufügen, in dem sich zwei „Subimperialismen“ um die regionale Hegemonie stritten, aber ihre darüber hinausgehenden Ambitionen mäßigten.

Die jüngste Entwicklung ist auf zwei Umstände zurückzuführen.

Zum einen darauf, dass es unter Erdogan einen Bruch in den Beziehungen zwischen der Türkei und Israel gegeben hat und nachfolgend auch mit den USA und dem „westlichen Lager“ im Ganzen. Nach dem gescheiterten Militärputsch 2016 ist dieser Bruch deutlicher zutage getreten und es gibt bereits politische und diplomatische Folgen daraus, auch wenn diese Entwicklung sicherlich nicht unumkehrbar ist. Die Türkei ist nicht nur ein großes Land, sondern nimmt auch eine geographische Schlüsselrolle ein, die sie für die Nato unentbehrlich macht. Zudem waren Volten in der geopolitischen Ausrichtung in der Vergangenheit durchaus an der Tagesordnung.

Zum anderen geht es bei der Ursachenforschung für die gegenwärtige Krise um die Exploration von Gasvorkommen am Grund des Mittelmeers, und zwar zunächst in israelischen und ägyptischen Gewässern, dann rund um

Zypern und zuletzt südlich von Kreta. Die Ausbeutungsrechte dieser Vorkommen, deren Umfang noch immer nicht ganz klar ist, warfen die Frage nach den exklusiven Nutzungsrechten, der sog. Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) auf. Es geht also darum, wer diese Gewässer, die bis dato als internationale Gewässer galten, für sich beanspruchen darf.

Um diese beiden Fragen zu klären, wurde die militärische, wirtschaftliche und diplomatische „Achse“ der Staaten Israel, Zypern, Griechenland und Ägypten gegründet. Mit dem Pipeline-Projekt im östlichen Mittelmeer (Ost-Mittelmeer) wird eine Grenzziehung der AWZ im östlichen Mittelmeer vorgenommen, die ausschließlich die Mitgliedstaaten der „Achse“ berücksichtigt. Letztere haben dafür gesorgt, dass die Rechte zur Erforschung, Förderung und kommerziellen Nutzung der Gasvorkommen umgehend an ein mächtiges Konsortium aus amerikanischen und europäischen transnationalen (fossilen) Energiekonzernen abgetreten wurden. Für die Umsetzung dieses Projekts ist es entscheidend, die geographische Kontinuität zwischen den AWZ Israels, Zyperns und Griechenlands zu wahren, damit die Installation der 1900 km langen EastMed-Gaspipeline erfolgen kann. Dazu muss die Türkei im östlichen Mittelmeerraum beiseite gedrängt werden, und die Rechte anderer Länder wie Palästina, Libanon und Syrien müssen ernsthaft eingeschränkt werden.

Wiederholt haben wir darauf hingewiesen, dass die Umsetzung dieses Projekts wohl schwerlich auf friedlichem Wege erfolgen kann.

Die internationale radikale Linke ist sich bewusst, dass das Erdogan-Regime reaktionär und demokratiefeindlich ist und fortlaufend gegen die Lohnabhängigen, kurdische Aktivist*innen, soziale Bewegungen und aktive Linke vorgeht. Die Proteste dagegen sind natürlich legitim und richtig. Aber man darf nicht davon ausgehen, dass das türkische Volk gleichgeschaltet und nicht in der Lage ist, selbstständig zu denken und zu handeln. Zum Beispiel haben Meinungsumfragen in der Türkei gezeigt, dass ein großer Teil der Bevölkerung dagegen war, dass Erdogan die Hagia Sophia wieder in eine Moschee umgewandelt hat.

Für uns aber, die wir in den Nachbarländern der Türkei leben, sind die Aufgaben viel komplexer. Wir müssen uns gegen den „Feind im Innern“ wehren und sind verpflichtet, gegen die nationalistische Gefahr bei „uns“ zu kämpfen.

Es gibt viele, die das Kriegsgetöse ablehnen und hoffen, dass am Ende eine militärische Konfrontation dank des

Völkerrechts und der einschlägigen Institutionen vermieden wird. Bislang hat sich dies freilich als Illusion erwiesen.

Die Türkei hat viele der internationalen Seerechtsabkommen nicht unterzeichnet. Mittlerweile jedoch setzt sie auf den Internationalen Gerichtshof in Den Haag, wohl wissend, dass die Kräfteverhältnisse ungünstig sind, und in der Annahme, dass die Maximalforderungen Griechenlands keinen Bestand haben können. Dabei verlangt sie aber, dass über das gesamte Spektrum der Streitigkeiten zwischen Griechenland und der Türkei entschieden wird. Griechenland wiederum beharrt darauf, dass seine Ansprüche begründet und durch das Völkerrecht gedeckt seien. Andererseits weigert sich das Land, sich an irgendeinem völkerrechtlichen Verfahren zu beteiligen, in dem über Fragen entschieden werden könnte, die der griechische Staat durch einseitige Maßnahmen „gelöst“ zu haben glaubt (Militarisierung der Inseln der östlichen Ägäis, Ausdehnung seiner Souveränität über umstrittene Inseln und Felsen, Ausdehnung seines Luftraums auf 10 Meilen, was außerhalb seiner Hoheitsgewässer liegt, die sich auf 6 Meilen erstrecken). Gleichzeitig sträubt sich ein Teil des Staatsapparats gegen jede Anrufung des Internationalen Gerichtshofs, wohl wissend, dass die griechischen Ansprüche auf ihre AWZ maximalistisch sind, und warnt davor, dass in einem solchen Rechtsverfahren am Ende ein Kompromiss stehen könnte, der „den Interessen der Nation schadet“.

Das bedeutet, dass die Konfrontation nach der Methode der „faits accomplis“ weiter vorangeht, indem einseitig vor Ort vollendete Tatsachen geschaffen werden. Wie wir diesen Sommer gesehen haben, birgt diese Methode die Gefahr eines „ernsten Zwischenfalls“ in sich, der schwer zu kontrollieren und zum Krieg führen kann.

Aus der Geschichte lernen

Es ist eine tragische Ironie des Schicksals, dass all dies 100 Jahre nach dem letzten griechisch-türkischen Krieg von 1918–1922 geschieht, für den beide Völker einen hohen Preis bezahlt haben.

Am Ende des Ersten Weltkriegs drängten die damaligen Großmächte auf die Teilung des Osmanischen Reiches und ermutigten den griechischen Premier Eleftherios Venizelos zur Invasion in Kleinasien. Die griechische Armee rückte nach Anatolien vor, besetzte Teile des Landes östlich der Küste und erreichte die Außenbezirke der türkischen Hauptstadt Ankara.

Aber nachdem die Briten, Franzosen und Italiener die von ihnen angestrebten Annexionen erhalten hatten,

setzten sie auf eine Normalisierung ihrer Beziehungen mit dem neuen türkischen Regime von Kemal Atatürk und ließen ihre früheren Verbündeten im Regen stehen. Dies hatte den sofortigen Zusammenbruch der griechischen Armee zur Folge. Während des türkischen Gegenangriffs verließen 1,5 Millionen Griechisch sprechende Menschen aus Kleinasien ihre Heimat und ließen sich als Flüchtlinge in Griechenland nieder. Ihre tragische Erfahrung aufgrund dieses Abenteuerstums der griechischen Armee führte zu ihrer Radikalisierung: Die Flüchtlinge bildeten in den 1930er und 1940er Jahren das Rückgrat der Arbeiter*innenbewegung und der kommunistischen Linken.

Aber die Geschichte liefert auch ein weiteres lehrreiches Beispiel. Als Venizelos und Atatürk 1930 erkannten, dass eine Finanzkrise drohte, unterzeichneten sie gemeinsam ein Friedens- und Partnerschaftsabkommen, das die gegenseitige Anerkennung der bestehenden Grenzen und eine Reduzierung der Militärausgaben vorsah. Die aufkommende kapitalistische Modernisierung in beiden Ländern beruhte auf einer Politik des Friedens und der

Zusammenarbeit. 1934 schlug der Kriegshetzer Venizelos Kemal Atatürk für den Friedensnobelpreis vor.

Beide Länder befinden sich heute in einer schweren wirtschaftlichen und sozialen Krise. Inmitten einer solchen Krise ist Aufrüstung absurd. Eine militärische Konfrontation wird für alle Völker auf beiden Seiten der Ägäis verheerend sein, ist aber nach wie vor nicht auszuschließen.

Gegen den Krieg zu kämpfen, den Frieden als essentielle Errungenschaft für die Bevölkerung zu verteidigen, Aufrüstung im eigenen Land abzulehnen und aus imperialistischen Bündnissen auszuscheren, sind programmatische Kernpunkte einer emanzipatorischen Politik. In der gegenwärtigen Klimakrise muss diese Anti-Kriegspolitik mit der Ablehnung des Extraktivismus verbunden werden, der uns als Kanonenfutter für die Profiteure von Big Oil in die Schlächtereien des Krieges zu schicken droht.

■ Übersetzung aus *alencontre* vom 19.9.2020: MiWe



KRIEGSTREIBEREI UND DIPLOMATIE

[...] Die griechische Regierung hofft, die Unterstützung der Großmächte zu nutzen, um in einer „aggressiven Verhandlung“ den größtmöglichen Nutzen zu erzielen. Diese Unterstützung spiegelt sich in ständigen französischen oder deutschen Warnungen an Erdogan wider (trotz der Tatsache, dass ihr Zögern, schon jetzt Sanktionen zu verhängen, von griechischen Medien als „Schwäche“ dargestellt wird). Mike Pompeo besuchte kürzlich Griechenland als Vertreter der Trump-Regierung, um Abkommen zur Ausweitung der amerikanischen Militärpräsenz auf griechischem Boden zu unterzeichnen. Unterdessen kritisieren John Bolton und Joe Biden in ihren jüngsten Äußerungen, dass Trump nicht noch entschiedener eine „antitürkische“ Position beziehe.

Daher gehen die „diplomatischen Bemühungen“ mit einem riesigen Rüstungsprogramm von mindestens 10 Mrd. Euro einher, während „kein Geld“ zur Unterstützung von Schulen und Krankenhäusern zur Verfügung steht. Dies geht auch mit einer allgemeinen Förderung des Militarismus einher: dem Vorschlag zur Anhebung des Militärdienstes von 9 auf 12 Monate, einer Debatte, die Wehrpflicht im Alter von 18 Jahren obligatorisch zu machen (bis jetzt kann man den Dienst um einige Jahre verschie-

ben), der Einstellung von 15 000 Berufssoldat*innen (zusätzlich zu einem bereits aufgeblähten Militär) und der „Aufwertung der Rolle der Armee für die Wirtschaft“ (nach dem Vorbild Israels).

Inzwischen operiert die „Oruç Reis“ wieder in umstrittenen Gebieten des Mittelmeers, da Erdogan alle daran erinnern will, dass internationale Gewässer nicht zur AWZ eines einzigen Staates werden können, bevor ein Abkommen über die gegenseitige Abgrenzung erreicht ist. In den griechischen Medien flammt die nationalistische Erregung über diese erneute „türkische Provokation“ wieder auf. Alexis Tsipras forderte die Regierung auf, darauf mit einer Ausdehnung der griechischen Hoheitsgewässer auf 12 Seemeilen „zu antworten“. Dies ist ein beschämendes und gefährliches Abgleiten von SYRIZA in den Nationalismus. Es wäre ein aggressiver Schritt, der die langen türkischen Küsten von jedem Zugang zum Meer abschneiden und die Ägäis in einen „griechischen See“ verwandeln würde; aus diesen Gründen wurde er von allen türkischen Regierungen als „casus belli“ betrachtet.

Panos Petrou

FÜR EINE INTERNATIONALISTISCHE ANTIKRIEGSBEWEGUNG GEGEN NATIONALE MYTHEN

Zum aktuellen griechisch-türkischen Konflikt im Mittelmeer. Auszüge
aus der Erklärung von OKDE Spartakos. Die vollständige Erklärung
findet sich auf der Website www.intersoz.org

■ Erklärung von OKDE-Spartakos*

■ Wie in diesen Fällen üblich, gewinnt die Opposition in einer Zeit, in der die Regierung die aggressiven Ziele der Bourgeoisie durch entsprechende Manöver umsetzt, durch Nationalismus und Bigotterie an Boden. Dazu gehört auch die parlamentarische Linke. SYRIZA spielt eindeutig das Spiel, das [Ministerpräsident] Mitsotakis im Fall des imperialistischen Prespa-Abkommens gegen sie gespielt hat: vorzugeben, dem pragmatischen Nationalismus der Regierung nicht zuzustimmen, und zu versuchen, die schlimmsten nationalistischen Reflexe in der Gesellschaft auszunutzen, indem sie die ND¹-Regierung dafür kritisiert, dass sie einen reduzierten Festlandsockel im Abkommen mit Ägypten akzeptiere, und für eine angeblich kleinlauten Reaktion auf die seismischen Messungen. Die KKE prangert die angebliche Aufgabe souveräner Rechte an, vergiftet die Arbeiterklasse mit Nationalismus und Feindseligkeit gegen das türkische Volk und zeigt, wie heuchlerisch und hohl ihre linke Rhetorik ist – in diesem kritischen Moment passt sich die KKE den Bestrebungen der griechischen Bourgeoisie an. Sogar Varoufakis vergaß seine Aussage vor den Wahlen, dass die Kohlenwasserstoffe² im Boden des Mittelmeers bleiben sollten, und forderte eine Pause der bilateralen Verhandlungen mit der Türkei und notfalls die einseitige Erklärung einer AWZ³. Die parlamentarische Linke kritisiert die Rechtsregierung von einem reaktionären Standpunkt aus.

■ Die arbeitende Klasse Griechenlands (wie auch die der Türkei) hat nichts von einer AWZ zu gewinnen, die ausschließlich von lokalen Kapitalisten oder multinationalen Unternehmen ausgenutzt wird. Die Tatsache, dass der

Löwenanteil der möglichen Kohlenwasserstoffförderung von ausländischen Kapitalisten übernommen würde, ist zweitrangig, weil die Interessen aller Kapitalisten, unabhängig von ihrer Nationalität, den Arbeitern fremd sind. Griechische und türkische Arbeiter*innen hingegen haben durch einen möglichen Krieg alles zu verlieren. Ein griechisch-türkischer Krieg wäre ein Blutbad für die Arbeiter*innen beider Länder allein für die Interessen ihrer Bosse. Aber auch ohne Krieg stärkt die Rivalität der arbeitenden Klassen der beiden Länder ihre jeweiligen Bourgeoisien und Regierungen, mit der Macht der „nationalen Einheit“ gegen den vermeintlichen gemeinsamen äußeren Feind. Es ist allgemein bekannt, dass angesichts der „Bedrohung der Nation“ jeder Anspruch und jede Forderung der arbeitenden Klasse im Interesse des sogenannten Gemeinwohls fallengelassen werden soll.

■ Die arbeitenden Klassen beider Länder können durch die Verwandlung der Ägäis und des östlichen Mittelmeers in ein Meer von Bohrinseln innerhalb der Logik eines absoluten Festhaltens an der weitgehend erschöpften Kohlenwasserstoffwirtschaft nur verlieren, eine Zukunft, die die bereits geschädigte natürliche Umwelt weiter zerstören und Luft und Wasser noch mehr vergiften wird.

■ Es ist zu erwarten, dass die arbeitende Klasse von patriotischen Mythen und nationalistischer Hysterie beeinflusst wird. Nationale Vorurteile sind sehr schwer abzubauen. Trotzdem müssen wir klar Position beziehen und die Wahrheit aussprechen, auch wenn wir am Anfang unweigerlich in der Minderheit sein werden. Wenn das, was wir heute sagen, nicht populär ist, werden die Erfahrungen der

Arbeiter*innen und der Armen bald zeigen, dass die souveränen Rechte Griechenlands, die wir wahren sollen, nur im Interesse der Kapitalisten liegen – und unserer eigenen Zerstörung.

■ Die Halbwahrheiten, mit denen bestimmte Teile der außerparlamentarischen Linken oder sogar der Anarchist*innen reagieren, leisten der arbeitenden Klasse und den Unterdrückten keinen guten Dienst. Linke Patriot*innen oder sogar „antiimperialistische“ Anarchist*innen sprechen von türkischen „Provokationen“ und akzeptieren die nationalen Mythen entweder direkt oder durch verwinkelte Argumentationen. Für die direkte oder indirekte Unterstützung der griechischen Seite werden verschiedene Vorwände herangezogen:

– Der autoritäre oder sogar „faschistische“ Charakter des Erdogan-Regimes, als ob die Verbündeten Griechenlands (der Diktator von Ägypten Es-Sisi, der Metzger der Palästinenser*innen Netanjahu oder die Monarchien von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten) sowie die griechische Regierung selbst anderen Interessen als das Erdogan-Regime gedient hätten, nämlich den Interessen der Kapitalisten ihrer jeweiligen Länder.

– Das angebliche wirtschaftliche Übergewicht der Türkei gegenüber Griechenland, als ob die Türkei nicht seit einiger Zeit in einer tiefen Wirtschaftskrise stecken würde – auf die Erdogan mit Versprechungen auf Gasvorkommen im Schwarzen Meer und möglicherweise im Mittelmeerraum zu reagieren versucht, unter anderem als panische Antwort auf die dramatische Abwertung der Landeswährung.

– Die revisionistische Rolle der Türkei, die als einzige die Verträge und den Status quo in der Region in Frage stellen würde und die Grenzen neu zu ordnen droht, als wäre es nicht Griechenland, das beispielsweise als erstes historisch einseitig seine Küstengewässer auf 6 Seemeilen und seinen Luftraum auf 10 Seemeilen erweitert und Militär auf den entmilitarisierten Inseln stationiert hat.

– Die angebliche langfristige Vorliebe der Imperialisten für die Türkei – zu einem Zeitpunkt, an dem die größten imperialistischen Mächte mit Trump und der EU an der Spitze an der Seite Griechenlands stehen und neue Sanktionen gegen die Türkei zugunsten Griechenlands und Zyperns ankündigen.

All dies sind schändliche Vorwände und linke Phrasen, um sich dem Nationalismus anzuschließen, der die Arbeiter auf die Seite ihrer Bosse zieht.

■ In solchen kritischen Situationen reicht auch eine allgemeine pazifistische bilaterale Verurteilung der griechisch-

türkischen Rivalität, bei der „beide Seiten reaktionär“ sind, nicht aus. Natürlich ist die Rivalität auf beiden Seiten reaktionär, und wir haben keinen Zweifel daran, dass Erdogan in erster Linie ein Feind der arbeitenden Klasse und der in seinem eigenen Land lebenden Menschen ist. Doch es ist Sache der Arbeiterbewegung der Völker der Türkei, gegen ihn vorzugehen, und sie tut es auch bereits, ohne die Hilfe griechischer Patriot*innen zu benötigen. Die Aufgabe der arbeitenden Klasse hier besteht in erster Linie darin, die Kapitalisten ihres Landes mit ihren Regierungen, ihrem Staat, ihren imperialistischen Bestrebungen und ihren Kriegsplänen zu bekämpfen. Es kann kein Vertrauen in die Verhandlungen zwischen den Regierungen, den imperialistischen „internationalen Faktor“ und das sogenannte Völkerrecht geben. Wir brauchen eine Antikriegsbewegung, und das sofort. Um all dies zu erreichen, muss die arbeitende Klasse sich vom patriotischen und nationalistischen Gift befreien. Und genau hier liegt die Hauptaufgabe der antikapitalistischen Linken: dabei zu helfen, indem sie die nationalen Mythen aufdeckt.

■ Nein zur griechischen Aggression im östlichen Mittelmeer

■ Nein zu Bohrungen und Förderung im Mittelmeerraum

■ Erhebt Euch gegen die Kriegspläne – für eine Massenbewegung innerhalb und außerhalb der Armee

■ Solidarität und Zusammenarbeit zwischen griechischen und türkischen, ortsansässigen, geflüchteten und migrierten Arbeiter*innen

6. September 2020

■ **OKDE-Spartakos** ist die griechische Sektion der Vierten Internationale.

*Es handelt sich hier um einen Auszug wegen der Überschneidungen mit dem voranstehenden Beitrag zum gleichen Thema. Der vollständige Text der Erklärung ist auf der Website der ISO unter <https://intersoz.org/fuer-eine-internationalistische-antikriegsbewegung-gegen-nationale-mythen/> zu lesen.

■ *Übersetzung aus dem Englischen: Björn Mertens*

1 Nea Dimokratia (Neue Demokratie) ist die derzeit regierende, liberal-konservative Partei in Griechenland

2 Oberbegriff für Erdöl und Erdgas

3 Ausschließliche Wirtschaftszone: die nach dem Seerecht vorgesehene Zone von 200 Seemeilen (370 km), in der Küstenstaaten das alleinige Recht der wirtschaftlichen Ausbeutung haben (Fischfang, Bodenschätze).

MALI NACH DEM PUTSCH

Die Machtübernahme durch die Militärs eröffnet eine neue Seite in einem Land, das sich in einer beispiellosen Krise befindet und in dem sich die Lage immer weiter verschlechtert. Bereits 2019 lebten 41,1 % der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze und diese Zahl könnte bis Ende 2020 um weitere 800 000 Menschen ansteigen.

■ Paul Martial

Der Verlauf des Putsches weist darauf hin, dass er sorgfältig vorbereitet wurde. Am 18. August besetzten die Meuterer gleichzeitig die Kasernen von Kati und N'Tominkorobougou und Truppen wurden entsandt, um die Schlüsselfiguren des Regimes, den Staatspräsidenten Ibrahim Boubacar Keïta (IBK), seinen Premierminister Boubou Cissé sowie den Außenminister Tiébilé Dramé, den Finanzminister Abdoulaye Daffé und General Ibrahim Dahirou Dembelé, den Verteidigungsminister, zu verhaften.

Eine Regierung gegen das Volk

Die Putschisten proklamierten umgehend die Einsetzung eines Nationalen Komitees zur Rettung des Volkes (CNSP) und veranlassten Keïta, persönlich seinen Rücktritt und den seiner Regierung sowie die Auflösung der Nationalversammlung zu verkünden. Damit sollte eine verfassungsmäßige Fassade gewahrt bleiben – ein allerdings vergebliches Unterfangen.

Auch wenn es sich bei den Putschisten meist um hochrangige Offiziere handelt, hat keiner von ihnen dem inneren Zirkel des Regimes angehört. Einige von ihnen waren Kriegsteilnehmer gegen die Rebellen im Norden Malis, wie etwa Oberst Assimi Goïta, Präsident des CNSP. Er war Kommandant des autonomen Bataillons der Spezialeinheiten und kämpfte von 2002 bis 2008 gegen die Dschihadisten im Norden des Landes. Die Nummer zwei des CNSP, Malick Diaw, war stellvertretender Befehls-

haber der Militärzone Kati und gilt als treibende Kraft des Staatsstreichs. CNSP-Sprecher Ismaël Wagué war der stellvertretende Stabschef der Luftwaffe der malischen Streitkräfte.

In Anlehnung an die Werbung eines multinationalen Hightech-Konzerns könnte man sagen: Wovon das Volk bloß träumte, machten die Putschisten wahr, nur dass in diesem Fall das Volk nicht bloß träumte, sondern mit Massendemonstrationen massiv gegen das bestehende Regime protestierte.

Das auslösende Moment dieser Mobilisierungen seit Anfang Juni war die Entscheidung des Verfassungsrates, die Ergebnisse der Parlamentswahlen in etwa dreißig Wahlkreisen zugunsten der regierenden Kandidaten zu ändern. Bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2018 lag die Wahlenthaltung im ersten Wahlgang bei 57 % und im zweiten bei mehr als 65 %. Auch bei den letzten Parlamentswahlen enthielten sich genauso viele Wähler*innen, was zeigt, wie stark das Desinteresse der Bevölkerung an einer weitgehend diskreditierten politischen Klasse ist.

Die Massenmobilisierungen wurden von der Bewegung des 5. Juni – Allianz der Patriotischen Kräfte (M5-RFP), einem Zusammenschluss verschiedener Parteien, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlicher Basisorganisationen, gegen die Regierung und für den Rücktritt von Keïta organisiert. Die Regierung wusste darauf lediglich mit heftiger Repression zu antworten, die elf Tote und mehr als hundert Verletzte forderte. IBK zögerte nicht, die

Spezialeinheit zur Terrorismusbekämpfung (FORSAT) einzusetzen, die mit scharfer Munition auf die Menge schoss, um die Demonstrationen niederzuschlagen.

Während IBK 2013 noch einen Aufbruch verkörperte und die Präsidentschaftswahlen mit einem Erdrutschsieg gewann, enttäuschte er seither nur noch durch seine Tatenlosigkeit gegenüber den Problemen des Landes. Nicht nur seine Regierung sondern auch seine Entourage war tief in Korruptionsskandale verstrickt, die das politische Leben vergiftet haben: etwa die überhöhten Rechnungen für den Kauf des Präsidentenflugzeugs, die Käufe von Luxus-SUVs für sein Gefolge, ganz zu schweigen von seiner Patek-Philippe-Uhr für mehr als 80 000 Euro und seinem Sohn Karim Keïta, der seinen luxuriösen Lebensstil schamlos in den sozialen Netzwerken ausbreitet, während fast die Hälfte der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze lebt.

Die UNO hat in einer Untersuchung festgestellt, dass die Militärführung – ganz wie General Kéba Sangaré, Stabschef der Armee und Kommandant des Hauptquartiers der gemeinsamen Streitkräfte – die Friedensabkommen von Algier ständig torpediert und verantwortungslos gehandelt hat, indem sie den Schutz von Ogossagou aufhob, obwohl das Dorf von bewaffneten Milizen bedroht wurde. Wenige Stunden nach dem Abzug der malischen Armee wurde der Ort angegriffen, wobei 35 Zivilisten ums Leben kamen und 19 Menschen verschwanden. Dabei war dieses Dorf bereits im Vorjahr von einem Massaker betroffen, bei dem 160 Menschen starben.

Auch wenn General Sangaré seiner Ämter enthoben wurde, konnten sich Typen seinesgleichen an der Staatsspitze behaupten und dort weiter ihr Unwesen treiben. Insofern betraf der Putsch ein Regime, das bereits abgewirtschaftet hatte und durch Korruption und Unfähigkeit geprägt war.

Das Volk krepirt

Sei es die wirtschaftliche und soziale Situation oder die Sicherheitslage im Land, überall stehen die Warnsignale auf Rot. Nach dem jüngsten Bericht des UN-Generalsekretärs verschlechtert sich die Lage weiter. „Die Zahl der Vertriebenen in Mali ist von 218 000 im März auf 239 484 angestiegen.“

Die Friedensvereinbarungen von Algier vom 20. Juni 2015 existieren faktisch nur auf dem Papier, da die beiden wichtigsten Maßnahmen nicht umgesetzt worden sind: „Verzögerungen bei der neuen administrativen und territorialen Aufteilung und Probleme beim Einsatz der wieder

geschaffenen Armeeeinheiten im Norden gelten als die Haupthindernisse für die Umsetzung des Abkommens“.

Der Norden des Landes gleicht inzwischen einer Grauzone, in der die bewaffneten Gruppen – ob Unterzeichner des Friedensabkommens oder nicht, ob islamistisch oder regierungstreu – zumeist bloß mit Schmuggelgeschäften verschiedenster Art befasst sind.

Diese Situation ist zum Teil das Ergebnis der französischen Militärintervention im Rahmen der Operation „Serval“. Denn die hatte zur Folge, dass die Dschihadisten über die gesamte Sahelzone hinweg zerstreut wurden. Zudem setzte man – statt auf eine umfassende Abrüstung aller Beteiligten – darauf, mit den bewaffneten Truppen der MNLA-Unabhängigkeitskämpfer und anschließend – im Rahmen der Operation „Barkhane“ – mit regierungsnahen Milizen zu kooperieren, um die Dschihadisten zu bekämpfen.

Es gibt zwei islamistische Gruppen: die Dschamā‘at Nuṣrat al-Islām wa-l-Muslimīn (Gruppe für die Unterstützung des Islams und der Muslime, JNIM), die der al-Qāida angeschlossen ist und von Iyad Ag Ghali geleitet wird, und den Islamischen Staat in der Groß-Sahara. Darüber hinaus gibt es bewaffnete Gruppen, die in mehreren Organisationen zusammengeschlossen sind. Auf der Regierungsseite gibt es die Plattform der Selbstverteidigungsbewegungen, die „die Plattform“ genannt wird, auf der Rebellenseite die Koordination der Bewegungen des Azawad (CMA) und schließlich die Koordination der Bewegungen des Kartells, in der ehemalige Mitglieder der ersten beiden Gruppen zusammengeschlossen sind. Zwischen all diesen Gruppen sind die Grenzen weitgehend durchlässig, und Allianzen werden nach Lust und Laune der Clanführer gebildet und aufgelöst.

Die Gewaltausbrüche, die früher auf den Norden beschränkt waren, haben sich in den letzten Jahren auf das Zentrum des Landes ausgedehnt, und die Lage verschlechtert sich durch Zusammenstöße zwischen, aber auch innerhalb der Gemeinden immer weiter. Die Ursachen der Konflikte liegen hauptsächlich im Zugang zu den Ressourcen, sei es Wasser oder Weideland, zwischen den Fulani, von denen die meisten Viehzüchter sind, und den anderen Gemeinschaften, die ihren Lebensunterhalt durch Landwirtschaft oder Fischerei bestreiten.

Die Zusammenstöße verlaufen blutig, da es im Land viele Kriegswaffen gibt, die leicht zu beschaffen sind, und da der Staat nicht als Mittler und Regulator eingreift, was den Islamisten Vorschub leistet, sich in die Konflikte einzumischen und sie anzuzünden. Kaum ein Monat vergeht,

ohne dass es zu Angriffen und Repressalien durch bewaffnete Milizen wie „Dan Nan Ambassagou“ oder Islamisten kommt. Stets ist es die Zivilbevölkerung, die am stärksten darunter leidet.

Je stärker der militärische Druck, desto tiefer versinkt das Land im Chaos mit dramatischen Folgen für die Bevölkerung. Menschenrechtsverletzungen wie Morde, Plünderungen, Entführungen, Verschwindenlassen, Zwangsrekrutierungen (auch von Kindern) werden von den bewaffneten Gruppen, aber auch von Regierungskräften begangen:

„MINUSMA (Multidimensionale Integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali) verzeichnete 535 Fälle von Menschenrechtsverletzungen und -missbräuchen, ein Anstieg um 412 gegenüber dem vorangegangenen Zeitraum, von denen 275 von bewaffneten Gruppen und 163 von nationalen Streitkräften begangen wurden. Die Zahl der Fälle von Menschenrechtsverletzungen und -missbräuchen durch bewaffnete Gruppen und nationale Streitkräfte stieg auf 535.“ Die verzeichneten Fälle spiegeln die Situation nur teilweise wider, da in der Sahelzone eine Vielzahl von Regierungsarmeen operieren: die malische Armee, die Eingreiftruppe G5 Sahel Joint Force, der Teile der Armeen von Mali, Niger, Burkina Faso, Mauretanien und Tschad angehören, die UNO-Truppe MINUSMA, die Takuba-Spezialeinheit, die sich aus Soldaten der Europäischen Union, den Streitkräften der Operation „Barkhane“ der französischen Armee und den Streitkräften der verschiedenen Sahelländer zusammensetzt, die 50 Kilometer über die Landesgrenzen hinaus operieren dürfen, was kürzlich auf 100 Kilometer erweitert wurde.

Wenn Zivilisten misshandelt werden, lässt sich schwer sagen, wer dafür verantwortlich ist, zumal die Soldaten der Sahel-Staaten, die in die G5-Truppe integriert sind, kein Erkennungszeichen haben. Die französischen Streitkräfte kooperieren eng mit bestimmten bewaffneten Gruppen wie der „Selbstverteidigungsgruppe der Imghad-Tuareg und Verbündete“ (GATIA), obwohl diese für Verbrechen verantwortlich sind.

Mali gerät zunehmend in eine Gewaltspirale. Dabei geht es nicht mehr darum, dass einige wenige Dschihadisten Anschläge verüben, sondern dass eine Vielzahl bewaffneter Gruppen die ursprünglich politischen und wirtschaftlichen Probleme ausnutzt. Die Krise des Kapitalismus in Afrika und namentlich in der Sahelzone mit ihren klimatischen, wirtschaftlichen, sozialen und jetzt auch gesundheitlichen Auswirkungen verschärft die Span-

nungen in den Gemeinden. Dass der malische Staat oder die westlichen Länder darauf militärisch reagieren, ändert nichts an dieser Situation, sondern verschärft sie nur. Die Basisorganisationen der Zivilgesellschaft in der Sahelzone bringen das Problem auf den Punkt:

„Das militärische Eingreifen hat es bisher nicht ermöglicht, den Schutz aller Bevölkerungsgruppen unterschiedslos zu gewährleisten und hat stattdessen sogar zu zahlreichen Übergriffen gegen Zivilisten geführt. (...) Die Staaten müssen in der Lage sein, die Situation zu analysieren, die Menschen dazu bringen, sich bewaffneten Gruppen anzuschließen ...“ Dieser latente Kriegszustand im Norden und im Zentrum des Landes hat soziale Folgen: Die Gesundheitszentren funktionieren nicht mehr und die Schulen sind verwaist, sodass bereits vor der Covid-19-Krise fast 1261 Schulen aus Sicherheitsgründen geschlossen waren.

Infolge der Transportprobleme steigen die Lebensmittelpreise unablässig und die Knappheit wird durch die Corona-Krise noch verschärft. Die Vereinten Nationen schätzen, dass „die Ernährungsunsicherheit 3,5 Millionen Menschen betrifft, von denen sich 757 000 in einer ernsten Lage befinden“. Der Zorn der Malier gegen die Regierung und ihren Präsidenten IBK und ihre positive Resonanz auf den Staatsstreich ist somit im Gegensatz zu den Positionen der internationalen Gemeinschaft nachvollziehbar.

Der Reigen der Heuchler

Der Putsch wurde einstimmig verurteilt, wobei es jedoch gewisse Nuancen gibt. So fordert Frankreich die Wiedereinsetzung einer zivilen Regierung, ohne IBK zu erwähnen, im Gegensatz zur ECOWAS. Diese Organisation, in der die Staatschefs der westafrikanischen Länder vertreten sind, fordert „die Wiedereinsetzung von Präsident Ibrahim Boubacar Keïta als Präsident der Republik gemäß den verfassungsrechtlichen Bestimmungen seines Landes“.

Unter diesen herausragenden Vertretern der verfassungsmäßigen Ordnung findet man Alassane Ouattara und Alpha Condé, die die Verfassung ihres Landes geändert haben, um sich zur Wiederwahl stellen zu können, oder ein Faure Gnassingbé, der durch einen Staatsstreich an die Macht kam und sich dank manipulierter Wahlen in seiner vierten Amtszeit befindet.

Ihre salbungsvolle Erklärung zur Verteidigung der Verfassung Malis könnte belächelt werden, wenn die Konsequenzen nicht so schwerwiegend wären. Die ECOWAS erklärt „die Schließung aller Landes- und Luftraumgrenzen sowie die Einstellung aller wirtschaftlichen, finanzi-

ellen und Handelsverbindungen und Transaktionen mit Ausnahme von Grundnahrungsmitteln, Medikamenten, Treibstoff und Elektrizität zwischen den Mitgliedsländern und Mali. Alle Partnerländer sind aufgefordert, sich den Maßnahmen anzuschließen.“¹

Mali ist ein Binnenland, das für seine Versorgung von den Nachbarländern abhängig ist. Ein Embargo würde die Situation noch weiter verschärfen.

In Afrika folgt Staatsstreich auf Staatsstreich, wobei es jedoch Unterschiede gibt. Es gibt Staatsstrieche, die demokratische Regimes stürzen, wie 2008 in Mauretanien, wo General Mohamed Ould Abdel Aziz die Macht übernahm, um die strafrechtliche Verfolgung von Unterschlagungsdelikten zu unterbinden, oder auch den Staatsstreich von Blaise Compaoré gegen Sankara und dessen Versuch, ein fortschrittliches Regime zu etablieren. Und es gibt Staatsstrieche, die Diktaturen oder abgewirtschaftete Regimes zu Fall bringen, die sich nur noch durch Repression an der Macht halten. Mali ist ein Beispiel für diese Variante. Das Ende der Diktatur von Moussa Traoré im Jahr 1991 war eine Kombination aus Massenprotesten und einem Militärputsch. Der Staatsstreich von Amadou Haya Sanogo im Jahr 2012 setzte dem korrupten Regime von Amadou Toumani Touré ein Ende.

Diese Art von Staatsstreich ist immer ambivalent, da er einerseits das Land von korrupten Machthabern befreit, andererseits aber sich an die Stelle der Bevölkerung und ihrer Selbstorganisation setzt und sie um ihren Sieg bringt, was einem Machtmissbrauch Vorschub leistet.

Schwere Zeiten für den Widerstand

Die M5-RFP unterstützte zu keinem Zeitpunkt den Staatsstreich, begrüßte jedoch den Rücktritt des Präsidenten IBK, der ihrer Ansicht nach auf die Proteste der Bevölkerung zurückzuführen war, und erklärte sich bereit, mit dem Militär zusammenzuarbeiten.

Was die Massenproteste unter der Bevölkerung angeht, bleibt die Lage kompliziert. Deren Führung liegt nach wie vor in den Händen eines besonders reaktionären und demagogischen religiösen Führers, Imam Mahmoud Dicko. Er machte einst mit dem ehemaligen Diktator Moussa Traoré gemeinsame Sache, kämpfte gegen die Änderung des Familienrechts, das den Frauen mehr Rechte einräumt, und verhalf IBK bei den ersten Präsidentschaftswahlen an die Macht.

In der M5-RFP hat die Organisation von Imam Dicko, die Koordination der Bewegungen, Vereinigungen und Sympathisanten (CMAS), sehr großes Gewicht und Po-

litiker wie Choguel Maiga, Mountaga Tall oder Modibo Sidibé, die in irgendeiner Weise an allen Regierungen beteiligt waren, stellen kein sonderliches Gegengewicht dar. Inzwischen besetzt das Militär eine entscheidende Position auf dem politischen Schachbrett Malis.

Zwischen diesen beiden Polen, Imam Dicko und den Putschisten, wird es für progressive politische Parteien und kämpferische Organisationen der Zivilgesellschaft schwierig sein, sich Gehör zu verschaffen, wenn grundlegende politische und wirtschaftliche Entscheidungen anstehen.

Aus *Contretemps*-web vom 27.8.2020

■ Übersetzung: MiWe

1 Am 8. September brach ein Machtkampf zwischen der ECOWAS und der regierenden Militärjunta aus: Auch wenn sie wohl von der Forderung nach Wiedereinsetzung von IBK als Präsident abgerückt ist, fordert die ECOWAS eine zivile Übergangsregierung binnen eines Jahres; andernfalls würden die Sanktionen aufrechterhalten oder sogar verschärft. [Inzwischen (8.10.20) wurden nach der Konstitution einer gemischten Übergangsregierung aus Militärs und Zivilist*innen und der Zusicherung, binnen 18 Monaten Wahlen abzuhalten, die Sanktionen aufgehoben. AdÜ]



BOLSONARO MACHT WEITER WIE BISHER

Katastrophen und Kriminalität im Land haben Bolsonaro zu einen taktischen Schlingerkurs genötigt. Ein Rutsch nach links? – Weit gefehlt.

■ **João Machado**

Brasiliens Bolsonaro-Regierung ist eine riesige Katastrophe und gefährliche Bedrohung: Ineffizienz angesichts der Covid-19-Pandemie, verheerende internationale Beziehungen, eine gezielte Anti-Umwelt-Politik, Angriffe auf demokratische Institutionen, Menschenrechte und die (labilen) Errungenschaften der Zivilisation. Die von der Regierung verfolgte Politik bezüglich der indigenen Völker geht in Richtung Völkermord. Und auch schon vor der Pandemie war die dortige Wirtschaftspolitik ein Fehlschlag. Brasilien ist das Land, das weltweit in puncto Covid-19-Infizierte und -Tote die zweithöchsten Fallzahlen aufweist und mit mehr als 125 000 Toten nur noch hinter dem traurigen Spitzenreiter USA liegt. Das Bild könnte sogar noch schlimmer sein, wäre Bolsonaro nicht durch Gerichtsentscheidungen daran gehindert worden, seine politische Linie durchzusetzen.

Die Regierung ist kriminell, auch von einem rein rechtlichen Standpunkt aus. Etliche von Bolsonaros Aktionen sind Verbrechen und seine Familie pflegt enge (und wohlbekannte) Verbindungen zum „gewöhnlichen“ organisierten Verbrechen im Land, vor allem zu den sogenannten „Milizen“ des Staates Rio de Janeiro. Ein schneller Rücktritt Bolsonaros von der Regierung ist daher dringend nötig. Bis Juni schien sich auch alles in Richtung eines Umsturzes zu entwickeln. Doch jetzt hat sich die Situation verändert.

Vor dem 18. Juni

Umfragen zeigten, dass die Ablehnung gegenüber Bolsonaro vor allem nach dem Beginn der Pandemie wuchs,

wobei er allerdings noch immer von etwa einem Drittel der Bevölkerung unterstützt wurde. Der Plan, eine neue, komplett von der Bolsonaro-Familie und ihren loyalsten Verbündeten, der „Allianz für Brasilien“, geführte Partei zu gründen, war ein Fehlschlag. Bis Juni wurden die ständigen Bedrohungen von Demokratie- und Menschenrechten noch verstärkt durch Bolsonaros auf Zeit spielenden Versuch einer Konfrontation mit Kongress und Oberstem Gerichtshof sowie mit Gouverneuren von Bundesstaaten und Bürgermeistern. Es erboste ihn, dass er seine politischen Vorstellungen nicht durchsetzen konnte. Zudem liefen diverse strafrechtliche Ermittlungen gegen ihn, die ihm gefährlich werden konnten (wegen Verbrechen, die von seinen Unterstützern, ja sogar von bewaffneten Gruppen begangen wurden, aber auch von seinen Söhnen, beispielsweise die Verbreitung von bewussten Falschmeldungen [Fake News] und Drohungen gegen Behörden.)

Pro-Bolsonaro-Aktivist*innen organisierten wöchentlich Demonstrationen, vor allem in der Hauptstadt Brasilia, um den Obersten Gerichtshof und den Kongress sowie die Presse und weitere Institutionen zu attackieren (und manchmal direkt zu bedrohen). Zu mehreren Gelegenheiten war dabei auch Bolsonaro vor Ort (was juristisch gesehen bereits genügt hätte, um ihn aus dem Präsidentenamt zu entfernen). Laut einem (von Bolsonaro nicht abgestrittenen) Bericht im Monatsmagazin *Piauí* erreichte Bolsonaros Aggression am 22. Mai ihren Höhepunkt, als er beschloss, gegen den Obersten Gerichtshof vorzugehen, um dessen Richter auszutauschen, mit dem Ziel, „die Au-

torität des Präsidenten wiederherzustellen“. Dem Magazin zufolge wurde dieser Plan nur deshalb nicht umgesetzt, weil Bolsonaros eigene Militärminister ihm klarmachten, dass dies nicht durchführbar sei.

Alles deutete darauf hin, dass die Fortsetzung dieser bis dahin von Bolsonaro verfolgten Konfrontationsstrategie letztendlich seinen Rücktritt erzwingen würde. Doch dann begann Bolsonaro, seine Strategie zu ändern. Er gab einfach eines seiner zentralen Wahlkampfthemen auf, den Kampf gegen die Korruption. Das ermöglichte es ihm, mit einer „centrão“ [Zentrum] genannten Gruppe rechtsradikaler Parlamentsmitglieder eine Unterstützerbasis im Kongress aufzubauen. Bei dieser Gruppe handelt es sich um die allerkorruptesten PMs, die ihre Unterstützung im wahrsten Sinne des Wortes verkaufen und während des Wahlkampfes von Bolsonaro heftig attackiert worden waren.

Nach dem 18. Juni

Am 18. Juni wurde Fabrício Queiroz, ein enger Freund (und Komplize) Bolsonaros, verhaftet. Die Anklage lautete auf Korruption (in Verbindung mit einem der Bolsonaro-Söhne, Flávio, und mutmaßlich mit Bolsonaro höchstselbst sowie dessen Frau, Michelle). Bolsonaro wurde klar, dass er Gefahr lief, direkt in die Ermittlungen mit einbezogen und verurteilt zu werden. Seit jenem Tag beteiligte er sich nicht mehr an den Protesten gegen den Obersten Gerichtshof und den Kongress, und bald darauf wurden auch von den Bolsonaristen keine Demonstrationen mehr organisiert. Die politische Einbindung seiner Söhne (die zum rechtsextremen Flügel seiner Unterstützer*innen gehören) wurde drastisch reduziert.

In Brasilien entscheidet der Präsident der Abgeordnetenversammlung über die Eröffnung eines Amtsenthebungsverfahrens gegen den Präsidenten der Republik. Der aktuelle Präsident, Rodrigo Maia, hat dies noch immer nicht getan, obwohl bei ihm mehr als fünfzig Anträge eingegangen sind, diesen Prozess zu beginnen. Anfang August sprach er sich dann während eines Fernsehinterviews schlussendlich gegen ein solches Verfahren aus. Er sagte, er glaube nicht, dass Bolsonaro irgendein Verbrechen begangen hätte, das seine Amtsenthebung rechtfertigen würde.

Maias Statement bedeutet nun nichts anderes, als dass der Großteil von Brasiliens „politischer Klasse“, die die vorherrschende Position der Bourgeoisie widerspiegelt, sich dafür entschieden hat, Bolsonaro an der Macht zu lassen. Das kann durch die (mehr als dubiose) Vorstellung erklärt werden, dass er „unter Kontrolle“ gehalten werden

könne, oder ganz einfach durch die Tatsache, dass diese Klasse die sehr undemokratischen und genozidalen Aspekte der Regierung nicht ablehnt. Darüber hinaus hofft diese Klasse, dass Bolsonaro, obwohl er die meisten der unpopulären Maßnahmen, die die Bourgeoisie von ihm erwartet, noch nicht verkünden konnte, ihr dennoch von Nutzen sein könnte. Auch die brasilianischen Mainstream-Medien haben ihre kritischen Positionen Bolsonaro gegenüber relativiert, wenn auch (noch) nicht aufgegeben.

Die Auswirkungen der „Nothilfe“ und die Neuausrichtung der Regierung

Laut einer Umfrage stieg die Zustimmung zur Regierung am 14. August von 32 % auf 37 %, während die Ablehnung von 44 % auf 34 % fiel (im Vergleich zur vorherigen Umfrage im Juni). Der Trend der schrittweisen Abnahme in puncto Regierungsbeliebtheit hat sich gedreht. Am stärksten hat die Feindseligkeit gegenüber der Regierung bei den ärmsten Wähler*innen und im Nordosten des Landes (bisher die größte Unterstützungsbasis für Lula) abgenommen. Die vielleicht überraschendste Veränderung ist, dass 47 % der Befragten glauben, dass Bolsonaro in keiner Weise für die durch die Pandemie verursachten Todesfälle verantwortlich ist. 41 % glauben, dass er eine gewisse Verantwortung dafür trägt, und nur 11 % sind der Ansicht, dass er der Hauptschuldige ist. Der Hauptgrund für diese positive Änderung gegenüber der Regierung dürfte leicht auszumachen sein: Ein großer Teil der Bevölkerung hat seit April als Ausgleich für die wirtschaftliche Kontraktion aufgrund der Pandemie eine „Nothilfe“ erhalten.

Die Regierung hatte Hilfe in Höhe von 200 R\$ (Reales) angeboten. Der Kongress allerdings zwang sie, diese Hilfe auf 600 R\$ (was zum derzeitigen Wechselkurs umgerechnet etwas weniger als 100 € sind) bzw. in einigen Fällen auf 1200 R\$ zu erhöhen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Maßnahme waren enorm und erheblich größer als erwartet. Mehr als 65 Millionen Menschen (bei einer Bevölkerung von 210 Millionen) haben davon profitiert. Damit erhöhten sich während der Pandemie die Einkommen des ärmsten Teils der brasilianischen Bevölkerung trotz der schweren Wirtschaftskrise (im zweiten Quartal sank das BIP um 9,7 %). Im Nordosten, der ärmsten Region des Landes, erhöhte sich das Durchschnittseinkommen um 26 %, im Norden um 24 %. Selbst in der reichsten Region des Landes, dem Südosten, stieg es um 8 %. Der Anteil der arbeitsrechtlich geschützten Bevölkerung beläuft sich auf weniger als 38 Millionen Menschen, knapp etwas mehr als die Anzahl derer, die „Nothilfe“ erhalten.

Ein weiterer wichtiger Vergleich: Das Programm „Bolsa Familia“, das Lula während seiner Regierungszeit eine erhebliche Unterstützung durch die Wählerschaft einbrachte, erreicht zurzeit knapp mehr als 14 Millionen Familien; sie erhalten durch das „Bolsa familia“-Programm im Schnitt etwas weniger als 200 R\$ pro Monat. Vom „Nothilfe“-Programm profitieren mithin sehr viel mehr Menschen und sie erhalten daraus sehr viel mehr Geld. Genaue Zahlen sind zwar nicht bekannt, die monatlichen Kosten für die „Nothilfe“ belaufen sich jedoch auf das etwa Zwanzigfache des „Bolsa familia“-Programms. Bolsonaro profitierte also von einem Sozialprogramm, das er so nicht aufgelegt hatte, seine Niederlage erwies sich für ihn jetzt als Vorteil. Genauso wie aufgrund der Tatsache, dass seine beabsichtigte Vorgehensweise hinsichtlich der Pandemie von Rechtsprechung und Gesetzgebung verboten worden war, es jetzt für ihn ein Leichtes ist zu sagen, dass „die Verantwortung für die Pandemie bei den Gouverneuren und Bürgermeistern liegt“. Der schwerste Rückschlag, den er hinnehmen musste, und die größte Gefahr, der er sich bisher ausgesetzt sah, nämlich die Verhaftung von Queiroz, veranlassten ihn, sein Verhalten in Bezug auf die wichtigsten Institutionen des brasilianischen Staates (zumindest teilweise) zu ändern. So war es der Bourgeoisie möglich, erneut mit ihm zusammenzuarbeiten.

Ein „linker“ Bolsonaro?

Bis vor Kurzem zeigte sich Bolsonaro den von den PT-Regierungen aufgelegten Sozialprogrammen gegenüber äußerst ablehnend. Jetzt hat er seine Haltung um 180 Grad gewendet und erweitert diese Programme zum Teil sogar, wobei er gleichzeitig ihre Namen ändert, damit sie als seine eigenen Großtaten erscheinen. Das Wohnungsbauprogramm, das bisher „Mein Haus, mein Leben“ hieß, wurde leicht abgewandelt und heißt jetzt „Das grüne und gelbe Haus“ (wobei Grün und Gelb die Farben der brasilianischen Flagge sind). Das „Bolsa Familia“-Programm soll erweitert werden und den Namen „Renda Brasil“ erhalten. Die „Nothilfe“ während der Pandemie wurde bis Ende 2020 verlängert, allerdings werden die auszuzahlenden Beträge in den letzten vier Monaten des Jahres halbiert. [...]

Es ist sonnenklar, dass Bolsonaro absolut kein „Linker“ geworden ist, denn soziale Hilfsprogramme sind nicht „links“, selbst wenn sie erweitert werden. Darüber hinaus belasteten diese Programme den Haushaltsetat nur in sehr geringem Maße und wurden von der Weltbank und ähnlichen Institutionen gelobt.

Die „Nothilfe“ kostet erheblich mehr und wurde von der herrschenden Klasse nur im Zusammenhang mit der Pandemie unterstützt. In der Zeit nach der Pandemie wird sich die Bourgeoisie mit Macht dafür einsetzen, dass die ultra-orthodoxen Sparmaßnahmen, die Guedes versprochen hatte, wieder aufgenommen werden. [...]

Perspektiven

Bolsonaro ist stärker geworden, obwohl er sich noch immer mehreren großen Risiken gegenüberstellt, vor allem, was die diversen Ermittlungen gegen ihn und seine Verwandtschaft angeht. Die in jüngster Zeit hinzugewonnene Unterstützung (wie z. B. die durch die *centrão*) steht auf wackligen Füßen, genauso wie er sich der ihm gegenüber wohlwollenden Toleranz durch den Großteil der Bourgeoisie nicht wirklich sicher sein kann. Darüber hinaus hat er sich inzwischen einige jener Personen, die für seinen Wahlsieg verantwortlich waren, wie z. B. der vormalige Richter Sergio Moro, zu Feinden gemacht. Obwohl die ablehnende Haltung der Öffentlichkeit gegenüber der Regierung abgenommen hat, bleibt ein großer Teil der Gesellschaft bei seiner stark oppositionellen Einstellung. Sogar unter Pandemiebedingungen gab es Massenproteste gegen die Regierung, und es gibt diese Proteste noch immer.

Bolsonaros Position wird andererseits nicht nur durch die Tolerierung seitens der Bourgeoisie und die Komplizenschaft mit den rechten Parteien begünstigt. Sie zieht auch Vorteile aus den Schwächen der Opposition, die in grundsätzlichen Fragen mit der Regierung zusammenarbeitet. Die Gouverneure der PT und der PC do Brasil haben z. B. in den von ihnen regierten Bundesstaaten „Reformen der sozialen Sicherungssysteme“ durchgesetzt, die den auf föderaler Stufe genehmigten Reformen gleichen, und Oppositionsbewegungen unterdrückt. Die Herausforderung, eine einheitlichere Opposition zu stärken, bleibt also bestehen, was den Teil der Volksbewegungen und der Parteien anbetrifft, die links von der PT stehen und eine Linie der Klassenunabhängigkeit verfolgen.

20. September 2020

Aus: <http://www.internationalviewpoint.org/spip.php?article6822>

■ Übersetzung mit Berücksichtigung der französischen Version: Antje H.



REGISTER 2020

REGISTER NACH LÄNDERN

Titel	Autor*in	Heft	Seite
Afrika			
Ein anderes Afrika ist möglich!	Erklärung der afrikanischen Organisationen für Klimagerechtigkeit zu Covid-19	4/2020	29
Millionen haben nur eine Wahl: Hunger oder Covid-19	GRAIN	4/2020	33
Arabische Länder			
Pandemie und Ölkrise – naht ein zweiter arabischer Frühling?	Gilbert Achcar	4/2020	24
Belarus			
Volle Unterstützung für die Mobilisierungen gegen die Autokratie Lukaschenkos!	Büro der Vierten Internationale	6/2020	3
Bolivien			
Staatsstreich oder Volksaufstand?	Pablo Stefanoni, Fernando Molina	1/2020	51
Gegen den Putsch in Bolivien	Büro der Vierten Internationale	1/2020	57
Brasilien			
Bolsonaro macht weiter wie bisher	João Machado	6/2020	66
Chile			
Solidarität mit dem Volksaufstand in Chile	Büro der Vierten Internationale	1/2020	36
„Die Arbeiterklasse wird zum politischen Akteur“	Karina Nohales	1/2020	39
Frankreich			
Geballte Wut	Léon Crémieux	1/2020	59
Alle ohne Fahrschein bitte!	Sophie Chapelle	1/2020	64
„Die Hoffnung ist ein Motor“	Mathilde Larrère	2/2020	51
Was steht bei dieser sozialen Bewegung politisch auf dem Spiel?	Jean-François Cabral	3/2020	46
Holt zurück, was Euch gehört!	Olivier Besancenot	3/2020	60
Griechenland			
Säbelrasseln in der Ägäis	Antonis Ntavelos, Panos Petrou	6/2020	55
Für eine internationalistische Antikriegsbewegung gegen nationale MythenZum aktuellen griechisch-türkischen Konflikt im Mittelmeer	OKDE-Spartakos	6/2020	60
Imperialismus			
Es rumort auf unserem Planeten	Julien Salingue	2/2020	43
Iran			
Dossier: Wirtschaftliche Lage, Repression und Widerstand im Iran		1/2020	21
Ein Meer aus Blut – Mehr als 100 Tote in Shahrar		1/2020	22
Zur aktuellen Lage der iranischen Werktätigen Ali Behrokh		1/2020	23
Erklärung der 46		1/2020	30
Solidarität mit der Revolte des Volkes im Iran		1/2020	32
Neue Krise für das Regime	Yasmine Mather	1/2020	32
Nur kurze Atempause für das iranische Regime	Jakob Schäfer	2/2020	36
Ziemlich beste Feinde	Babak Kia, Houshang Sepehr	2/2020	39
Ein Blick auf iranische Krise(n) und ihre Hintergründe	Ali Behrokh	5/2020	50
Italien			
„Es wie in Russland machen“: Die zwei roten Jahre in Italien	Gaspard Janine	6/2020	51
Mali			
Mali nach dem Putsch	Paul Martial	6/2020	62
Mexiko			
AMLO – der neue „Progressist“?	José Luis Hernández Ayala	2/2020	43
Slowenien			
Janez Janša als Stifter des „Jansaismus“	Rastko Močnik	5/2020	41
Spanischer Staat			
Schluss mit der „Empörung“?	Mats Lucia Bayer	2/2020	54

Anticapitalistas – Schluss mit Podemos	Antoine Rabadan	3/2020	54
Syrien			
Was lehrt uns die Geschichte der syrischen Revolution?	Joseph Daher	5/2020	45
Türkei			
Säbelrasseln in der Ägäis	Antonis Ntavelos, Panos Petrou	6/2020	55
Für eine internationalistische Antikriegsbewegung gegen nationale MythenZum aktuellen griechisch-türkischen Konflikt im Mittelmeer	OKDE-Spartakos	6/2020	60

REGISTER NACH THEMEN (AUSWAHL)

Titel	Autor*in	Heft	Seite
1989			
Mauerfall 1989 in Berlin	Catherine Samary	1/2020	47
Arbeiter*innenbewegung			
Zur Frage der Arbeiterselbstverteidigung	Leo Trotzki	2/2020	58
Zur Einordnung des Textes von Leo Trotzki „Zur Frage der Arbeiterselbstverteidigung“	Thies Gleiss	2/2020	60
Wer hat die Waffen und wer sollte sie haben?	Friedrich Dorn, Kilian Malik, Michael Sankari	3/2020	58
Covid-19-Pandemie			
Covid-19-Pandemie: Schützen wir unser Leben, nicht ihre Profite!	Büro der Vierten Internationale	3/2020	4
Die wahren Seuchen sind soziale Ungleichheit und kapitalistische Globalisierung	Klaus Engert	3/2020	7
Wirtschaftskrise nur wegen Corona-Pandemie?	Jakob Schäfer	3/2020	12
Erklärung zur Corona-Krise	Büro der Vierten Internationale	4/2020	3
COVID-19 in Afrika – ökonomisches und soziales Desaster	Klaus Engert	4/2020	12
Aktionsplan gegen COVID-19	Koordination der ISO	4/2020	19
Vorschläge für eine solidarische Gesundheitspolitik	Friedrich Voßkuhler, Janina Wilms	4/2020	21
Millionen haben nur eine Wahl: Hunger oder Covid-19	GRAIN	4/2020	33
Die Welt nach Corona aus Sicht des Kapitals	Julien Salingue	5/2020	35
Covid-19-Dossier: zur Lage im Globalen Süden		5/2020	56
Asien unter der Pandemie	Pierre Rousset	5/2020	57
Lateinamerika im Zentrum des Sturms	Pierre Salama	5/2020	60
Afrika in Zeiten von Covid-19	Paul Martial	5/2020	62
„Konjunkturprogramme“ für ihre Profite oder ein Aktionsplan für unser Leben?	Koordination der ISO	6/2020	8
Aktionsplan im Sinne der Übergangsforderungen	Manuel Kellner	6/2020	10
Seuchenbekämpfung und Proteste	Helmut Dahmer	6/2020	11
Der Staat in der Corona-Krise	Jakob Schäfer	6/2020	17
Debatte			
Ausweichen vor Problemen hilft niemand	Meinhard Creydt	3/2020	20
Die Antideutschen – ein Trauerspiel	Wolfgang Cürten	3/2020	26
Antikapitalistische Strategie und Organisationsfrage	Júlia Cámara	4/2020	50
Zur Kritik von Manuel Kellners Beitrag „Das Werk von Ernest Mandel“	Johann Friedrich Anders	6/2020	49
Ernest Mandel			
Das Werk von Ernest Mandel	Manuel Kellner	5/2020	3
Die Aktualität der Wirtschaftstheorie von Ernest Mandel	Michel Husson	5/2020	11
Ernest Mandel und der Ökosozialismus	Michael Löwy	5/2020	17
Geschichte			
75 Jahre Penzberger Mordnacht	Paul B. Kleiser	3/2020	31
Vom Bruch mit Stalin zur Arbeiterselbstverwaltung	Paul Michel	3/2020	35
Vor 90 Jahren Gründung der Linken Opposition der KPD	W. A.	4/2020	56

Coburg wird bayerisch	Paul B. Kleiser	5/2020	31	Mauerfall 1989 in Berlin	Catherine Samary	1/2020	47
Hegels „Algebra der Revolution“	Helmut Dahmer	6/2020	46	Sieben Stichpunkte für die Klimadebatte	Angela Klein	2/2020	3
„Es wie in Russland machen“: Die zwei roten Jahre in Italien	Gaspard Janine	6/2020	51	Konsumboykott eine revolutionäre Strategie?	Jakob Schäfer	2/2020	8
ISO				Nulltarif im ÖPNV berührt Grundsatzfragen	Jakob Schäfer, Michael Weis	2/2020	18
Klima – Kapitalismus – Widerstand: Ökosozialistische Konferenz der ISO		2/2020	64	Die gigantischen Buschbrände in Australien	Daniel Tanuro	2/2020	21
Aktionsplan gegen COVID-19	Koordination der ISO	4/2020	19	Klimagerechtigkeit im Kleinen und im Großen?	Catherine Samary	2/2020	27
„Konjunkturprogramme“ für ihre Profite oder ein Aktionsplan für unser Leben?	Koordination der ISO	6/2020	8	Corona-Krise: Solidarität heißt Menschen schützen	Erklärung der ISO	2/2020	
Klima				Die nächste Phase der „Corona-Krise“ Vom Virologen-Staat zum Polizei-Staat	Thies Gleiss, Jakob Schäfer	2/2020	
Der Klimawandel lässt sich nur auf der Straße bekämpfen	Daniel Tanuro	1/2020	3	Covid-19-Pandemie: Schützen wir unser Leben, nicht ihre Profite!	Büro der Vierten Internationale	3/2020	4
Gegen die Klimakrise mobilisieren	Büro der Vierten Internationale	1/2020	6	Die wahren Seuchen sind soziale Ungleichheit und kapitalistische Globalisierung	Klaus Engert	3/2020	7
Partei DIE LINKE: Welcher Kurs in der Klimapolitik?	Kai Hasse	1/2020	9	Wirtschaftskrise nur wegen Corona-Pandemie?	Jakob Schäfer	3/2020	12
Leo Trotzki				Ausweichen vor Problemen hilft niemand	Meinhard Creydt	3/2020	20
Vor 80 Jahren: Tatort Coyoacán	H. N.	6/2020	35?	Die Antideutschen – ein Trauerspiel	Wolfgang Cürten	3/2020	26
Leo Trotzki – Prophet der Oktoberrevolution	Michael Löwy	6/2020	38	75 Jahre Penzberger Mordnacht	Paul B. Kleiser	3/2020	31
Nachruf				Vom Bruch mit Stalin zur Arbeiterselbstverwaltung	Paul Michel	3/2020	35
Michel Lequenne (1921–2020)	Michael Löwy	3/2020	56	Das Märchen vom grünen Wachstum und seine roten Kritiker	Bruno Kern	3/2020	41
Daniel Michel Piccoli: Sein aufmerksames Lächeln wird uns fehlen	Philippe Cyroulnik	4/2020	64	Michel Lequenne (1921–2020)	Michael Löwy	3/2020	56
Ökologie				Wer hat die Waffen und wer sollte sie haben?	Friedrich Dorn, Kilian Malik, Michael Sankari	3/2020	58
Sieben Stichpunkte für die Klimadebatte	Angela Klein	2/2020	3	Erklärung zur Corona-Krise	Büro der Vierten Internationale	4/2020	3
Konsumboykott eine revolutionäre Strategie?	Jakob Schäfer	2/2020	8	COVID-19 in Afrika – ökonomisches und soziales Desaster	Klaus Engert	4/2020	12
Nulltarif im ÖPNV berührt Grundsatzfragen	Jakob Schäfer, Michael Weis	2/2020	18	Aktionsplan gegen COVID-19	Koordination der ISO	4/2020	19
Die gigantischen Buschbrände in Australien	Daniel Tanuro	2/2020	21	Vorschläge für eine solidarische Gesundheitspolitik	Friedrich Voßkuhler, Janina Wilms	4/2020	21
Klimagerechtigkeit im Kleinen und im Großen?	Catherine Samary	2/2020	27	Pandemie und Ölkrise – naht ein zweiter arabischer Frühling?	Gilbert Achcar	4/2020	24
Das Märchen vom grünen Wachstum und seine roten Kritiker	Bruno Kern	3/2020	41	Ein anderes Afrika ist möglich!	Erklärung der afrikanischen Organisationen für Klimagerechtigkeit zu Covid-19	4/2020	29
Mit Wasserstoff zum grünen Kapitalismus?	Klaus Meier	5/2020	27	Millionen haben nur eine Wahl: Hunger oder Covid-19	GRAIN	4/2020	33
Ökonomie				Die Weltwirtschaft im Chaos	Michel Husson	4/2020	39
Wirtschaftskrise nur wegen Corona-Pandemie?	Jakob Schäfer	3/2020	12	Dringender denn je: Konversion der Autoindustrie	Paul Michel	4/2020	
Die Weltwirtschaft im Chaos	Michel Husson	4/2020	39	Das Werk von Ernest Mandel	Manuel Kellner	5/2020	3
Ökosozialismus				Die Aktualität der Wirtschaftstheorie von Ernest Mandel	Michel Husson	5/2020	11
Muss der Kampf für ein anderes System aufgeschoben werden?	John Molyneux	6/2020	30	Ernest Mandel und der Ökosozialismus	Michael Löwy	5/2020	17
Rassismus				Demokratische Planwirtschaft	Cédric Durand	5/2020	22
Weltweite anti-rassistische Revolte!	Büro der Vierten Internationale	4/2020	47	Mit Wasserstoff zum grünen Kapitalismus?	Klaus Meier	5/2020	27
Theorie				Coburg wird bayerisch	Paul B. Kleiser	5/2020	31
Demokratische Planwirtschaft	Cédric Durand	5/2020	22	Volle Unterstützung für die Mobilisierungen gegen die Autokratie Lukaschenkos!	Büro der Vierten Internationale	6/2020	3
Selbstverwaltung: Was ist das?	Catherine Samary	6/2020	24	„Konjunkturprogramme“ für ihre Profite oder ein Aktionsplan für unser Leben?	Koordination der ISO	6/2020	8
Brauchen wir die Polizei?	Julien Salingue	6/2020	27	Aktionsplan im Sinne der Übergangsforderungen	Manuel Kellner	6/2020	10
Vierte Internationale				Seuchenbekämpfung und Proteste	Helmut Dahmer	6/2020	11
Solidarität mit dem Volksaufstand in Chile	Büro der Vierten Internationale	1/2020	36	Der Staat in der Corona-Krise	Jakob Schäfer	6/2020	17
Covid-19-Pandemie: Schützen wir unser Leben, nicht ihre Profite!	Büro der Vierten Internationale	3/2020	4	Selbstverwaltung: Was ist das?	Catherine Samary	6/2020	24
Erklärung zur Corona-Krise	Büro der Vierten Internationale	4/2020	3	Brauchen wir die Polizei?	Julien Salingue	6/2020	27
Weltweite anti-rassistische Revolte!	Büro der Vierten Internationale	4/2020	47	Muss der Kampf für ein anderes System aufgeschoben werden?	John Molyneux	6/2020	30
Verstärkte Online-Präsenz der Vierten Internationale		5/2020	64	Vor 80 Jahren: Tatort Coyoacán	H. N.	6/2020	35?
Volle Unterstützung für die Mobilisierungen gegen die Autokratie Lukaschenkos!	Büro der Vierten Internationale	6/2020	3	Leo Trotzki – Prophet der Oktoberrevolution	Michael Löwy	6/2020	38
DIE INTERNATIONALE				Hegels „Algebra der Revolution“	Helmut Dahmer	6/2020	46
Titel	Autor*in	Heft	Seite	Zur Kritik von Manuel Kellers Beitrag „Das Werk von Ernest Mandel“	Johann Friedrich Anders	6/2020	49
Der Klimawandel lässt sich nur auf der Straße bekämpfen	Daniel Tanuro	1/2020	3	„Es wie in Russland machen“: Die zwei roten Jahre in Italien	Gaspard Janine	6/2020	51
Gegen die Klimakrise mobilisieren	Büro der Vierten Internationale	1/2020	6				
Partei DIE LINKE: Welcher Kurs in der Klimapolitik?	Kai Hasse	1/2020	9				